

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit Illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— für Selbstabholer 1.50 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206.  
**Polstickerkonto:** Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 534 77

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 10/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,** Tauscher Straße 10/21 — Telephon 72206

**Insertenpreise:** Die 10. Spalte, Kolonelle 35 Pf., bei Platzvorrat 40 Pf., Stellenangebote 10. Spalte, Kolonelle 25 Pf., Familiennachrichten von Privaten die 10. Spalte, Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk., Inserate v. ausw.: die 10. Spalte, Kolonelle 40 Pf., bei Platzvorrat, 50 Pf., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage — Abonnementsbestellungen nehmen die Vertreter, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Politik für die eigene Tasche!

### Deutsche Schwerindustrie im Bunde mit der französischen Regierung

#### Das Stocken der Saarverhandlungen

SPD Paris, 19. März.

Die deutsch-französischen Saarverhandlungen, die durch die französische Regierungskrise seit Wochen völlig zum Stillstand gekommen sind, sollen in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden. Die Haupt Schwierigkeit bildet nach wie vor die Frage des künftigen Regimes der Saargruben, die nach den Wünschen der französischen Regierung nicht mehr in den Besitz des preussischen Fiskus zurückkehren, sondern unter Beteiligung der deutschen und französischen Privatindustrie in einen deutsch-französischen Gemeinschaftsbetrieb umgewandelt werden sollen. Nach den letzten Vorschlägen der französischen Delegation soll daran der deutsche und der französische Staat, und die deutsche und die französische Privatindustrie zu je einem Viertel beteiligt werden.

Obwohl die deutsche Delegation dieses Projekt als völlig unstatthaft ablehnt, hält die französische Regierung mit jährr Hartnäckigkeit daran fest. Ihre Unnachgiebigkeit, die seit Monaten die Verhandlungen völlig zum Stocken brachte, dürfte ihren Grund nicht zuletzt darin haben, daß man in Frankreich sehr genau weiß, daß die Wünsche der deutschen Schwerindustrie, die seit langem alle Hebel in Bewegung setzt, um die Saargruben aus dem Besitz des Staates in ihre Hand zu bringen, mit den französischen Vorschlägen ziemlich parallel

gehen und man mit ihrer Hilfe den Widerstand der deutschen Delegation brechen zu können glaubt.

Wie der Korrespondent des „Soz. Pressebüro“ von gut unterrichteter französischer Seite erfahren hat, soll Arnold Reebberg neuerdings in Paris im Namen der deutschen Industrie eine von den zuständigen französischen Stellen bereits als Diskussionsbasis angenommenen Kompromißvorschlag unterbreitet haben, der die Besitzverhältnisse der Saargruben wie folgt regeln soll: von den Anteilen der zu bildenden Gesellschaft sollen 1/2 die deutsche, 1/4 die französische Privatwirtschaft, das letzte Drittel der preussische Fiskus erhalten. Die deutsche Schwerindustrie scheint also auch in der Saarfrage wieder einmal gegen die zukünftigen Reichsstellen und unbekümmert um das Interesse der Saar und der deutschen Volksgemeinschaft für die eigene Tasche zu arbeiten.

#### Der Wessenzuschuß nicht angenommen

WB Berlin, 20. März.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde bei der Beratung des Nachtragsbudgets von 1929 die vertagte Abstimmung über den Etatposten von 400 000 Mark für Auslandspropaganda der Leipziger Messe vorgenommen. Dieser Posten wurde nicht genehmigt. Gegen ihn stimmten die Sozialdemokraten, Kommunisten und das Zentrum.

## Hochverräter Fric

### Was treibt Adolf Hitler in Dresden?

In seiner Rede, die der Reichsinnenminister, Genosse Severing, bei der zweiten Lesung des Gesetzes zum Schutze der Republik im Reichstage hielt, wies er auf Zerlegungsbefreiungen hin, die durch die Nationalsozialisten in der Reichswehr betrieben würden. Er verlas protokolllarische Aussagen, aus denen diese Absichten klar und deutlich zu ersehen waren. Nichtsdestoweniger leugneten die Goebbels und Straßer, frech wie immer, diese Beziehungen ab, aber am nächsten Tage bereits wurden in Ulm einige Reichswehr-offiziere verhaftet, die inzwischen unter starker Bedeckung in das Berliner Kriminalgericht übergeführt worden sind. Die Beziehungen zwischen diesen Reichswehr-offizieren und der Partei Hitlers stehen unumwunden fest. Das Ziel dieser Bestrebungen ist die Errichtung des „Dritten Reiches“. Die Goebbels und Straßer haben während der letzten Tage den Abgeordneten des Reichstages — trotz der Verschärfung der Geschäftsordnung des Reichstages ist das leider nicht unterbunden worden — bedeutet, daß sie den Tag herbeiführen, wo der Staatsgerichtshof des „Dritten Reiches“ beschließen werde, die Mitglieder dieses Auditoriums samt und sonders aufzuhängen.

In Thüringen amtiert der Hochverräter vom Jahre 1923, Herr Dr. Fric, als Polizeiminister. Er lebt von der Gnade der Deutschen Volkspartei, der er nichtsdestoweniger einen Zutritt nach dem andern verweigert. Nunmehr ist, wie an anderer Stelle zu ersehen ist, bekannt geworden, welche Ziele der Hochverräter von Anno 1923 jetzt verfolgt.

Der Eisenacher Oberbürgermeister Dr. Janson, ein treuer Anhänger des „Dritten Reichs“, suchte für seine Stadt einen Polizeikommissar. Dieser Mann wurde am 12. März dieses Jahres angestellt. Er sollte sein Amt am 1. April 1930 übernehmen. Dieser Tage wurde er plötzlich in das feudale Hotel Excelsior nach Berlin bestellt. Dort wurde er von dem Oberbürgermeister Dr. Janson einer Prüfung unterworfen, deren Verlauf der Leser im Wortlaut nachlesen mag. Der Polizeikommissar ist verdächtigt worden, mit Reichsbannerkreisläufigen Beziehungen zu haben. Man hat ihm nachgefragt, daß er zu dem früheren Oberpräsidenten, dem Genossen Hering, in einem besonderen Vertrauensverhältnis stehe. Diese Tatsache allein genügt heute im Putschistenkönigreich Dr. Fric, um einen Beamten unmöglich zu machen, und durch die Reichsbannergefesinnung des in Aussicht genommenen Polizeikommissars wurden dann die eigentlichen Pläne entworfen, die in Thüringen unter der Obhut Dr. Fric's legal betrieben werden. Der Eisenacher Oberbürgermeister hat dem Polizeikommissar erklärt, Minister Fric habe über ihn „sehr ungünstige Nachrichten“ erhalten, und Dr. Janson hat dem Polizeikommissar den Rat erteilt, sich bei Nationalsozialisten und Stahlhelmmitgliedern dahin einzusetzen, daß sie sich „in dem gewünschten Sinne bei Minister Fric“ verwenden. Der Eisenacher Oberbürgermeister hat dem Polizeikommissar konkret die Frage gestellt: „Würden Sie gegen die Nationalsozialisten und gegen den Stahlhelm vorgehen? Ja oder Nein?“

Diese Fragestellung wäre gegenstandslos, wenn, wie die Hänge-Goebbels und Kompante im Reichstage immerfort erklären, sie das „Dritte Reich“ auf legalen Wege herbeiführen strebten. Kein Mensch glaubt diesen Beteuerungen der Hochverräter, und der Eisenacher Oberbürgermeister Dr. Janson hat die geheimnisvollen Pläne offenbart, die unter der Obhut des Polizeiministers Dr. Fric in Thüringen geschmiedet werden. Zwischen den Zerlegungsbefreiungen bei der Reichswehr in Ulm und den Plänen der Janson und Fric besteht demzufolge ein ursächlicher Zusammenhang. Es war darum die höchste Zeit, daß Genosse Severing entsprechende Maßnahmen ergreife.

Was würde wohl geschehen sein, wenn an Stelle Severings heute etwa Herr von Reudell säße? Die Deutschnationalen beden, trotz der Beschimpfungen, die sie einzustechen haben, heute jedes hochverräterische Unternehmen der Nationalsozialisten. Während ihre Vertreter im Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages, die Graef, Gock und wie sie alle heißen, jederzeit bereit sind, Kommunisten dem Reichsanwalt auszuliefern, weigern sie sich konsequent, die hochverräterischen Pläne der Nationalsozialisten anzuerkennen. Der Reichsinnenminister hat Herrn Dr. Fric den für den 31. März fälligen Zuschuß für die Unterhaltung der thüringischen Landespolizei gesperrt, der auf Grund eines Abkommens mit den Ländern zu zahlen wäre. Nach dem Nachtragset von 1927 sind für das Jahr 1930 zu diesem Zwecke 195 Millionen Mark ausgeworfen worden. Würde Herr v. Reudell noch im Amt sein, der diesen Betrag geschlossen hat, dann würden Herr Fric und der Oberbürgermeister Dr. Janson von Eisenach heute in der Lage sein, mit den Geldern der Republik die Fundamente des Staates zu untergraben. Ob freilich die Maßnahmen, die Genosse Severing jetzt getroffen hat, genügen werden, um die hochverräterischen Bestrebungen der Nationalsozialisten in Thüringen einzudämmen, siehe dahin. Die Tel.-Union teilt mit, daß, wenn diese Maßnahmen die gewünschte Wirkung nicht haben würden, dann würde die Reichsregierung auch vor entscheidenden Maßnahmen nicht

## Vorbereitung zum Hochverrat

### Ein Oberbürgermeister als Adjutant Dr. Fric's

Wir veröffentlichen nachfolgend eine Unterredung zwischen dem Oberbürgermeister von Eisenach Dr. Janson und dem Polizeikommissar-Anwärter M. nimmt zur Zeit an dem Lehrgang für Polizeikommissar-Anwärter der Gemeindepolizei auf der preussischen Polizeischule Eisenach teil. Er ist im Dezember 1929 aus der Schutzpolizei Berlin ausgeschieden, um einen Referentenposten in der Augenhandelskontrolle zu übernehmen. Nach verschiedenen Fehlschlägen versuchte er wieder in eine Beamtenstelle zu gelangen. Vom thüringischen Ministerium des Innern wurde er am 4. 7. 1929 der Polizeiverwaltung der Stadt Jena zur informatorischen Beschäftigung überwiesen mit der Aussicht, später als Polizeikommissar der Stadt Eisenach angestellt zu werden, und dann zur Teilnahme an dem Lehrgang für Polizeikommissar-Anwärter der Gemeindepolizei kommandiert. Auf eine Anfrage der Polizeiverwaltung Eisenach erteilte die Schule ein sehr günstiges Zeugnis über M. Darauf erfolgte am 12. März die Einberufung M.'s als Polizeikommissar a. V. zum 1. April 1930 nach Eisenach.

Am 16. März wurde M. — der jetzt auf der Polizeischule Eisenach ist — zum Oberbürgermeister Dr. Janson, Eisenach, nach dem Hotel Excelsior in Berlin bestellt. Diese Unterredung zwischen Dr. Janson und M. hat folgenden Verlauf genommen:

Dr. J.: Ich habe Sie hierhergebeten, um einige Dinge mit Ihnen zu besprechen, über die ich jetzt ganz klar sehen muß. Wie sehen Sie politisch?

M. (ausweichend): Ich habe bereits seinerzeit zum Ausdruck gebracht, daß ich nicht Mitglied einer besonderen Partei oder Organisation bin.

Dr. J.: Das ist gar nichts, das sind allgemeine Redensarten. Sie müssen sich doch in einer ganz bestimmten Richtung eingestellt haben.

M. (höflich):

Dr. J.: Also ich frage Sie jetzt: Was würden Sie tun, wenn die Nationalsozialisten jetzt loslagern würden und Sie diesen und dem Stahlhelm, der ja eng mit den Nationalsozialisten verbunden ist, als Polizeikommissar gegenüberstünden?

M. (ausweichend): Ich würde mich an die Befehle halten, die ich bekomme.

Dr. J.: Da werden Sie mit Ihrer Antwort wieder aus. Ich sehe nun nicht immer hinter Ihnen und möchte wissen, was Sie aus eigener Entscheidung tun würden.

M. (ausweichend): Dann würde ich gemäß meiner Verpflichtung als Beamter nach den mir allgemein vorgezeichneten Richtlinien, also nach meinem Beamtenethos handeln.

Dr. J.: Sie geben mir immer noch nicht die Antwort, die ich haben will. Würden Sie gegen die Nationalsozialisten und gegen den Stahlhelm vorgehen? Ja oder Nein?

M. (höflich):

Dr. J.: Können Sie mir Persönlichkeiten namhaft machen, die bekunden können, daß Sie ein absolut rechtsstehender nationaler Mann sind?

M. (ausweichend): Ich kann jederzeit Polizeioffiziere angeben, die sich für mich einsetzen werden.

Dr. J.: Preussische Polizeioffiziere?

M.: Jawohl.

Dr. J.: Preussische Polizeioffiziere sind für Thüringen keine Kronzeugen. Die sind fast alle versucht, haben

Sie niemand in den Kreisen der Nationalsozialisten und des Stahlhelms?

M. (ausweichend): Das kann ich im Augenblick nicht sagen.

Dr. J.: Es ist aber unbedingt nötig, daß Sie Nationalsozialisten oder Stahlhelmsleute finden, die voll und ganz für Sie bürgen und sich insbesondere beim Minister Fric persönlich für Sie verwenden. Selbstverständlich müssen es Leute von Namen sein, wie z. B. Abgeordnete, Stahlhelmführer und dergl. Minister Fric hat erklärt, daß er sehr ungünstige Nachrichten über Sie erhalten habe. Sie seien in den Kreisen früherer Offiziere sehr unbeliebt und die Offiziersvereinigungen Ihres früheren Regiments habe Sie auch ausgeschlossen.

M.: Ich besitze das EK I und II und das silberne Verwundetenabzeichen für dreimalige Verwundung.

Dr. J.: Und nun noch etwas anderes! Ich habe in Erfahrung gebracht, daß Ihr Bruder, der als Polizeihauptmann in Magdeburg steht, Mitglied des Reichsbanners ist und in einem besonderen Vertrauensverhältnis zu dem Oberpräsidenten Hering steht. Obwohl er infolge Erreichung der Altersgrenze jetzt pensioniert werden mußte, soll er wegen seiner besonderen politischen Zuverlässigkeit auf einem besonderen Posten Verwendung finden. Wie stehen Sie mit Ihrem Bruder?

M. (ausweichend): Familiär stehe ich mit meinem Bruder sehr gut. Seine politische Haltung dürfte wohl seine Privatangelegenheit sein.

Dr. J.: Unter diesen Umständen kann ich natürlich die vorgesehene Einberufung nicht aufrechterhalten und Sie den Dienst in Eisenach nicht antreten lassen. Sie würden dort sofort auf stärksten Widerstand der Nationalsozialisten und des Stahlhelms stoßen. Versuchen Sie zu erreichen, daß Nationalsozialisten und Stahlhelm sich für Sie in dem gewünschten Sinne beim Minister Fric einsetzen, dann will ich Ihnen die Polizeikommissarstelle geben.

Der Oberbürgermeister von Eisenach lacht demnach Polizeioffiziere, die bei einem Putsch der Falenkreuzler oder des Stahlhelms sich auf die Seite der Putschisten gegen die Verfassung stellen. Sein Tun ist zweifellos Vorbereitung zum Hochverrat.

## Die Front gegen Tschangkaifschel

III Schanghai, 20. März.

Zenshihan wurde zum Oberkommandierenden der Truppen der Nordprovinzen gewählt. In einer Erklärung wersen die Generale Tschangkaifschel vor, er habe auf ungesetzlichem Wege die Macht ergriffen und durch seine Maßnahmen die ungeheure Hungersnot verschuldet, von der China heimgeplagt wird. Die Erklärung schließt mit dem Hinweis, daß kein Chinese die Missetaten Tschangkaifschels verzeihen könne, Tschangkaifschel werde deshalb außerhalb des Gesetzes stehend erklärt, jeder Bürger habe das Recht, ihn zu töten. In der Provinz Kwangsi haben die Truppen der Nordprovinzen das Gebiet von Yuan nach schweren Kämpfen besetzt.

A-Lesehalle

# Severings Aktion gegen Frid

## Die Hafenkreuzpresse schweigt

SPD Berlin, 20. März.

zurückzuführen. Insbesondere käme die Ernennung eines Reichskommissars in Betracht.

Zunächst muß sich der Reichsanwalt für diese Dinge interessieren. Vorläufig freilich hat er gegen Frid und Janson nichts unternommen, obwohl Herr Janson erklärt, daß er von einem Ministerialrat aus dem Bereiche Dr. Frids darauf aufmerksam gemacht worden sei, daß er den Polizeikommissar nicht anstellen dürfe. Was sich Herr Frid geleistet hat, ist dem Verbrechen der in ihm verhafteten Reichswehroffiziere gleichzusetzen. Ansonsten ist der Oberreichsanwalt mit Hochverratsanklagen schnell bei der Hand. Leider aber sieht er auf dem rechten Auge schlecht. Sonst hätte dieser „bewährte“ Schlichter der Republik längst zugepackt.

Der Fall Dr. Frid ist nicht nur eine Angelegenheit der Nationalsozialisten. Es ist die ureigenste Angelegenheit der Deutschen Volkspartei, die im Reiche in der Regierung sitzt und die in der sächsischen Regierung erneut die Führung übernehmen will. Am Mittwoch haben sich in Thüringischen Landtag erneut die üblichen Lärmjungen abgepiegelt. Herr Frid hatte als Minister in dem ihm eigenen Tone über die „thüringische Finanzmishwirtschaft in den letzten Jahren“ räsoniert. Das hat den volksparteilichen Abgeordneten Knibbel, der sich mit Recht getroffen fühlte, gehörig in die Wolle gebracht.

„Wenn die Schweinerei nicht endlich aufhört, dann ist Schluss. Ist denn der (Frid) noch Minister oder was ist denn überhaupt los? Das hört jetzt endlich auf, das machen wir nicht mehr weiter mit. Das ist ja geradezu hahnebüchen, was sich dieser Mann (gemeint ist Frid) erlaubt.“

Zwischen durch wurde ein Parteigenosse Dr. Frids ausgeprochen von einem Landblinder, der präbdierte, aus dem Thüringischen Landtag hinausgeworfen, weil dessen Flegelien unerträglich geworden waren. Nichtsdestoweniger hält die Deutsche Volkspartei an ihrem Bündnis mit dem Hochverratsminister Dr. Frid noch unumwunden fest, und in Dresden ist man eben drauf und dran, das Bündnis zu erneuern. Es ist nicht von ungefähr, daß dieser Tage der große Adolf höchst persönlich in Dresden weilte. Wie uns zuverlässig berichtet wird, haben eingehende Aussprachen mit den Herren Büniger und Blüher stattgefunden. Herr Hitler soll versichert haben, daß er zunächst allzu große Seitensprünge seiner Kilingergarde verhindern wolle. Das freilich hat er auch den Volksparteilern in Thüringen zugelegt. Jedenfalls bauen die Büniger und Blüher ihre ganzen Hoffnungen auf die Zusagen Adolfs Hitlers auf. Vorläufig wollen sie in Sachsen auf ein Ministeramt verzichten. Ihr Einfluß war schon ohnedies groß genug. Inbes schon die Anteilnahme an der Regierungsmehrheit bereitet für Sachsen ähnliche Situationen vor, wie sie in Thüringen mit und trotz der Deutschen Volkspartei geschaffen worden sind.

Zunächst aber hat der Oberreichsanwalt das Wort. Räßt er die Dinge in Thüringen weiter reifen, dann wird binnen kurzem mit der Möglichkeit zu rechnen sein, daß eines schönen Morgens Dr. Frid die Volksparteiler hinausgeworfen hat. Der große Adolf steht dann „zufällig“ am Weimarer Nationalrat wie weiland Lubendorff dereinst am Brandenburger Tor. Er verkündet dann den Beginn des „Dritten Reichs“. Das alles auf heimlich-kaltem Wege mit Hilfe der Deutschen Volkspartei, sofern nicht das Reichskabinett und der Oberreichsanwalt rechtzeitig ihre Maßnahmen treffen.

## Erste Lesung der S. er Gesetze

Von unserem Redaktionsmitglied wird uns aus Berlin berichtet:

Der Reichstag hat am Mittwoch die erste Lesung der Steuer Gesetze begonnen und zu Ende geführt. Sie sind dem Steuerauschuß überwiesen worden. Die Gesetze sollen bis zum 31. März vorabgeschiedet werden. Vorläufig aber liegt dem Reichstag nur ein Torso vor, und zwar die Änderungen zum Biersteuergesetz, die Vorlage über die Keuregelung der Benzinbelastung, die Novellen zum Tabak- und Zuckersteuergesetz, für die lediglich eine Verlegung der Termine in Frage kommt, sowie der Entwurf eines Mineralwassersteuergesetzes. Die Gesetze über die Steuererhöhung für 1931 liegen noch dem Reichsrat vor, so daß also der Reichstag nur von Teilen des Steuerreformwerkes Kenntnis hat.

Obwohl diese Gesetze bereits am 1. April in Kraft treten sollen, wird mit den Beratungen im Steuerauschuß vorläufig nicht zu rechnen sein, denn niemand vermag heute endgültig zu sagen, was die Grundlage der Ausschußberatungen bilden wird. Das hängt von den interfraktionellen Verhandlungen der Steuerfachverständigen ab, und diese sind bisher um keinen Schritt vorwärts gelangt. Endgültige Ergebnisse dürften erst nach dem Parteitag der Deutschen Volkspartei zu erwarten sein. Gegenwärtig wäre jede Ausschußberatung Zeitvergeudung, denn bisher steht nur das eine fest, daß die Vorlagen der Regierung wesentliche Abänderungen erfahren dürften.

Zur Zeit bestehen neben den Vorlagen der Regierung noch zwei Finanzprogramme. Die Ergebnisse der Besprechungen der Großen Koalition, sowie das Programm der Weimarer Koalition, das unmittelbar vor den Youngplanabstimmungen behandelt wurde. Nebenher aber schwirren noch allerlei andere Projekte umher, so daß zunächst alles noch in weitem Felde liegt. Nur soviel ist gewiß, daß die Deutsche Volkspartei jedwede Belastung des Besitzes verhindern will. Diese Auffassung steht zu der der Sozialdemokratie in diametralen Gegensatz und die übrigen Regierungsparteien „warten ab“. So lauteten übereinstimmend die Erklärungen, die das Zentrum und die Demokraten in der ersten Lesung abgegeben ließen.

Man erwartete eine Steuerrede des Finanzministers. Als die Steuer Gesetze vom Präsidenten zur Beratung aufgerufen wurden, fehlte zunächst Herr Dr. Moldenhauer. Genosse Löbe aber teilte einleitend mit, daß sich der Finanzminister keine Rede für die zweite Lesung vorbehalten. Was sollte er auch sagen, da nichts zu sagen ist. Herr Moldenhauer weiß selbst noch nicht, welches Gesicht seine Kinder endgültig haben werden. Trotzdem trat Herr Moldenhauer in die Arena, nachdem Herr Rademacher, der wirklich „schäpferstündige“ deutschnationale Vergewaltiger aus Borna gesprochen hatte. Der Redner der Deutschnationalen trat als „Sprecher der Arbeiter“ auf, nicht etwa seiner Kumpels, die er mit 30 Märkern nach Hause schick. Nun, er sprach für die gesamte Arbeiterschaft, die die neuen Steuern nicht tragen könne. Diese Auffassung vertrat die Sozialdemokratie schon immerdar, was nicht verhindert hat, daß die Deutschnationalen die Schultern der Arbeiter zum Erdrücken bepacken ließen. Die Deutschnationalen aber wollen überhaupt nichts zahlen. Herr Moldenhauer legte darum den „arbeiterfreundlichen“ Vergewaltiger die Gewissenfrage vor, was er denn nun für Vorschläge zu machen habe. Das sei nicht Aufgabe der Opposition. Darum schweig des edlen Sängers Hosielt.

Dr. Moldenhauer verwojes auf den Ernst der Rassenlage. Hier müsse mit allen Kräften eingegriffen werden. Die Vereinigung der Schuldenwirtschaft sei das Primäre aller Finanzpolitik. Diesem Grundgedanken stimme auch die Sozialdemokratie vorbehaltlos zu. Wenn keine neuen Einnahmen geschaffen würden, dann gäbe es nur zwei

Die thüringische Regierung läßt durch die Rechtspresse erklären, daß ihr das Schreiben des Reichsinnenministers mit der Ankündigung der Sperrung sämtlicher Zulassungen für die thüringische Polizei „bis Mittwoch nachmittag noch nicht zugegangen sei“. Demgegenüber ist darauf zu verweisen, daß das Schreiben des Reichsinnenministers bereits am Dienstagnachmittag nach Thüringen abgegangen ist und dort spätestens am Mittwochmorgen eintrafen mußte und wahrscheinlich auch eingetroffen ist. Wenn es trotzdem bis Mittwoch nachmittag oder abend den zuständigen Ministern nicht offiziell bekanntgeworden ist, dann zeugt das mindestens davon, daß der Dienstgang unter dem neuen Regime keine Beschleunigung erfahren hat.

Aus der Presse konnte die thüringische Regierung das Schreiben des Reichsinnenministers nicht erst am nachmittag, sondern schon gegen mittag entnehmen, und wie sich aus den Äußerungen der Berliner deutschnationalen Presse ergibt, hat sie diese Kenntnisnahme tatsächlich auch genommen. Wenn sie trotzdem in ihren Äußerungen zu dem Schreiben bisher äußerste Zurückhaltung gezeigt und in diesem Sinne auch auf die seit dem Frid-Regime so großsprecherische Berichterstattung der deutschnationalen Zeitungen aus Thüringen eingewirkt hat, so ist das sicherlich nicht zuletzt auf den starken Eindruck zurückzuführen, den Severings Brief — nach den in Berlin vorliegenden Meldungen — in allen Kreisen der thüringischen Bevölkerung und insbesondere in allen Regierungsparteien hervorgerufen hat. Selbst der redselige und geschwätige Herr Frid scheint plötzlich die Sprache verloren zu haben. Sein Berliner Sprachrohr, die Deutsche Zeitung, wehlt im Gegensatz zu seinen sonstigen Gepflogenheiten jedenfalls weder über die Stellungnahme dieses Putschisten, noch der übrigen thüringischen Minister zu Severings Brief irgend etwas zu berichten. Es schweigt, wie Herr Frid schweigt.

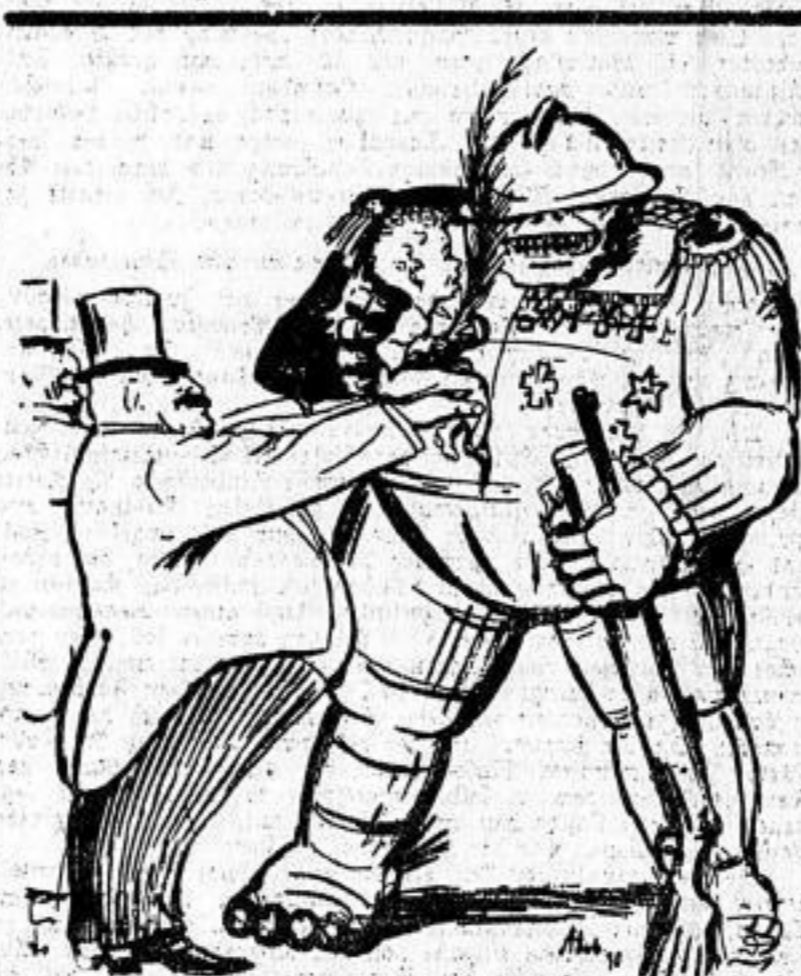
Das einzige Argument der deutschnationalen Presse gegen die Maßnahme Severings läuft darauf hinaus, „daß die Sperrung der Reichszulassungen für die Landespolizei nicht erfolgen kann, da die Zahlungen auf Grund beiderseits vereinbarter Richtlinien stattfinden, gegen die vom Lande Thüringen nicht verstoßen worden sei“. In der Tat erfolgen die Auszahlungen auf Grund von Richtlinien zwischen der Reichsregierung und den Länderregierungen, die im Jahre 1928 vereinbart worden sind. Der Reichsminister des Innern kann jedoch nach dem Wortlaut und Inhalt dieser Richtlinien jeden Zulassung an die Länder sperren, wenn er auch nur den geringsten Zweifel hegt, daß die Verwendung der überwiesenen Gelder mit den Vereinbarungen nicht in Einklang zu bringen ist. Daß dieser Zweifel berechtigt ist, und sich auf zahlreiche sachliche Argumente stützt, wird selbst die deutschnationale Presse nicht bestreiten wollen. Aber wenn Herr Frid schon glaubt, daß die Zweifel der Reichsregierung zu Unrecht bestehen, kann er ja den Beweis des Gegenteils führen und sich damit selbst vor aller Welt das Zeugnis ausstellen, daß seine Taten hinsichtlich der thür-

Möglichkeiten zur Sanierung der Reichsfinanzen. Entweder Abbau der Beamtenegehälter oder Beseitigung der Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung. Dem letzten Vorschlage würde auch Dr. Moldenhauer zugänglich sein — er hat es im Reichstage nicht gesagt — darum drückt die Volkspartei noch immer auf die Reichszulassungen. Das ist und bleibt das Kernproblem der Finanzreform. Darüber ist bis dato noch keinerlei Verständigung erzielt. Aber hier kann die Sozialdemokratie keine Konzessionen machen. Wie indes das Endergebnis des dauernden Schachers aussehen wird, ist noch nicht abzusehen. Das Bürgergut bezweckt einen weitgehenden Umbau der Steuerlasten, dem sich die Sozialdemokratie mit allen Mitteln entgegenstemmen muß. Es fordert stärkere Belastung der Massen, um durch die Erträge dieser Steuern im kommenden Jahre den Besitz entsprechend zu entlasten. Das aber wäre eine völlig untragbare Belastung für die Sozialdemokratie.

## Sturm in der Bezirksversammlung

SPD Berlin, 20. März.

In der Bezirksversammlung Berlin-Mitte kam es am Mittwochabend zu stürmischen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf die kommunizistischen Bezirksverordneten die Zuschauertribüne stürmten und schließlich eine Auflösung der Versammlung veranlaßten. Die Auseinandersetzungen setzten sich vor dem Rathaus zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten fort. Sie waren entstanden bei den Reden von Nationalsozialisten und Kommunisten über Sparmaßnahmen.



Kapitalistische Friedenssicherung

„Nimm hin, geliebter Mars, in deinen Händen wird sich der Kleins am wohlsten fühlen.“

ringischen Polizei mit seinem großen Mundwerk nicht in Einklang zu bringen sind.

Der Vorwärts schreibt heute zu der „Ephode Frid“ u. a.: „Das Reich wird gezwungen, weitere und ernstere Maßnahmen zu ergreifen, wenn Herr Frid nicht bennächtigt von der Spitze des Thüringer Innenministeriums verschwindet. Diese Maßnahmen sind zum Schutze der Verfassung, zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung notwendig. Das Land Thüringen, dessen Finanzen in katastrophaler Unordnung sind, bedarf dringend der Ruhe und nicht nationalsozialistischer Kraftmeierei und Putschspielerei, und das Reich nicht minder.“

## Zwischenfall im Thüringer Parlament

### Der Landbündelführer schließt einen Nazi aus

SPD Weimar, 19. März.

Der nationalsozialistische Vizepräsident des Thüringischen Landtages, Mascher, wurde am Mittwoch von dem Präsidenten des Landtages, dem Landbündelführer und Rittergutsbesitzer Kammerherr v. Thimmel, nach drei Ordnungsrufen wegen fleckhaften Benehmens aus dem Saal verwiesen. Mascher gehört der thüringischen Regierung als Staatsratsmitglied an. Sein Benehmen in der Mittwochssitzung des Landtages war so rüpelhaft und gemein, daß sich der Landbündelführer nicht anders zu helfen wußte, als das Regierungsmitglied und den Vizepräsidenten auszuschließen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung kam es anläßlich der Beratung eines kommunistischen Antrages gegen das Republikstuhlgeseh noch zu einem heftigen Zwischenfall. Die Kommunisten und Nationalsozialisten beschimpften sich gegenseitig als Mörderpartei. Als dann ein Nationalsozialist einem sozialdemokratischen Abgeordneten vorwarf, nicht im Kriege gemessen zu sein, fiel von sozialdemokratischer Seite der Zwischenruf, daß der Putschist Frid während des ganzen Krieges „Heimkrieg“ gespielt habe. Der Putschist Frid erwiderte: „Ich war während des Krieges dort, wo mein bayrischer König hingestellt hat!“

Diesem Zwischenruf folgte zum Entsetzen des Herrn Frid minutenlange Feilheit im ganzen Hause.

## Thüringer Gerichte gegen Frid

WIZ Weimar, 19. März.

Die 2. Strafkammer des Landgerichts hob die vom Innenminister Dr. Frid angeordnete Beschlagnahme des Aufzugs gegen den jetzigen postkassen Kurs in Thüringen, den die sozialdemokratische Landtagsfraktion und der sozialdemokratische Bezirksvorstand zuerst in der Presse brachten und dann als Plakat anschlagten, auf. Die Beschlagnahme war zunächst vom Amtsgericht bestätigt worden. Die Aufhebung erfolgte, weil die Strafverfolgung innerhalb der vorgeschriebenen Frist von zwei Wochen nicht eingeleitet worden ist.

## Lord Balfour gestorben

SPD London, 19. März.

Der ehemalige Premierminister und konservativ Führer Lord Balfour ist am Mittwoch im Alter von 82 Jahren verstorben. Das Unterhaus vertagte sich am Mittwoch zum Zeichen der Trauer um den verstorbenen Lord Balfour, der viele Jahrzehnte lang dem Unterhaus angehört hat, ohne in seine Verhandlungen einzutreten. Die Führer sämtlicher drei Parteien werden in der Donnerstagssitzung die üblichen Worte des Gedenkens sprechen.

## An der Grenze der Lächerlichkeit

### Die Londoner Flottenkonferenz

SPD London, 19. März.

Die unfruchtbare Suche nach einer erfindenden Formel, durch die die Flottenkonferenz gerettet werden könnte, dauert unermindert an. Die neueste Phase dieser Erörterungen scheint darin zu bestehen, die französisch-italienischen Schwierigkeiten durch eine, nur als grotesk zu bezeichnende Auslegung des Grundgesetzes der Parität zu überwinden. Nach diesen neuen Gedanken sollen die italienischen und französischen Schiffstärken bzw. Programme durch Addition von Älteren, teilweise längst undrausbar gewordenen Kriegsschiffen so lange „frisirt“ werden — wie man in England sagt —, bis man auf dem Papier eine Parität hergestellt hat. Während es Frankreich gestattet sein soll, die alte Tonnage durch neue zu ersetzen, soll sich Italien verpflichten, die alte Schiffstonnage nicht zu erneuern.

Es gehört keine große Prophetengabe dazu, auch diesem Gedankengang, wie viele ähnliche in den letzten Tagen, ein Vergräbnis in den Aktenhöfen der Konferenz innerhalb der nächsten 24 Stunden vorausszusagen.

## Der linke Flügel in der Labour Party

SPD London, 19. März.

Die Fraktion der Arbeiterpartei beschäftigte sich am Mittwoch mit der Frage der Partei- bzw. Fraktionsdisziplin. Die durch das selbständige Vorgehen der unter Führung Maxtons stehenden Gruppe in erste Gefahr geraten ist.

Unmittelbaren Anlaß zu der Auseinandersetzung gab die Unterhausdebatte vom Dienstag über den Etat des Luftministeriums, in deren Verlauf die schottischen Rebellen, unterstützt von einigen anderen Abgeordneten (darunter einem Sohn des ehemaligen konservativen Ministerpräsidenten Baldwin) einen Antrag einbrachten, der eine sofortige Abschaffung der Luftflotte forderte. Wie der Fraktionsvorsitzende Snell betonte, haben sich die Antragsteller mit diesem Verbesserungsantrag und einem ähnlichen Antrag, der sich auf die Bewaffung zu Lande bezieht, in Gegensatz zum Parteiprogramm gestellt, das die Abrüstung auf Grund eines internationalen Abkommens fordert.

In der Diskussion erklärte der intellektuelle Urheber der Oppositionspolitik, Wheatley, daß die englische Gewohnheit der Unverantwortlichkeit des Kabinetts unvereinbar sei mit der Politik einer Arbeiterpartei, die der Partei oberstes Bestimmungsrecht über die Politik einräumt. Henderson wandte sich mit scharfen Worten gegen die Politik der Opposition. Die Arbeiter der Regierung, so betonte er, würden durch die Obstruktion einer Minderheit erschwert, die sich nicht scheue, ihrer Kritik öffentlich in Zeitungen Ausdruck zu verleihen. Kritik müsse innerhalb der Partei ausgeübt werden. Die Politik der Regierung hätte sich übrigens an das Parteiprogramm.

Die Fraktion beschloß, jedem Abgeordneten als Grundlage für kommende weitere Erörterungen die Parteitagebeschlüsse von 1929 über Parteidisziplin übertragen zu lassen.

# Münchener Rapptage

Von Hoffmann zu Rahr

Innerhalb weniger Monate hatte Bayern 1918/19 einen ungläublichen Wechsel von politischen Ereignissen erlebt. Unmittelbar nach der Kieler Matrosenerhebung, zwei Tage vor der Ausrufung der Republik in Berlin, führte die von Kurt Eisner und dem blinden niederbayerischen Bauern Ludwig Gaudorfer organisierte Revolution zum Sturz der Wittelsbacher, deren 700jährige Herrschaft damit ein Ende fand. In einer Panikstimmung, die in der Bedrohung der bayerischen Grenzen durch Truppen der Entente ihre Ursache hatte, schlossen sich die bayerischen Bauern und Kleinbürger der Eisnerschen Revolutionsregierung an.

Doch die Führer der alten Parteien und des alten Systems erholten sich bald von ihrem Schreck, zumal ihnen nichts weiter geschah. Sie wiegelten die Klasseninteressen der bäuerlichen und städtischen Mittelschichten gegen das von den aktivsten Schichten der in Bayern ohnehin schwächeren Arbeiterschaft getragene Revolutionsregime auf. Ein Produkt dieser Aufwiegelung war die „Deutsche Arbeiterpartei“, später „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“, Hitler, die erst nach dem Zusammenbruch der Räterepublik und der Einsetzung des Systems Rahr zur vollen Entfaltung kam.

Die Sicherung eines großen Teiles der revolutionären Errungenschaften war nur durch die engste organisatorische und politische Geschlossenheit der sozialistischen Arbeiterklasse möglich, die sich auch anzubahnen schien, als die Ermordung Eisners diesen Prozeß unterbrach. Eisners Autorität hatte noch die sozialistischen und anarchoindustrialistischen Elemente der Arbeiterschaft gebunden. Jetzt brachen die Dämme und es kam im April zur Ausrufung der Scheinräterepublik von Landauer und Mühsam und dann der kommunistischen von Leviné. Beide wurden in Strömen von Blut erstickt.

Die Reichsexekutive, die besonders von den Demokraten betrieben wurde — sie haben in Form ihrer parteipolitischen Verwicklung die Quittung bekommen — und die Ausschaltung der Regierung Hoffmann waren nicht nötig. Wenige Tage vor dem Einmarsch der Regierungstruppen in München war die Räterepublik praktisch liquidiert. Die kommunistische Regierung war durch die Betriebsräte abgesetzt und die Regierung hätte ohne Schwierigkeit in München einziehen können. Aber damit wären ja die Militärs überflüssig gewesen, die ihre Notwendigkeit beweisen mußten und die nicht umsonst mit einer Armee von fast 100 000 Mann nach Bayern gezogen waren.

München wurde in ein Wallensteinisches Heerlager verwandelt und die Regierung sah auf den Bajonetten, die ihr im März 1920 den Garaus machten. Die Mittelschichten wanderten von den sozialistischen Parteien wieder ab, erhebliche Teile der Arbeiterschaft gingen zur USP und KPD. Bei den Gemeindevahlen im Juni 1919 wurde die USP zur stärksten Fraktion in München. Die aktiveren Schichten des Bürgertums sammelten sich in den Einwohnerwehren, die sogar zur staatlichen Einrichtung wurden und mit Hilfe der Reichswehr der Regierung Hoffmann beim Kapp-Putsch schließlich ein Ende machten.

Die Regierung Hoffmann, die als rein sozialistische Regierung aus einem Kompromiß zwischen Landtag und Rätekonferenz hervorgegangen war, wurde nach Ausrufung der Münchener Räterepublik in eine Koalitionsregierung zwischen MSP, Bayerischer Volkspartei und Demokraten umgewandelt. Die beiden USP-Minister schieben aus.

Im Herbst 1919 entsprach die von mehrheitssozialistischen Ministern geführte Regierung Hoffmann keineswegs mehr den tatsächlichen Machtverhältnissen, die sich vielmehr nicht gewandelt, sondern einfach ohne die Monarchie wiederhergestellt hätten. Nur waren alle Klassen der Bevölkerung, vor allem die Mittelschichten, ungeheuer ausgerüstet worden. Die „nationalsozialistische“ Bewegung kam in Fluß und führte im Herbst 1923 zu einem regelrechten faschistischen Umsturzversuch, der freilich scheiterte. Die Militärs wollten im Winter 1919/20 noch die MSP mit der Regierungsverantwortung belasten. Bereits im Sommer 1919 konnte das Münchener USP-Blatt an Hand von unumwundenen Dokumenten nachweisen, daß sich in den Einwohnerwehren eine zentrale Putschleitung bildete. Diese Enthüllungen wurden mit Anschlägen auf das Parteibüro und einem dreitägigen Verbot der Zeitung beantwortet.

Der Verlauf des Kapp-Putsches selbst war ein ziemlich gemächlicher. Noch am 14. März konnte man auf den Straßen ein Plakat lesen, auf dem das Gesamtministerium, das Reichswehrgruppenkommando (Möhl) und alle Parteien des Landtages eine Uebertragung des Kapp-Putsches auf Bayern ablehnten. General Möhl hatte „lediglich“ gewünscht, daß man gegen Kapp keine zu scharfe Haltung einnehme, da man mit seiner Befestigung rechnen müsse. Einige Stunden später verlangte Möhl die Uebertragung der Vollzugsgewalt. Hoffmann lehnte ab. Kurz darauf erklärte Möhl dem Ministerpräsidenten, daß die Reichswehr hinter Regierung und Landtag stünde. Auch mit den Führern der Zeitfreiwilligen bestimme Uebereinstimmung.

Da trat die zentrale Putschleitung in Funktion. In der Nacht gaben die Führer der Einwohnerwehr, Rahr, Scherich, Rangler, Polizeipräsident Pöchner, Stadtkommandant Seifner dem General Möhl zu verstehen, daß sie keine Garantie mehr für die Aufrechterhaltung der Ordnung übernehmen könnten. Sie rechneten auf die Mitwirkung von Möhl, der aber die Regierung „pflichtgemäß“ von der veränderten Sachlage unterrichtete und seinerseits keinen Schutz mehr bot. Delegationen und Offiziere der bedeutendsten Zeitfreiwilligen erklärten, daß die Regierung vogelfrei sei, wenn sie nicht abtrat.

Die Regierung Hoffmann stellte ihre Ämter zur Verfügung. Inzwischen war der Generalstreik erklärt und durchgeführt worden. Angesichts des Schwankens der Putschisten, die selber nicht ganz einig waren, hätte ein energisches Auftreten die Lage vielleicht noch retten können. Der Reichswehrhauptmann Schüßinger erhob sich, mit seiner Kompanie die ganze Verschöndergesellschaft vom Platz weg zu verhaften, und der Novemberrevolutionär Winter, der im Chiemgau ziemlich Anhang hatte, wollte mit einigen hundert bewaffneten Oberlandlern den verfassungstreuen Elementen der Hauptstadt und dem Generalstreik zu Hilfe kommen.

Nun schoben sich die Militärs, die seit langem in Stadt und Land über festorganisierte Parteiverbände verfügten und in den Einwohnerwehren erheblichen Einfluß hatten, mit einer unnahezu ähnlich geschickten Wendung dazwischen. Um zu verhindern, daß die Militärputschisten durch einen regelrechten Kampf in München Oberwasser bekamen, präsentierte ihr damals stärkster Führer, der Regensburger Bauerndoktor Helm, den oberbayerischen Regierungspräsidenten von Rahr, einen ausgekochten Bürokraten und kenntnisreichen, allen polizeiwidrigen Abenteuern abholden Verwaltungsbeamten, als Ministerpräsidenten.

Der gordische Knoten war durchhauen. Formell vollzog sich alles in einer legalen Weise. Die Regierung Rahr trat vor den Landtag und wurde gewählt. Sowohl den Militärputschisten wie auch dem Generalstreik war die Stützkraft genommen. Der Streik wurde einheitlich abgebrochen, um eine Verzettelung zu vermeiden.

Die Militärs, die einstweilen noch mit den Putschverbänden und dem wachsenden Nationalsozialismus patieren mußten, waren die eigentlichen Gewinner. Unter Rahr, dem Justizminister Roth und dem Polizeipräsidenten Pöchner kam es zu dem Femesorden an dem Reichswehrsoldaten Dobner, dem Dienstmädchen Sandmayr, dem Kellner Hartung und am 9. Juni 1921 an Garetz, dem Führer der USP, der als erster die Mordzentrale in

# Der Erfolg der Großagrarien

## Das neue Agrarkompromiß

Ueber die Beschlüsse der interfraktionellen Agrarabstimmungen schreibt der Sozialdemokratische Pressedienst:

Dem Reichstag sind die Anträge der Regierungsparteien zur Abänderung der Zölle für einige landwirtschaftliche Erzeugnisse inzwischen zugegangen. Sie werden am Montag beraten werden. Damit ist die ursprüngliche Absicht der agrarischen Parteien, der Regierung eine uneingeschränkte Ermächtigung für die Erhöhung der Zölle zu erteilen, gescheitert. Diese Ermächtigung hätte nicht nur das Parlament von einem der wichtigsten gesetzgeberischen Aufgabengebiete ausgeschlossen. Sie hätten auch die Gefahr herbeigeführt, daß unter dem Druck der Agrarier die Regierung sich gezwungen gesehen hätte, weitgehende Zugeständnisse zu machen, die sowohl die Lebensinteressen der verbrauchenden Bevölkerung als auch der industriellen Erzeugung schwer gefährdet haben würden.

Die Änderungen der Zölle für Mais, Kleie, die Mastkartoffeln haben nur eine untergeordnete Bedeutung. Die Veränderungen bei Getreide und Hafer und die Einführung eines Staatsmonopols für Mais dienen dem Schutz der inländischen Roggenzucht und sind mit Sicherungen für die Viehzüchter verbunden. Die Zölle für Roggen, das wichtigste Nahrungsmittel der arbeitenden Bevölkerung, bleiben unverändert. Die Zölle für Weizen, die sich bisher zwischen 1,50 Mark und 2,50 Mark bewegten, sollen sich künftig zwischen 1,50 Mark und 12 Mark bewegen. Dabei bleibt aber der bisherige Richtpreis von 26 Mark pro Doppelzentner unverändert. Der Weizenzoll wird der Veränderung des Weizenzolls angepaßt. Der Zoll auf Zucker wird von 25 auf 32 Mark für den Doppelzentner erhöht, der Höchstpreis dafür aber von 21 Mark auf 20,50 Mark pro Zentner, also um eine Mark pro Doppelzentner, herabgesetzt. Die Erhöhung des Zolls ist auf die Preisgestaltung des Zuckers ohne Einfluß und soll nur den deutschen Zuckerrübenbau vor verstärkter schmerzlicher Konkurrenz schützen. Die Ermäßigung des Höchstpreises um 50 Pf. bedeutet für den Konsum eine Ersparnis von insgesamt 15 Millionen Mark.

Alle diese Maßnahmen sollen die deutsche Landwirtschaft vor der immer stärker werdenden Schleudertourne des Auslandes

schützen. Das liegt auch im Interesse der deutschen Arbeiterklasse. Die Erhaltung einer leistungsfähigen Landwirtschaft ist eine wichtige Voraussetzung für die Gelung der deutschen Volkswirtschaft. Je geringer die Arbeitslosigkeit in denjenigen Industriezweigen ist, die Erzeugnisse für die Landwirtschaft herstellen.

Selbstverständlich mußte in den tagelangen Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien die Sozialdemokratie allen Einfluß aufbieten, um zu weit gehende, nicht durch die augenblicklichen Notzustände gerechtfertigte Maßnahmen zu verhindern. Das ist ihr gelungen. Die Veränderungen der Zölle sind jetzt so gestaltet, daß zwar Katastrophenpreise für die Landwirtschaft vermieden werden, daß aber auch Preiserhöhungen für die Verbraucher gegenüber dem augenblicklichen Stand nicht zu erwarten sind. Das gilt in erster Linie vom Brot. Eine Erhöhung des Zolls auf Roggen konnte abgewehrt werden. Die Erhöhung des Zolls auf Weizen wird kaum eine Auswirkung auf den Brotpreis haben können, weil die heutigen Brotpreise bereits höheren Weizenpreisen entsprechen. Die Ermäßigung des Zuckerpreises trotz gleichzeitiger Erhöhung des Zuckersolls ist gegen den heftigsten Widerstand der Deutschen Volkspartei durchgeführt worden.

Unter den beabsichtigten Maßnahmen hat die Neugestaltung des Zolls auf Getreide und die Einführung des Maismonopols die größte Bedeutung. Das Maismonopol, das nur von der Sozialdemokratie, dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei vertreten wird und das die Demokraten und die Deutsche Volkspartei ablehnen werden, ist ein Schritt vorwärts auf dem Wege einer geregelten öffentlichen Bewirtschaftung eines wichtigen Agrarerzeugnisses. Die bewegliche Festsetzung des Getreidezolls mit einer unteren Grenze von 2 Mark und einer oberen Grenze von 10 Mark bedeutet wenigstens im Grundgedanken die Erfüllung einer sozialdemokratischen Forderung, die im Dezember nicht durchgeführt werden konnte. Die Wiederherstellung des 2-Mark-Zolls soll die bäuerliche Veredelungswirtschaft vor einer Steigerung der Produktionskosten schützen. Beide Maßnahmen zusammen sollen eine verstärkte Fütterung von Roggen bewirken und dadurch dazu beitragen, daß der Roggenpreis, der zur Zeit unter Vorkriegsniveau liegt, auf eine erträgliche Höhe gebracht wird.

der Münchener Polizeidirektion aufgedeckt hatte. Es kam zur separatistischen Anlehnung an französische Reaktionskreise, mit deren Hilfe man die Republik erschüttern wollte. Der rechtstabilere Terror wütete gegen die Arbeiterorganisationen und ihre Führer. Auch als die Einwohnerwehren offiziell aufgelöst werden mußten, wurden die illegalen Kampfverbände dauernd mit Waffen ausgerüstet, mit denen sie auch einen schwinghaften Handel betrieben.

Auf dem Gipfel der Inflation, im Herbst 1923, als der Ruhrkrieg liquidiert werden mußte, unternahm Ludendorff und Hitler ihren berühmten Bierkellerputsch, dem der falschistische Marsch auf Berlin folgen sollte, der aber bereits vor der Münchener Feldherrnhalle im Gewehrfeuer der Polizei sein blutiges Ende fand.

Wiederum hatten die Militärs die falschistischen Reaktionskräfte um den Erfolg ihres Putsches gebracht. Sie konnten nicht zulassen, daß der im Süden und Westen herrschende Reichssozialismus unter der zentralistischen Diktatur lutherantischer oder gar wotansläubiger Faschisten kam.

Das Wort vom „proletarischen Preußen“ Ludendorff, das der verlorbene Kultusminister Ratt in einer Rundgebung prägte, hat den Hitlerputsch zum Sieben gebracht. Das war aber nur möglich, weil die sozialistischen Arbeiter zunächst Gewalt bei sich fanden und nur darauf warteten, sich auf die Faschisten zu stürzen.

## Die Nazi-Zellen in der Reichswehr

CNS Berlin, 19. März.

Wie die „Vossische Zeitung“ mitteilt, hat die Untersuchung der Angelegenheit der beiden verhafteten Reichswehr-offiziere, die von Ullrich nach Berlin übergeführt worden sind, ergeben, daß einer der beiden, der Leutnant Laudin, der von Oberleutnant a. D. Wendt geworden worden war, häufig Reisen von Ullrich nach Berlin und Eisenach unternommen hat, um hier bekannte jüngere Offiziere für den nationalsozialistischen Hochverrat zu gewinnen. Außer den beiden bekanntgewordenen Fällen sind Verhaftungen nicht angeordnet worden. Je mehr die Untersuchung fortschreitet, um so bestimmter sei der Eindruck, daß die nationalsozialistische Zellenbildung in der Reichswehr gleich in den ersten Anfängen erndet und verhindert worden sei.

Hinter diese letzte Behauptung wird man wohl mit Recht ein großes Fragezeichen setzen dürfen. Im übrigen legt das Reichswehrministerium Wert auf die Feststellung, daß die Verhaftungen nicht auf den Reichsinnenminister, sondern auf die Initiative des Reichswehrministers zurückzuführen sei. Der Reichswehrminister habe die Angelegenheit dem Oberreichsanwalt übergeben, der schließlich den Reichsminister der Justiz informiert habe und erst durch diesen seien dem Reichsinnenminister die Vorgänge zur Kenntnis gebracht worden.

## Herr Groener, es bleiben noch einige Fragen

Zu den in der Montagnummer der Leipziger Volkszeitung wiedergegebenen Fragen, die Helmut von Gerlach an den Reichswehrminister gerichtet hat, erklärt das Reichswehrministerium, daß der von Gerlach genannte Oberst von Bredow im Jahre 1920 nur zwei Anfragen Nicolais dienlich beantwortet habe. Die Anfragen betrafen Mitglieder der früheren Abteilung Nicolai. Weder Oberst von Thompson noch General Ludwig seien im Auftrag des Reichswehrministeriums in Rußland gewesen. Oberst Thompson sei überdies schwer erkrankt und fast erblindet und lebe in Mecklenburg. Das Reichswehrministerium hält es für wenig glaubhaft, daß er nach Rußland gefahren sei. Dem Obersten Kilschental sei kein Urlaub für eine Rußlandreise gewährt worden. General Hammerstein sei in Erwiderung eines Befehles russischer Generale, die deutschen Wandernern beigemohnt hatten, einmal im Jahre 1920 auf kurze Zeit in Rußland gewesen. Der russische Militärbevollmächtigte, General Kort, habe an keinen deutschen Wandernern teilgenommen, an denen fremde Militärs nicht teilgenommen hätten, und habe überdies vor einhalb Jahren seinen Posten aufgegeben und Deutschland verlassen.

Diese Antwort bringt keine restlose Klärung der Fragen. Von Gerlach wird sich übrigens zu ihnen auch noch äußern. Das Reichswehrministerium hat bis heute noch nicht auf die viel wichtigeren, im November 1920 zum ersten Male und am Montag zum zweiten Male in der Leipziger Volkszeitung gestellten Fragen über die Zusammenarbeit gewisser Reichswehrstellen mit der Roten Armee geantwortet.

Diese Fragen bleiben also noch immer offen, Herr Reichswehrminister!

## Reklame für die Monarchie

### Das Begräbnis Primo de Rivera

SPD Madrid, 20. März.

Am Mittwoch wurde die sterbliche Hülle des Ex-Diktators Primo de Rivera unter hohen militärischen Ehren beigesetzt. Auf dem Weg vom Bahnhof bis zur Grabstätte bildete die gesamte Madrider Garnison Spalier. Hunderttausende von Menschen waren auf den Beinen.

Der Sarg mit der sterblichen Hülle wurde nach der Ankunft am Nordbahnhof zunächst auf dem Bahnhofsvorplatz aufgestellt. Um 11 Uhr erschien König Alfonso, um ein Gebet zu verrichten. Bald darauf wurde unter den Klängen des Präzidentenmarsches der mit den spanischen Farben bedeckte Sarg von den Ministern der Diktatur, dem persönlichen Adjutanten und dem Diener Primo de Riveras auf eine Lafette gehoben. Dann schloß sich der Zug in Bewegung. Acht große Blumenwagen gaben ihm den Vorantrieb. Auf dem Wege zum Friedhof erkollten wiederholt Vivasrufe, unterstützt mit Hochrufen auf Spaniens Monarchie und den Beschützer des Thrones.

## Gasbomben in der Kirche

SPD Warschau, 20. März.

In Lemberg explodierten am Mittwoch in einer griechisch-katholischen Kirche während des Gottesdienstes zwei Gasbomben. Die Kirche war sofort mit Rauch angefüllt, so daß unter den Anwesenden eine Panik entstand. Die Polizei verhaftete unter dem Verdacht der Täterschaft zwei junge Ukrainer. Sie gehören angeblich der geheimen ukrainischen Militärorganisation an.

## Sassenbach bei den griechischen Arbeitern

SPD Athen, 17. März.

Eine öffentliche Versammlung, in welcher der Sekretär der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale, Sassenbach, sich u. a. scharf gegen Moskau wandte, verurteilte kommunistische Rowdys unter Anwendung von Gewalt zu sprenge. Die Polizei verhaftete die Hauptrednerführer und legte sie fest. Ein Teil der kommunistischen Rowdys war im Besitz von Schlagringen.

## Mazedonierverhaftungen in Sofia

SPD Sofia, 19. März.

Die bulgarische Polizei nahm auf Anordnung des Ministerpräsidenten in den letzten Tagen in Sofia zahlreiche Verhaftungen mazedonischer Komitadschis vor. Die Häftlinge sollen in Südbulgarien interniert werden.

## Sowjetrußlands Schulden

U. London, 18. März.

Henderson teilte im Auschuß an seine bereits im Unterhaus abgegebene Erklärung mit, daß zur Zeit mit der Sowjetregierung Verhandlungen über die Methode einer möglichen Regelung der Schuldenrückzahlung Sowjetrußlands an England im Gange seien.

Eine Berichtigung. Herr Arnold Reckberg schreibt uns: Bezugnehmend auf den gegen mich gerichteten Angriff in Ihrem Blatt vom 5. März dieses Jahres und unter ausdrücklicher Bezugnahme auf den § 11 des Pressegesetzes ersuche ich Sie um Veröffentlichung folgender tatsächlicher Richtigstellungen:

Es ist nicht richtig, daß der Pariser Club du Faubourg eine Rundfrage an mehrere deutsche Politiker gerichtet hat.

Es ist vielmehr richtig, daß seine zahlreichen Fragen an mich nicht allein an mich allein gerichtet waren, und daß ich in der Gesamtheit meiner Antworten — aus deren Zusammenhang zwei in Ihrem oben genannten Aufsatz herausgenommen und gekürzt wiedergegeben sind — das Für und Wider sowie die harten Realitäten einer deutsch-französischen Verständigung erwogen habe um im Ergebnis deren Notwendigkeit zu betonen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil Hermann Heberich in Weipitz. Verantwortlich für den Anzeigenenteil Hugo Schöpfung in Weipitz. Druck und Verlag Leipziger Buchverlag Ullrichs-Verlag Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

Vom Kopf bis zum Fuß

**elegant**

verlangt Pflege der Schuh durch

**Meisters Hand**

Nur Qualitätsarbeit vermag Ihre Ansprüche an  
erstklassige Schuhreparatur zufriedenzustellen.  
Hüten Sie sich vor Galopparbeit und Puschertum.

**FAMILIEN-NACHRICHTEN**

Für die wohlthuenden Beweise liebevoller Teilnahme in Wort und Schrift, den vielen herrlichen Blumenschmuck, den erhebenden Gesang der Gesangsvereine „Frohsinn“ und „Männerchor“ und das letzte Geleit der Innung des Bäckermeister-Vereins, des Turn- und Sportvereins, des Gemeinnützigen Hausbesitzer- und Familienvereins, sowie allen lieben Freunden und Bekannten, beim Hinscheiden unseres lieben, unvergesslichen Entschlafenen, Herrn **Bäckermeister**

**Emil Otto Freiburger**

sagen wir hierdurch unseren tiefempfundenen Dank.  
Leipzig W 34. im März 1930

Olgaverw. Freiburger gb. Rausch u. Kinder sowie alle Hinterbliebene

Nach schwerer Krankheit entschlief Mittwoch früh meine liebe, treusorgende Frau, meine gute Mutter, unsere treue Schwester, Schwägerin und Tante

**Emilie Anna Schiller geb. Heinze**

Leipzig, Moltkestraße 43,  
den 19. März 1930.

In großem Schmerz  
**Hugo Schiller**  
**Hans Schiller**  
und Angehörige

Trauerfeier Sonnabend, 22. März, 15.30 Uhr, in der Kapelle des Südfriedhofs. Freundlichst zugedachte Blumenspenden „Zur Ruhe“, Vertr. H. Rixrath, Südstraße 22 erbeten.

**Gute Druckerarbeiten**

von der einfachsten bis zur modernsten geschmackvollen Ausführung in ein- sowie auch mehrfarbigem Druck liefert pünktlich für Private und Behörden, Handel und Gewerbe, auch Massenaufgaben (im Flachdruck und im Rotationsbetrieb herzustellen), bei äußerst billiger Preisberechnung

**Leipziger Buchdruckerei AG**  
Leipzig C 1, Tauchaer Str. 19/21  
Fernsprecher Nr. 722 00

Nach kurzem schwerem Leiden verschied heute morgen mein lieber, guter Mann, unser treusorgender Vater und Schwiegervater, Herr

**Carl Heinrich Großmann**

Leipzig, Weststr. 40, II, den 18. März 1930

In tiefer Trauer **Helene Großmann geb. Rost**  
**Richard Großmann**  
**Fritz Großmann und Frau**

Die Einäscherung erfolgt Freitag, den 21. März, nachmittags 1/3 Uhr — Freundlichst zugedachte Blumenspenden u. Beileidsbesuche dankend verboten

Nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden entschlief am 18. März im Alter von 58 Jahren im Krankenhaus St Georg meine liebe Frau, unsere gute, treusorgende Mutter, Schwieger- und Großmutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

**Marie Rothe geb. Heßler**

Leipzig-Anger, Wörthstr. 10, III, am 19. März 1930

In tiefer Trauer

**Otto Rothe, im Namen aller Hinterbliebenen**

Die Einäscherung findet Sonnabend, 22. März, 13.30 Uhr, in der Kapelle des Südfriedhofs statt

**Statt Karten!**

Am 18. März 1930 verschied im Alter von 72 1/2 Jahren nach langem, mit großer Geduld ertragenem Herzleiden unser lieber Vater, Groß- und Schwiegervater, Herr

**Gustav Breiffeld**

Leipzig-Süd, Kochstraße 29

Dies zeigen tiefbetrübt an  
**Frau Klara verw. Breiffeld u. Kinder**

Von freundlichst zugedachten Blumenspenden bitten wir abzusehen — Einäscherung am Sonnabend, dem 22. März 1930, 1/21 Uhr.

Nach kurzer Krankheit verschied am Mittwoch, 14 Uhr, plötzlich und unerwartet an Herzschlag im Alter von 69 Jahren mein herzenguter, treusorgender Mann, unser innigstgeliebter Vater, Schwieger- und Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

**Friedrich Mandel**

Thekla, Neutscher Straße 3.

In tiefstem Schmerze

**Berta verw. Mandel und Kinder**  
zugleich im Namen aller Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 23. März, 14 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Nach kurzem, schwerem Leiden verschied am 18. März, abends 1/7 Uhr, meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Mutter

**Klara Friedrich geb. Leipziger**

im 56. Lebensjahre.

L.-Connwitz, Leopoldstraße 27.

In tiefer Trauer

**Emil Friedrich nebst Kindern.**

Einäscherung Sonnabend, den 22. März, 1 Uhr, auf dem Südfriedhof. Blumenspenden werden dankend abgelehnt.

Nach längerem Leiden verschied am Mittwoch früh im 81. Lebensjahre unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater, Bruder und Onkel, Herr

**Karl Kochert**

L.-Schönefeld, Robert-Blum-Straße 2.

In tiefer Trauer

**Karl Wolf und Frau Marie geb. Kochert**  
**Heinz und Melanie Kochert.**

Die Einäscherung findet Montag, den 24. März, 11 Uhr, auf dem Südfriedhof statt. Blumenspenden werden dankend abgelehnt.

Am vergangenen Montag verstarb der viele Jahre in der früheren Vereinsbrauerei tätig gewesene Brauer, Herr

**Rudolf Wilhelm**

dessen Andenken wir in Ehren halten werden.  
Leipzig, den 19. März 1930.

Leitung und Belegschaft der

Brauerei C. W. Naumann, Aktiengesellschaft.

**Gummi-Klose**

Größtes Spezialhaus für Gummiwaren  
Hygienisch und sanitäre Artikel  
Gegründet 1900

LEIPZIG HAINSTR. 17-19

**SPARE BEI S&F**

**Billige Konserven**

- Schnittbohnen ..... 1/2-Dose 67 ct
- Gemüseerbsen ..... 1/2-Dose 68 ct
- Gemischtes Gemüse ..... 1/2-Dose 85 ct
- Leipziger Allerlei ..... 1/2-Dose 96 ct
- Erbsen mit Karotten ..... 1/2-Dose 68 ct
- Erbsen gelb, m. Schale Pfd. 32 24 ct
- Erbsen grün, m. Schale . . . Pfd. 28 ct
- Bohnen weiß . . . . . Pfd. 55 36 ct
- Linzen neue . . . . . Pfd. 50 35 ct
- Eierbandnudeln . . . . . Pfd. 58 ct
- Stangenmakkaroni . . . . . Pfd. 56 ct
- Eierbruchmakkaroni . . . . . Pfd. 54 ct
- Bruchmakkaroni . . . . . Pfd. 48 ct
- Pflaumen getrocknet . . . . . Pfd. 75 ct 55 ct
- Mischobst . . . . . Pfd. 1.00 80 ct

**Billige Eier!**

- Siedeier . . . . . 10 Stück 90 75 ct
- Siedeier extra frische, 10 Stück 1.00
- Magneteier schwere frische, 10 Stück 1.28
- Deutsche Trinkeier schwer u. groß 10 St. 1.35

**Frisch eingetroffen!**  
**Zarte Matjesheringe 3 Stück 46 ct**

- Marinaden 80 ct**  
Blumenscheringe, Rollmops, Gelée-, Bretheringe 1-L-Dose
- Butter billiger**  
S&F-Tafelbutter feinste Qual. 1/2 Pfd. 90 ct
- Oelsardinen spanische 2 Klubbosen 85 ct**  
S&F-Teebutter feinste dün. . . . . 1.03

**3 Waggon süße, saftige Apfelsinen eingetroffen**  
3 Pfd. blonde Apfelsinen 65 ct | 3 Pfd. Blut-Apfelsinen . . 85 ct  
**5% Rückvergütung auf alle Waren!**

**SCHADE & FÜLLGRABE**  
AG 150 FILIALEN G.M.B.H. LEIPZIG

**Nochmaliger Rückgang der Butterpreise.**

Seit der Inflation hat es so billige Butterpreise wie jetzt nicht wieder gegeben. Es ist wohl auch nicht anzunehmen, daß dieser Tiefstand von längerer Dauer ist. Der Butterverbraucher wolle sich daher diese Gelegenheit nicht entgehen lassen und nur die bewährteste aller Butterforten zu kaufen. Der „Erdbeer-Butter“ ist wegen der zuverlässigen Qualität die preiswerteste Butter. Wer „Erdbeer-Butter“ kennt, wird Angebote anderer Butterforten unbeachtet lassen, denn „Erdbeer-Butter“ ist über 80 Jahre als beste Qualität anerkannt. Jahraus, jahrein wird „Erdbeer-Butter“ nur von bestimmten Molkereien hergestellt und der große Umlauf garantiert für frischeste Ware. Sie wird von Feinmehlmedern als Klasse für sich gemäst. — Der Preis der „Erdbeer-Butter“ wurde auf **Mk. 1.05** für 1/2 Pfd. **Mk. 0.55** für 1/4 Pfd. ermäßigt.

Dieser außerordentlich billige Preis muß selbst den Käufer von Butter-Ersatzmitteln veranlassen, einmal einen Versuch mit „Erdbeer-Butter“ zu machen. Täglich frisch wird „Erdbeer-Butter“ den meisten B. Kaufstellen geliefert. Es wird andauernd verfrachtet, dem Käufer für „Erdbeer-Butter“ andere Butter als ebenjagut aufzugeben, was man im eigenen Interesse zurückweisen sollte. Bei Rabatt-Gewährungen oder an auswärtigen Plätzen, wo mit Frachtspeesen zu rechnen ist, erhöht sich der Preis der Butter um etwa 5 Pfennig per Stück. Engros-Verkauf der „Erdbeer-Butter“ Kohlgrabenstraße 1-3. Telefon: Sammelnummer 72901. Stadtverteilungsstelle Wilh. Dorn, Zentralmarkthalle, und Herm. Bertram, Schloßgasse 16.



Opfer der Frau Momm

Ein Mädchen wegen „Diebstahls“ entlassen, dessen Bräutigam ins Gefängnis gebracht

Zu die Diebstahlsaffäre der Frau Momm spielt, wie der „Vorwärts“ mittelt, auch der Fall eines Potsdamer Schlichter...

Die Braut des jungen Mannes war bei Frau Dr. Momm als Hausangestellte beschäftigt. Als zu Ende des vorigen Jahres ein größerer Posten Wäsche aus der Wohnung des Regierungspräsidenten verschwand...

Der seinerzeit unschuldig Verurteilte will jetzt die Hilfe eines Berliner Rechtsanwaltes in Anspruch nehmen, um Rechtsansprüche gegen den Justiziskus zu stellen, und gleichzeitig völlige Rehabilitierung verlangen.

Die „Diebesbeute“ war amtlich verwahrt!

CHB. Berlin, 19. März.

Die Silberschätze, die angeblich aus dem Hause des Regierungspräsidenten von Potsdam, Dr. Momm, entwendet worden waren, und nach denen zahllose Beamte in Potsdam und im Reich suchten, waren nach einer Meldung des „Mitt- und Abendblatt“ in amtlicher Verwahrung.

Frau Momm leistet sich einen Zusammenbruch

CHB. Berlin, 19. März.

Im Laufe des heutigen Vormittags wurde die Frau des Regierungspräsidenten Dr. Momm noch mehrere Stunden von dem Kriminalkommissar Rastow vernommen.

Das Krankengeld des Kriegsbeschädigten

Die Firma Reclam bittet um Vollstreckungsschutz

Die Versuche der Unternehmer, die arbeitsrechtliche Sonderstellung der Schwerkriegsbeschädigten zu untergraben, häufen sich in den letzten Monaten in auffälliger Weise an.

Der Verband der Deutschen Buchdrucker, vertreten durch den Genossen Stürz, erhob nun für den betreffenden Kriegsinvaliden Klage vor dem Arbeitsgericht Leipzig.

Der Unternehmer Stürz erklärte, dass die Streitfrage ihrer grundsätzlichen Bedeutung wegen für berufsunfähig zu erklären, und hat für den Fall des Unterliegens seiner Parteipartei um Vollstreckungsschutz.

Das Arbeitsgericht Leipzig, Kammer Dr. Würfel, gab der Klage des Kriegsbeschädigten statt, verurteilte die Firma zur Zahlung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld.

Finanzprogramm des Besizes

Die bürgerlichen Parteien halten an den ungeheuerlichen Besitzsteuereinforderungen fest!

146. Sitzung vom 19. März 1930.

SPD. Auf der Tagesordnung steht der von den Sozialdemokraten, Demokraten, vom Zentrum und der Deutschen Volkspartei eingebrachte Antrag auf öffentlichen Anschlag der Rundgebung des Reichspräsidenten vom 13. März zum Youngplan.

Abg. Oberjöhren (Dtl.) gibt folgende Erklärung ab: Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei steht in dem Antrag Dittmann und Gen. einen parteipolitischen Akt, durch den die Antragsteller den Versuch machen, ihre eigene Verantwortung vor der breitesten Öffentlichkeit auf den Herrn Reichspräsidenten abzuwälzen.

Abg. Stoeder (Komm.): Wir könnten eigentlich dem Antrag zustimmen, denn damit wird den Massen auf dem Lande gezeigt, daß auch ihr sogenannter Nationalheld Hindenburg in die Reihe der Fronzöpfe gehört, die das internationale Finanzkapital zur Auspressung des deutschen Volkes benutzt.

Abg. Dr. Kadewacher (Dnl.) erinnert an die im Dezember angekündigten Steuererleichterungen in Höhe von 915 Millionen. Nichts sei von dieser Entlastung eingetreten.

Abg. Dr. Kadewacher (Dnl.) erinnert an die im Dezember angekündigten Steuererleichterungen in Höhe von 915 Millionen. Nichts sei von dieser Entlastung eingetreten.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer

erklärt, er wolle heute nur auf die vom Vorredner aufgeworfene grundsätzliche Frage eingehen, wie sich die jetzigen Vorlagen mit den Verpflichtungen aus dem vorigen Jahre vereinbaren ließen.

Ausgabenentlastungsgesetz für Reich, Länder und Gemeinden.

Ich hoffe, daß später nicht jeder Vorschlag auf Zusammenlegung von Finanzämtern im Reichstag mit dem Protestruf beantwortet wird: „Das ist für meine Stadt untragbar!“

Abg. Dr. Neubauer (Komm.) meint, mit der Steuer- und Zollpolitik des Kabinetts Müller sei der Gipfel der Arbeiterfeindschaft erreicht.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer: Ohne auf die Einzelheiten des Benzin- und Benzolzolls einzugehen, will ich nur erklären, daß dem Reichstabinett bereits eine Vorlage vorgelegt ist über eine entsprechende Abgabe von der inneren Produktion.

Abg. Collofer (Wirtschaftsp.): Bei den vorliegenden Gesetzentwürfen handelt es sich um das Ende eines Trauerspiels. Als nach dem spurlosen Verschwinden Hilferdings Dr. Moldenhauer Finanzminister wurde, glaubten wir, jetzt habe ein Mann das Ruder ergriffen.

Abg. Reil (Soz.)

Es ist komisch, wenn ausgerechnet ein Vertreter der Wirtschaftspartei die Arbeiterklasse und die Sozialdemokratische Partei an das Verantwortungsgesäß mahnt.

Die falsche Finanzpolitik der letzten Jahre

zurückzuführen. Wir haben gegen die Erweckung phantastischer Hoffnungen auf Steuerentlastung schon beim Dezemberprogramm starke Vorbehalte gemacht.

Während der Rede des Finanzministers hat Graf Westarp den Zuruf „Hilferdingpleite“ gemacht. Draußen wird mit Behauptungen ähnlicher Art und von sozialdemokratischer Mißwirtschaft Stimmung gegen unsere Partei zu machen versucht.

Der erste Versuch seit 1924, einen innerlich balancierten Etat aufzustellen, ist 1929 von Hilferding gemacht worden.

Dadurch sind die enorm angewachsenen Fehlbeträge entstanden, hinzu kam die Arbeitslosigkeit und die Verpfändung, 450 Millionen Schulden aus laufenden Mitteln zu decken.

Auch wir hoffen, daß die notwendige Steuerentlastung in absehbarer Zeit kommt. Aber wir raten davon ab, angesichts der wechselnden Verhältnisse, sich heute schon darauf festzulegen.

Schutz der Verbraucherschafft

bedacht zu sein haben. Unser Leitstern wird heute und künftig sein, daß ohne lauffähige Verbraucherschafft und ohne leistungsfähige Arbeiterschafft es keinen Aufstieg der deutschen Wirtschaft geben kann.

Abg. Dr. Föhr (Str.): Die Sanierung ist dringend notwendig; um sie parlamentarisch vorzunehmen, ist schnelle Erledigung erforderlich.

Abg. Dr. Cremer (F. Sp.): Erst wenn durch Beschränkung der Ausgaben und erhebliche Steuerentlastung die Wirtschaft neu angekurbt ist, kann die finanzielle Gesundung von Reich, Ländern und Gemeinden eintreten.

Abg. Dr. Reinhold (Dem.): Wir sind bereit, die Sanierungsmassnahmen zu beschließen, halten aber entschieden an der Steuerentlastung fest.

Abg. v. Seydel (Christl.-Nat.): Der Minister hat sich persönlich verteidigt. Unsere Kritik ist nicht persönlich, wir bekämpfen das ganze System.

Abg. Dr. Horlacher (Bayr. Sp.) betont die Notwendigkeit der Sanierung, bekämpft die Biersteuererhöhung, fordert Abschaffung der Kapitalertragsteuer für fest verzinste Werte und die Umkehrsteuer auf die Einfuhr.

Abg. Sandorfer (Bayr. Bauernb.) protestiert gleichfalls gegen die Biersteuererhöhung, die die Großbrauer bevorzugen und das Entstehen von Konkurrenzbrauereien aus genossenschaftlicher Art verbietet.

Damit schließt die Beratung. Die Vorlagen gehen an den Steuerauschuß. — Nächste Sitzung Montag den 24. d. M., 15 Uhr.

## Weitere Arbeitsmarkterleichterung Abnahme der Hauptunterstützungsempfänger um 50 000

SPD Berlin, 20. März.  
In der Berichtswoche vom 10. bis 15. März ging die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um rund 50 000 auf 2 313 000 Personen zurück. Damit haben sich die Hauptunterstützungsempfänger in der ersten Hälfte des März um 65 000 Personen verringert.

In der gleichen Zeit des vergangenen Jahres vollzog sich die Erleichterung des Arbeitsmarktes in weitaus schnellerem Tempo, denn vom 1. bis 15. März 1929 fanden bereits 120 000 Hauptunterstützungsempfänger wieder Arbeit. Daß der Saisonausgleich in diesem Frühjahr durch die Verschlechterung der Konjunktur stark behindert wird, beweist die Feststellung der Reichsanstalt, daß sich auch in der letzten Woche die Zahl der Krisenunterstützten noch um etwa 2000 Personen erhöht hat.

Es werden also noch durchgreifende Maßnahmen erforderlich sein, um die zum Teil willkürlich gedrosselte Konjunktur und insbesondere die Bautätigkeit mit Erfolg anzukurbeln.

## Vormarsch der freien Gewerkschaften

Die Hafenarbeiter gegen die Kommunisten

SPD Hamburg, 19. März.

Die Kommunisten haben bei den Wahlen zu den Gewerkschaftsfunktionen und zu den Betriebsräten für den Hamburger Hafenbetrieb eine schwere Niederlage erlitten. In einigen Hafenarbeitergruppen, in denen sie bisher einen gewissen Anhang besaßen, haben sie nunmehr völlig ausgespielt. So wurden bei den Ewerführern und Schauerleuten, den Schiffseingängern, den Speicherarbeitern, den Kohlenbunkerleuten, den Kaiarbeitern und den Lagerhausarbeitern nur Kandidaten der Amtsdamer Richtung gewählt. Es steht nur noch die Wahl kleiner Gruppen, wie der Ladungsontrollen und der Holzplaharbeiter aus. Sie dürften für die freien Gewerkschaften ebenfalls günstig ausfallen.

Der Hamburger Hafenbetrieb, der etwa 18 bis 20 000 Arbeitern Beschäftigung bietet, wird also in Zukunft organisatorisch vollkommen von den freien Gewerkschaften erfaßt werden.

## Die Arbeitsbeschaffung in Dänemark

Verbesserte Finanzierung der Notstandsarbeiten

SPD Die Finanzierung der Notstandsarbeiten ist in Dänemark verbessert worden. Zwischen den Parteien des Reichstages kam dieser Tage nach langen Verhandlungen eine Einigung zustande, wonach von der Motorsteuer, die jährlich 40 bis 50 Millionen Kronen einbringt, 5 bis 10 Millionen Kronen für die Verbesserung des Wegenehs verwendet werden, um dem stetig zunehmenden Automobilverkehr entgegenzukommen. Da die Gemeinden den gleichen Betrag für den Wegnebau beisteuern müssen, wird somit ein im Verhältnis zur Größe des Landes nicht geringer Betrag für Arbeitsbeschaffung bereitgestellt. Die Regelung soll vorläufig eine Geltungsdauer von 5 Jahren haben.

Bei uns sieht es mit der Finanzierung der produktiven Erwerbslosenfürsorge schlechter aus. Angelegt sind 55 Millionen Mark, wovon Reich und Länder zur Hälfte beizutragen haben. Rund 15 Millionen sind bereits für den Landarbeiterwohnungsbaun vorkausgabig; es stehen also im ganzen nur 40 Millionen für das Jahr 1930/31 zur Verfügung. Ob dieser Betrag durch Auslandsanleihen vergrößert werden kann, ist im Augenblick noch ganz ungewiß.

## Belämpfung der Arbeitslosigkeit

SPD Wien, 1. März.

Auf der großen Wirtschaftskonferenz teilte Bundeskanzler Schöber mit, daß die Großglockner-Strasse in kürzester Zeit in Bau genommen werden soll. Durch sie sollen bessere Verkehrsmöglichkeiten zwischen dem Deutschen Reich und Italien geschaffen werden. Der Straßenbau diene in erster Linie zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit. Zu dem gleichen Zwecke sollen Arbeiten zum Bau einer neuen großen Straße zwischen Klagenfurt und Graz in Angriff genommen werden.

Der Handelsvertrag Oesterreichs mit Deutschland wird, nach einer Mitteilung Schöbers, noch im März abgeschlossen werden.

## Die Arbeitslosigkeit in England

SPD London, 18. März.

Die Arbeitslosigkeit in England, die seit Wochen besorgniserregend zunimmt, hat in der mit dem 10. März beendeten Woche die Ziffer von 1 563 800 Personen erreicht. Das bedeutet annähernd 300 000 arbeitslose Personen mehr als vor Jahresfrist.

# Attacken gegen den Arbeitslohn

## Arbeiter, verteidigt den heutigen Lohn!

Trotz der steigenden Arbeitslosenziffern in den letzten Jahren vermochten die Gewerkschaften bis in die jüngste Zeit hinein nicht nur das Lohnniveau zu halten, sondern noch leicht zu erhöhen. Daß das möglich war, ist in erheblichem Maße auf die Existenz der Arbeitslosenversicherung zurückzuführen. Mit der Erwerbslosenunterstützung konnten die Arbeitslosen gewiß keine großen Sprünge machen, sie setzten sie aber immerhin in die Lage, ihre Arbeitskraft dem Kapital nicht zu jedem Preis anbieten zu müssen. So unterstützte die Arbeitslosenversicherung das Bestreben der Gewerkschaften, die Konkurrenz der Arbeiter untereinander einzudämmen, d. h. die gegenseitige Lohnunterbietung auf dem Arbeitsmarkt aufzuheben, in hervorragender Weise. Und das hat wesentlich dazu beigetragen, das bestehende Lohnniveau — über dessen Höhe die Arbeiterklasse wirklich keinen Anlaß hat, begeistert zu sein — zu erhalten und zu behaupten. Darum auch der Haß des Unternehmertums gegen die Arbeitslosenversicherung.

Gegenwärtig nun, wo die Konjunktur rückläufig ist und die Arbeitslosenziffern und damit die Not der Erwerbslosen ins Unermeßliche gestiegen sind, halten die Unternehmer die Zeit für

## Gebt den kommunistischen Gewerkschaftsgegnern die richtige Antwort!

## Wählt nur freigewerkschaftliche Betriebsräte

gekommen, eine Lohnsenkungskampagne durchzuführen. Sie rechnen damit, daß die Arbeiterklasse unter dem Druck der für sie überaus schlechten wirtschaftlichen Situation bereit ist, gegenständig sich wieder Konkurrenz und somit Zugeständnisse in der Lohnfrage zu machen. Deshalb schreiten die Unternehmer jetzt, wo sich ihnen — wie im Baugewerbe — die Möglichkeit bietet, zu Tarifänderungen. Aber dabei hat es nicht sein Bewenden. Auch in einzelnen Betrieben lassen sie es sich angelegen sein, Lohnreduzierungen vorzunehmen. So kommt aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet die Nachricht, daß die Angestellten des Stahlwerks Beder A.-G., Willich bei Krefeld, sich bereit erklärt haben, auf 15 Prozent der Gehälter zu verzichten, um — wie es heißt — die „Wirtschaftlichkeit des Betriebes“ zu heben und seine Stilllegung zu verhindern. Gleichzeitig hat sich der Angestelltenrat anheischig gemacht, auch beim Arbeiterrat darauf zu dringen, daß von der Arbeiterklasse dieselbe Lohnsenkung zugestanden wird. Zeitungsmeldungen zufolge sollen auch die Arbeiter zugestimmt haben; sie „weigern sich“, wie die Deutsche Bergwerkszeitung zu berichten weiß, „in die ihnen zugebotene Reservestellung der Arbeitslosigkeit zu gehen“. Wie wissen nicht, ob diese Nachrichten auf Wahrheit beruhen. Dem Anschein nach ist es so, daß die Angestellten bereits auf ihren bisherigen Lohn verzichtet haben, und mit diesem Zugeständnis, das in der kapitalistischen und deutschnationalen Presse als ein Ereignis von „außergewöhnlicher grundsätzlicher Bedeutung“ gefeiert wird, verucht nun die Werkleitung, auch die Löhne der Arbeiter zu drücken. Es ist aber anzunehmen, daß sich die Arbeiter im Verein mit ihren Gewerkschaften eine Lohnreduzierung nicht so ohne weiteres gefallen lassen. Jedenfalls wäre es vom Standpunkte der Gelamtarbeiterklasse zu bedauern, wenn sie ebenfalls einem Lohnabbau zustimmen würden. Um so mehr, als durch den Verzicht auf den bisherigen Lohn an sich vielleicht kaum Arbeitsplätze erhalten bleiben, die sonst verlorengegangen wären.

Das Stahlwerk Beder, dessen technische Einrichtung durchaus modern ist, wurde unlängst von einer schwerindustriellen Gruppe, zu der die Glöckner-Werke, das Eisen- und Stahlwerk Hoersch, Dortmund, und auch die Vereinigten Stahlwerke A.-G., Düsseldorf, gehören, aufgekauft. Das Werk sollte stillgelegt, die Quoten (an dem Roheisenverband war es 1928 mit 3,051 Prozent beteiligt) unter die Aukäufer aufgeteilt werden. Wenn es also zur Stilllegung gekommen wäre (oder kommen sollte, was absolut noch nicht bestimmt ist), würde die bisherige Produktion des Unternehmens auf die Werke der oben erwähnten drei Konzerne übergehen. Weniger produziert würde somit durch die Stilllegung nicht; die Aufgabe des Werkes hätte deshalb möglicherweise nicht einmal eine Verminderung der Arbeitsplätze bewirkt.

Die Angestellten des Stahlwerks Beder sollen, wie berichtet wird, der Lohnreduzierung zugestimmt haben, um dem Schicksal der Arbeitslosigkeit zu entgehen. Zur Not ließen sich eine Anzahl Entschuldigungsgründe für ihr Verhalten anführen. Darüber darf man sich aber nicht täuschen: ihr Vorgehen könnte, wenn es Nachahmung finden sollte, für die Arbeiterklasse verhängnisvoll werden.

Ihre Entgegenkommen wird das Unternehmertum geradezu ermutigen, die von ihm eingeleitete Lohnreduzierungsaktion in verstärktem Maße fortzuführen.

Schon triumphierte die Presse der Schwerindustrie: „Die Ar-

beiter und Angestellten folgen nicht mehr unbedingt der gewerkschaftlichen und parteipolitischen Führung, der sie bisher blindes Vertrauen geschenkt haben. In später Stunde begreifen sie, daß es ihr Arbeitgeber war, der ihnen in all den Jahren die Wahrheit über die wirtschaftliche Lage und die Begrenztheit der sozialen Möglichkeiten bei unserem heutigen innerpolitischen System gesagt hat.“ Allerdings hat sie wenig Grund, so zu schreiben. Die Arbeiterklasse denkt mit Recht nicht daran, den Zeremonien der Industrie Glauben zu schenken. Und auch die Angestellten des Stahlwerks Beder dürften ihre Zustimmung zu der Lohnsenkung nicht gegeben haben, weil sie von deren Notwendigkeit überzeugt sind, sondern, weil man sie sonst auf die Straße zu werfen drohte. Bei alledem erscheint es aber sehr fraglich, ob sie ihre Arbeitsplätze erhalten; schrieb doch die Deutsche Bergwerkszeitung am Dienstag: „Vielleicht also, daß es schon zu spät ist, um das Stahlwerk Beder vor der endgültigen Stilllegung zu retten.“ Möglicherweise haben die Angestellten in Willich sich so lediglich zu Schrittmachern einer allgemeinen Lohnsenktungsaktion der Industriellen machen lassen, ohne doch selbst dem Schicksal der Erwerbslosigkeit zu entgehen. Der Wähler hätte seine Schuldigkeit getan, warum sollte er nicht gehen können?

Im übrigen beschränkt sich das Bestreben der Industriellen, die Löhne jetzt in den einzelnen Werken herabzusetzen, nicht nur auf Willich bei Krefeld. Auch in Leipzig hat das Unternehmertum in letzter Zeit derartige Versuche gemacht. Allerdings haben es die Gewerkschaften und ihre Betriebsräte so gut wie reflexlos verhindern können, daß die Löhne gesenkt wurden.

Nur in einem Betriebe konnten Abzüge von 15 bis 20 Prozent gemacht werden, weil ausgerechnet ein oppositioneller Betriebsrat seine Zustimmung gegeben hatte.

Das mag der Arbeiterklasse zu denken geben.

Den Arbeitern selbst ist dringend zu raten, dem Unternehmertum auf die Löhne nicht nachzugeben. Es ist nicht wahr, daß durch eine Lohnsenkung ohne weiteres die Produktion gesteigert oder Arbeitsplätze erhalten werden können. Die deutsche Industrie ist weder unrentabel noch konkurrenzunfähig; sie braucht keinen Lohnabbau, um mit dem Auslande konkurrieren zu können. Das wird genügend durch die steigende Produktion und die zunehmende Ausfuhr bewiesen. Im Augenblick will das Unternehmertum aus der für die Arbeiterklasse ungünstigen Situation lediglich Sonder Vorteile ziehen. Deshalb die Attacken gegen den Arbeitslohn. Die Angriffe können abgeschlagen werden, wenn sich die Arbeiterklasse geschlossen hinter die Gewerkschaften stellt und mit ihnen um die Erhaltung des gegenwärtigen Lohnniveaus kämpft. Sie darf, soll ihr Lebensstandard nicht enorm gesenkt werden, jetzt den Unternehmern in den einzelnen Werken keine Zugeständnisse machen. Die bestehenden Löhne zu verteidigen, ist zur Zeit eine der dringendsten Pflichten der Arbeiterklasse.

Wie uns aus Krefeld mitgeteilt wird, hat der Arbeiterrat des Stahlwerks Beder sich dem Vorgehen der Angestellten angeschlossen. Die Gewerkschaften stehen dem Zugeständnis der Lohnsenkung völlig fern. In einer Versammlung der Reinholdhütte, eines Schwesterbetriebes des Willicher Werkes, ist am Mittwoch von der Belegschaft einstimmig jede Lohnsenkung abgelehrt worden. Von den Arbeitern wurde zum Ausdruck gebracht, daß ihre Lebenshaltung auch nicht den geringsten Lohnabbau zulasse.

## Wissenschaftliche Versuche an Menschen

Im Reichsgesundheitsrat ist unter dem Vorsitz des Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes am 14. März die Frage, inwieweit experimentelle Versuche an Menschen zulässig sind, eingehend beraten worden. Referate wurden hierbei von den Mitgliedern des Reichsgesundheitsrates, Reichstagsabgeordneten Dr. Moles, Geheimen Rats Prof. Dr. v. Müller, München, Geheimen Medizinrats Dr. Schloßmann, Düsseldorf, und Geheimen Sanitätsrats Dr. Stauder, Nürnberg, erstattet. Die von ihnen vorgelegten Richtlinien fanden die einstimmige Zustimmung des Reichsgesundheitsrates. In diesen Richtlinien wird die Unethischkeit wissenschaftlicher Versuche an Menschen für die notwendigen Fortschritte in der Erkennung, der Verhütung und der Heilung von Krankheiten anerkannt, andererseits die besondere Verantwortung, welche die Vornahme solcher Versuche dem Arzte auferlegt, betont. Die vom Reichsgesundheitsrat empfohlenen Richtlinien werden dem Reichsministerium des Innern vorgelegt werden. Der etwa notwendige Erlaß besonderer Anordnungen würde den Landesregierungen überlassen bleiben.

## Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte, Heute Geb. Ka befände mit Remoulade und Salat 75 Pfg. Rinderbrust mit Salat 1.00 Hausgericht: Tagessuppe und Leberknödel mit Speck 90 Pfg. Hausgericht: Tagessuppe und Ochsenfleisch mit Meerrettichsauce 90 Pfg.

**Färberei**

**Hugo**

**Suckner**

Chem.  
Reinigung  
Pelzfärberei

Spezial-Abteilung: Leder-Färberei von Auto-Bekleidung. Auffärben und Umfärben von Leder-Schuhen.

# IN 5 WOCHEN OSTERFEST!

Denken Sie an die REINIGUNG IHRER FRÜHJAHRSGARDEROBE

Eigene Läden und Annahmestellen in allen Stadtteilen Leipzigs.

Fernruf-Sammel-Nr. 544 31

# Wieder höherer Weizenzoll!

Eine Schraube ohne Ende

Von Joh. Krehen.

Am Kriege hat das Trommelfeuer zermürbend gewirkt. Ein erheblicher Teil der Landwirte, ganz besonders die bestellten Vertreter, die fast alle eine militärische Vergangenheit hinter sich haben, besaßen auch in der Wirtschaftspolitik diese famose Tatkraft des ewigen Klagens mit dem Ziele, daß etwas schon hängengeblieben wird. So schrieb im Mai 1929 Georg Schmidt, der Vorsitzende des freigewerkschaftlichen Landarbeiterverbandes, im Vorwort zu einer Schrift über „Landarbeiter und Agrarpolitik“, die Dr. Kurt Lomberg für den Verband verfaßte, um für die Lohn- und Tarifverhandlungen der Landarbeiter kritisches Material gegen die landwirtschaftlichen Klageweiber zur Verfügung zu stellen. In einer weiteren Schrift des Landarbeiterverbandes, die Georg Schmidt selbst verfaßte, suchte dieser erst wieder zu Anfang dieses Jahres die „Zahlen und Schlagwörter der Agrarinteressen“ kritisch zu beleuchten und der Methode der Agrarier entgegenzuwirken.

mit Verallgemeinerungen ihre „Notlage“ zu beweisen.

Es ist zu hoffen, daß diese Schriften im gewerkschaftlichen Kampfe ihre Schuldigkeit tun. In der Wirtschaftspolitik sind sie bisher offenbar auch von denen noch nicht beachtet worden, die der Auffassung des Landarbeiterverbandes nahe stehen sollten. Erinnerung man sich doch auch kaum noch jener Entscheidung, die bei der Beratung der letzten Zollvorlage im Reichswirtschaftsrat von den Arbeitervertretern aller Gewerkschaftszweigungen, aber auch von Unternehmervertretern und einem Teil der von der Regierung in den Reichswirtschaftsrat Berufenen gefaßt wurde, und in der es u. a. heißt: „Die bisherige Agrarpolitik mit ihrer einseitigen Betonung des Getreidezollens hat die Anpassung der deutschen Landwirtschaft an die veränderten Bedürfnisse und Möglichkeiten des Marktes nicht gefördert, sondern gestört.“ Das alles ist für die Wirtschaftspolitik offenbar nur graue Theorie — praktische Wahrheiten“ enthalten nur die Klagen der Agrarinteressen! Dabei höhnt ein landwirtschaftlicher Zeitgenosse:

„Man ist auch heute nicht mehr so dumm, geht's vorne nicht, geht's hinten rum.“

Ah ja, die letzten Wochen haben wieder einmal den Beweis erbracht, daß die Agrarinteressen mit vielen Mitteln zu wirken vermögen: vorne rum und auch hinten rum! Schon am 7. März machte sich der Reichsernährungsminister zu ihrem Briefträger, übermittelte er ihre Forderungen dem Reichskabinett. Dabei hatte sein Ohr den Rat mit ausgenommen, das, was durch Reichstagsbeschlüsse nicht offen zu erreichen sei, „von hinten rum“ durch ein Ermächtigungsgesetz zu verwirklichen. Drei Tage später verhandelte der Minister mit Ermächtigung des Kabinetts bereits über

diese Forderungen: Umgestaltung des Weizen- und des Futtergetreidezollens, Errichtung eines Maismonopols, Verzehrszwang von Roggen zum Weizenmehl.

Wieder drei Tage später hatte der Minister Dietrich eine Parteiführerbesprechung darüber zustandegebracht. Nun floß in die Welt schon das Argument, daß etwas „gegen die fortschreitende Rädikalisierung der ländlichen Bevölkerung“ getan werden müsse. Dazu ein Hinweis auf den Nourngplan. Und schon funktionierte die Verbindung der Ostagrarier zum Reichspräsidenten. In seinem Briefe vom 18. März an den Reichsminister erklärte Hindenburg:

„Nachdem die seit langem schwebenden agrarpolitischen Fragen nimmere ihre gesetzliche Regelung gefunden haben, muß — neben der Sanierung unserer Finanzen — nun entschlossen an die Gesundung unserer Landwirtschaft und an die Wiederaufrichtung des zusammenbrechenden Ostens herangegangen werden. Nur in der bestimmten Erwartung, daß dies geschieht, habe ich meine eigenen Bedenken gegen das deutsch-polnische Liquidationsabkommen und das gestern paraphierte deutsch-polnische Handelsabkommen zurückzustellen vermocht und dem Gesetze meine Unterschrift geben können.“

„Nur in der bestimmten Erwartung...“! Das sagt genug. Und die Regierung hatte nichts eiligeres zu tun, als durch WTB. versichern zu lassen, sie begrüße das Schreiben Hindenburgs „mit besonderer Genugung“. Man sehe „in amtlichen Kreisen in dem Schreiben eine wertvolle Unterstützung der Schritte zur Behebung der Notlage der Landwirtschaft besonders im östlichen Deutschland, die die Reichsregierung in letzter Zeit unternommen hat und die gerade gestern abend (am 18. März) zu einer weitgehenden Verständigung der Regierungsparteien über die sofort zu ergreifenden gesetzgeberischen Maßnahmen geführt haben“. Am Vormittag des 19. März haben dann „die abschließenden Besprechungen der Parteiführer“ über diese Maßnahmen stattgefunden, und zwar mit dem Resultat,

daß u. a. der Weizenzoll auf 12 Mark per Doppelzentner erhöht werden soll.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte sich vor dieser Parteiführerbesprechung mit einer Erhöhung der oberen Grenze des Weizen-Gleichzollens auf 11,50 Mark per Doppelzentner einverstanden erklärt, falls die untere Grenze auf 1,50 Mark gesenkt werde. Da man ihr den ganz und gar theoretischen Gefallen tat, dieser Senkung zuzustimmen, wird die Fraktion wohl die 50 Pfennig über ihre 11,50 Mark hinaus bewilligen. Und der Weizenzoll von 12 Mark per Doppelzentner wird also bald in Wirklichkeit treten. Dazu werden wir dann wohl auch noch etwas von einem Fraktionserfolge zu hören bekommen. Kurt Löwenstein klappte kürzlich einmal: „Wir erleben das leider so viel, daß wir eine nicht völlige Niederlage in eine Art Sieg umwerten.“ Man hat auch jetzt wieder die Möglichkeit dazu, denn die Agrarparteien haben bereits den Antrag im Reichstag eingebracht, der Regierung zu ermöglichen, den Weizenzoll bis auf 20 Mark per Doppelzentner zu erhöhen. Damit verglichen, nimmt sich die Erhöhung auf 12 Mark wirklich bescheiden aus. Demgegenüber ist es angebracht, einmal ganz entschieden auf

die Bedeutung des Weizenzolls als einer indirekten Steuer

hinzuweisen, an deren Erhöhung wir nun mitwirken. (Die agrarpolitischen Zusammenhänge bleiben also jetzt außer Betracht.)

Zur Versorgung der Bevölkerung Deutschlands mit Brot- und Nahrungsmitteln im Jahre 1929 nicht weniger als netto 18,2 Millionen Doppelzentner Weizen aus dem Auslande eingeführt werden. (Im Jahre zuvor sogar 22 Millionen Doppelzentner.) Also eine Milliarde und 820 Millionen Kilogramm (1928 = 2,2 Milliarden Kilo), oder pro Kopf der Bevölkerung 28,5 Kilogramm (1928 = 34,5 Kilo). Dies, obwohl die Weizenrenten der letzten beiden Jahre in Deutschland ausgesprochen gut waren, 1928 etwas mehr als 40 und 1929 rund 35 Millionen Doppelzentner Ertrag brachten. Es ist schon aus diesen wenigen Zahlen zu erkennen, eine wie ernste Sache die Weizenzufuhr für die breiten Massen in Deutschland ist, die nicht in der Lage sind, in patriotischem Hochgefühl auf „ausländische Brot- und Nahrung“ zu verzichten, weil sie aus zwingenden physiologischen Gründen vom „deutschen Roggenbrot“ und von der „deutschen Kartoffel“ abgedrängt wurden und kein Geld haben, entsprechende Mehrmengen „deutscher Fleisch- und Nahrung“ zu verzehren.

Nach aber selbst in Jahren guter Weizenrenten in Deutschland mehr als ein Drittel der insgesamt zur Versorgung mit Brot- und Nahrung notwendigen Weizenmengen aus dem Auslande bezogen werden, so ist es die Aufgabe einer wirklich volkstümlichen Politik, diese unentbehrliche Einfuhr so günstig wie möglich herbeizuführen. Die Außenhandelsstatistik erweist jedoch, daß sie von Reichs wegen

mit einem enormen Aufschlag zu Lasten der Verbraucher, nämlich mit dem Zoll belegt ist. Im Jahre 1929 wurden nach Deutschland eingeführt:

Dz. Weizen:	zum Zollfuß von:	mit einer Zollbelastung von:
15 315 718	5.— Mark	76 578 500 Mark
4 642 801	6,50 Mark	30 178 206 Mark
1 336 146	7,50 Mark	10 021 065 Mark

Das aus ausländischem Weizen in Deutschland hergestellte Weizenmehl und Weizenbrot mußte also von den Verbrauchern im Jahre 1929 infolge der Zollbelastung mit einem Mehrpreis von fast 117 Millionen Mark bezahlt werden. Und das in einem Jahre, in dem drei Viertel der Weizenzufuhr zum Zollfuß von „nur“ 5 Mark per Doppelzentner herankam, der zwischen längst der Vergangenheit angehört!

Schon im Sommer des vergangenen Jahres wurde der Weizenzoll auf 6,50 Mark erhöht. Und dann hat der Reichstag am 22. Dezember 1929 Zollbeschlüsse gefaßt, die der Reichsregierung die Möglichkeit boten, den Weizenzoll sogar auf 9,50 Mark herabzusetzen, welcher Zollfuß nun bereits seit dem 11. Februar gegenüber allen Ländern in Geltung ist. Bald soll der Weizenzoll sogar auf 12 Mark kommen! Die Dezemberbeschlüsse gewähren nun zwar umgekehrt auch die Möglichkeit, mit dem Zollfuß für den Doppelzentner Weizen bis auf 3,50 Mark herunterzugehen, und die kommenden Zollabmachungen sollen sogar ein Herabgehen bis auf 1,50 Mark ermöglichen. Aber eine Maßnahme in dieser Richtung ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten, jedenfalls keine Herabsetzung von Bedeutung. Es ist deshalb kaum eine Überhöhung, wenn man annimmt, daß der Weizenzoll im Jahre 1930 doppelt soviel Ertrag bringen wird wie 1929,

also mehr als 100 Millionen Mark neuer Belastung für die Konsumenten.

Der Dalkes-Regierung wird diese Mehreinnahme als Beitrag zur Behebung ihrer Finanzschwierigkeiten recht willkommen sein. Hindenburg meint allerdings, daß „die großen Mittel“, die die Regierung der „notleidenden“ Landwirtschaft zur Verfügung stellen soll, „aus den gesteigerten Erträgen, welche die erhöhten Zölle einbringen, verfügbar gemacht werden können“. Die Konsumenten sollen also nicht nur die Reichskasse, sondern gar auch die Agrarier subventionieren. Direkt subventionieren! Denn indirekt bedeutet der Weizenzoll auch ohne solche Verteilung der Zollerträge eine Subvention für die Agrarier, die Weizen verkaufen. Der eigentliche Zweck des Weizenzolls ist ja nicht, die Reichsfinanzen zu stärken, sondern

die Preise für Weizen deutscher Erzeugung zu steigern.

Wie prompt diese Funktion erfüllt wird, können ein paar Zahlen aus der amtlichen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ darzulegen. Danach kostete im Monatsdurchschnitt die Tonne (zehn Doppelzentner):

Manitoba-Weizen III in Hamburg	(unverzollt)	in Berlin
September 1929	251 Mark	227 Mark
Oktober	242 "	230 "
November	227 "	231 "
Dezember	237 "	241 "
Januar 1930	229 "	247 "

Während der hochwertige amerikanische Weizen vom September 1929 bis zum Januar 1930 um 22 Mark im Preise sank, stieg der geringwertigere deutsche Weizen in derselben Zeit um 20 Mark. Die Zollerhöhung, die (außer dem Verzehrszwang für deutschen Weizen gegenüber den Mühlen) dem deutschen Weizen zugute kam, betrug 30 Mark per Tonne. Sie konnte allmählich, und zwar bereits vor dem Inkrafttreten der neuen Zollfüße, voll (und noch mit einem Sondergewinn durch den Verzehrszwang) realisiert werden. Denn die Verbesserung des Preisverhältnisses des deutschen zum ausländischen Weizen machte in der angegebenen Zeit 42 Mark aus. Auf diese Weise fallen den Agrariern, wenn auch im Interesse einer hier nicht zur Diskussion stehenden, aber fragwürdigen Agrarpolitik, große Zollerträge zu.

Die Leidtragenden sind die Konsumenten.

## Internationaler Normalisierungskongress

WTB Paris, 18. März.

In den Tagen vom 18. bis 28. Mai findet hier der internationale Normalisierungskongress statt. Zwanzig Länder haben ihre Beteiligung zugesagt und werden durch Delegierte vertreten sein.

## Arbeiter und Arbeiterinnen!

Werbt neue Leser für die Volkzeitung!

# Stets frisch und sehr preiswert sind unsere Lebenssmittel

**Eier** große, frische „Neuprodukt“, 10 Stück 85 ¢  
**Allerf. Molkereibutter** 95 ¢  
**Molkereibutter** ... 1/2 Pfd. 78 ¢

**Frisch-Fleisch**  
 nur 1. Klasse:

- Rindfleisch Pfd. 1.00
- Schmorfleisch ohne Knochen Pfd. 1.50
- Rouladen Pfd. 1.60
- Roastbeef Pfd. 2.00
- Kalbsschnitt od. Brust Pfd. 1.20
- Kalbsschulter Pfd. 1.40
- Kalbsschnitzel sehr mager Pfd. 1.05
- Schweinebauch Pfd. 1.40
- Schweinskoteletten Pfd. 1.25
- Schweinskeule Pfd. 1.90
- Hammelkeule Pfd. 1.50
- Suppenhühner, Brathühner Pfd. 1.15
- Stopfgänse ausgeschlacht. Pfd. 1.40
- Hasenrücken u. Keulen Pfd. 1.20

**Amerik. Tafeläpfel** ... Pfd. 48 ¢  
**Blut-Apfelsinen** 10 Stück 65 ¢  
**Bananen** reife Früchte Pfd. 38 ¢  
**Datteln** ... Karton 65 ¢  
**Oelsardinen** ... Club-Dose 38 ¢  
**Fett-Bücklinge** ... Pfd. 25 ¢  
**Flundern** ... Pfd. 48 ¢  
**Sauerkraut** ... 2 Pfd. 17 ¢  
**Seelachsschnitzel** 1/4 Pfd. 25 ¢  
**Bratheringe** ... 1-Lit.-Dose 62 ¢

**Schinken** (gekocht) ... 1/2 Pfd. 50 ¢  
**Salamiwurst** ... Pfd. 1.58  
**Krakauer** 1. Kränzchen Pfd. 1.25  
**Braunschwg. Mettwurst** Pfd. 1.80  
**Hausmach. Leberwurst** Pfd. 85 ¢  
**Gehacktes Rind** ... Pfd. 90 ¢  
**Gehacktes (gemischt)** ... Pfd. 70 ¢  
**Kalbspfefferfleisch** ... Pfd. 1.00  
**Rindsgulasch** ... Pfd. 1.10  
**Schweinsköpfe** (leicht ge- pökelt) Pfd. 60 ¢

**EBlock-Schokolade** ... Pfd. 1.30  
**Wiener Keksmischung** Pfd. 65 ¢  
**Fondant-Mischung** ... Pfd. 65 ¢  
**Ostereier-Hasen** Stück von 5 an 2-Pfd.-Dose 65 ¢  
**Jg. Schnittbohnen** Pfd. 65 ¢  
**Gemischt. Gemüse K. B.** 85 ¢  
**Gemüse Erbsen** (gut sortiert) ... 2-Pfd.-Ds. 55 ¢  
**Gemüse Erbsen** ... 5 Pfd. 95 ¢  
**Viktoria Erbsen** ... 2-Pfd.-Ds. 95 ¢  
**Erdbe.-Apfel-Marmelade** Eimer 95 ¢  
**Kaffee** täglich frisch geröstet 1/2 Pfd. von 95 ¢ an

In uns. Erfrischungs-Raum reichhaltiger Mittagstisch v. 80 ¢ an

# BRÜHL

KAUFHAUS

# Besitzpolitik der Kommunisten

Die Stadtverordneten widmeten sich in ihrer Sitzung vom Mittwoch eine gute Stunde lang ausgeprägter Großhändlerpolitik. Die Inbetriebnahme der neuen Großmarkthalle, die mit einem Kapital von 13 Millionen Mark erbaut wurde, hat auch eine Neuregelung der Mieten und Gebühren notwendig gemacht. Aber die Großhändler wollen nicht zahlen, was sie an Gegenleistung erhalten. Sie haben alle Forderungen bestärkt, und bei allen Glück gehabt, nur bei der Sozialdemokratie nicht. Die Stadt zahlt schon bei der vom Räte vorgeschlagenen Regelung eine reichliche Million Zuschuß pro Jahr zu den von den Großhändlern aufzubringenden Unterhaltskosten. Das ist diesen Leuten noch nicht genug. Sie fassen am liebsten, wenn die Stadt alles auf ihre Kappe nähme. Hierfür waren diesmal aber nur die Kommunisten zu haben, und diese auch nur „grundsätzlich“. Sie erklärten, SPD sowohl wie KPD, die Gebühren verteuern die Preise, ergo dürften die Gebühren nicht erhöht werden. Es ist Aufgabe der Stadt, den Großhändlern beihilflich zu sein, damit diese „billig“ verkaufen können.

Das war den Großhändlern Müll. In diesem Falle mit mehr noch als Geruch verbunden. „Wir können die Erhöhung nicht tragen, da die Konkurrenz uns hindert, sie auf die Verbraucher abzuwälzen.“ So sagten sie und klopfen sie. Aber bemerkenswert bleibt: Die Kommunisten lehnten ab, weil die Großhändler dann die Gebühren abwälzen; die Großhändler weinen sich die Augen wund, weil sie nicht abwälzen können. Da auch die Vereinigte Bürgerpartei ebenso energisch wie die Kommunisten an der Strippe der Großhändler zog, ging ein Antrag Börner, zu den von der Stadt zu leistenden Zuschüssen noch weitere 150.000 Mark gratis und franco zuzuschießen, glatt durch. Die Großhändler werden sich eins ins Fräustchen lachen. Wieder einmal haben die Kommunisten in ihrem blöden Drang, unter allen Umständen anders als die SPD zu stimmen, die Geschäfte der Besitzenden besorgt.

Herr Wallner spielte bei dieser Aussprache, wie schon so oft, die lustige Figur. Er trug eine ganze Reihe von „Beschwerden“ der Großhändler vor, die diese ihm aufgeschickt hatten. Die Großmarkthalle habe unendlich viele Mängel, von denen jeder eine Herabsetzung der Gebühren rechtfertige. So klang das Klagegedicht. Herr Wallner hatte anscheinend nicht begriffen, daß es alle Händlerart ist, an der begehrten Ware soviel auszuweichen, daß ein Preis für den Preis nicht ausreicht. Herr Wallner nahm die Beschwerden für bare Münze. Das gab selbstverständlich einen Heidenpaß im ganzen Hause. Am Ratsisch wackelten sämtliche Bänke. Aber noch größere Heiterkeit erweckte Herr Wallners Entrüstung gegen diesen durchaus natürlichen Vorgang. Als unfeindlicher Komiker ist er geradezu köstlich. Er sollte es einmal auf der Bühne oder im Zirkus versuchen. Er hätte alle Aussicht, der größte Schläger des Jahresbühners zu werden.

Die Vereinigte Bürgerpartei machte auch noch ein bißchen in Regieeinstellung. Der stadtseitige Wohnungsbau soll gedrosselt werden. Die zu Bauzwecken zur Verfügung stehenden Mietzinssteuererträge will man möglichst restlos dem privaten Hausbesitz zuführen. Die Stadt soll — so will es der durch 20.000 Mark mehramtliche Gehaltszulage für die Oberbürgermeisterkandidatur gesahmte Herr Dr. Köhler — nur für die Mieter Wohnungen bauen, mit denen die Hausbesitzer nichts zu tun haben wollen; Kinderreiche, Sozialer, Lungentränke usw. Selbstverständlich werden solche Anträge bei der heutigen Zusammensetzung des Stadtverordnetenkollegiums stets ohne weiteres angenommen.

Nach ein Angriß auf die Regiewirtschaft wurde unternommen. Die Stadt hat eine eigene Bäckerei, in der Brot für Fürsorgeempfänger hergestellt wird. Diese Bäckerei soll stillgelegt und das bisher in ihr hergestellte Brot an private Betriebe vergeben werden. Der Antrag wanderte zunächst in die Ausschussberatung. Er wird Geseh werden, wenn nicht der Rat der Bürgerpartei in die Parade fährt.

Zum Schluß sei noch ein kleines Zwischenstück erwähnt. Der Nationalsozialist Raerger hatte einen unserer Genossen, der einen Zwischenruf machte, als Angehöriger der „Zuhälterpartei“ bezeichnet. Er wurde darauf von der Sitzung ausgeschlossen. Sehr geschmerzt wird es ihn nicht haben. Diäteneinbuße, an die die Geschäftsordnung bei dieser Straftat nicht zuletzt denkt, hatte er nicht erlitten. Durch den Ausschluß erhielt er einen unerwarteten „Urlaub“. Die übrigen Stadtverordneten hatten das Vergnügen, in den restlichen zwei Stunden Sitzungsstunden der ewigen Beschwasze zuzusehen, während Raerger sich wohl in die Rissen wühlen durfte.

## Der Verhandlungsbericht

### Hilfsstellung des Rates für das Bürgertum

Das Oberverwaltungsgericht fragt an, ob, nachdem der Stadtrat Lampe um seine Pensionierung selbst eingekommen ist, die schwebende Klage gegenstandslos geworden ist.

Genosse Bauer: Der Rat muß brauche sein Recht der Beanstandung der Beschlüsse der Stadtverordneten zu politischen Zwecken. Durch seine Klageerhebung im Falle Lampe hat der Rat dem Bürgertum politische Hilfsstellung geleistet. Er hat die Erledigung der Klage hinausgezögert. Seit Juli 1929 liegt die Berufung des Rates beim Oberverwaltungsgericht, und noch immer ist keine Entscheidung gefallen.

Daß das Oberverwaltungsgericht sich um die Entscheidung drücken will, läßt die Klage als nicht erledigt zu. Die sozialdemokratische Fraktion fordert das Urteil des Oberverwaltungsgerichts, um diese grundsätzliche, die elementaren Grundlagen der Selbstverwaltung berührende Frage zu klären.

Das Verwaltungsgericht muß die Entscheidung im öffentlichen Interesse fällen; denn die Tätigkeit und gedeihliche Arbeit der Selbstverwaltung bedarf einer klaren Zuständigkeitsabgrenzung. Wohn sollte es führen, wenn der Rat erneut bei ähnlichen Fällen die Verwaltungsgerichte anruft, weil die zweite Instanz noch nicht gesprochen hat? Eine solche Methode können sich die Stadtverordneten nicht bieten lassen, sie verlangen vom Rat, daß er die Berufung aufrecht erhält.

Dr. Köhler (S. B.): Stadtrat Lampe kann nicht gehindert werden, in den Ruhestand zu gehen, wenn er 65 Jahre alt ist.

Rat und Bürgerliche wagten sich nicht zu widersprechen, da die Verzögerungspolitik vom Rat und Verwaltungsgerichten im Interesse des Bürgertums offensichtlich gekennzeichnet wurde. Einstimmig wird hierauf beschlossen, dem Oberverwaltungsgericht gegenüber auszusprechen, daß die Entscheidung nach wie vor gewünscht wird.

### Einzelunterkommen in der Kregelstraße

In einer Eingabe an die Stadtverordneten wird vom Fürsorgeamt gefordert, die leerstehenden Einzelunterkommen in der Kregel- und Dauthestraße freizugeben, schließlich einen Ausschuß zu bilden, der bei der Vergebung solcher Wohnungen mitzuwirken hat.

Die Ausschüsse beantragen, in den Einzelunterkünften fünf Wohnungen freizugehalten und damit die Eingabe als erledigt zu betrachten.

Genosse Krieg weist darauf hin, daß trotz aller Versprechungen die Unterbringung der Obdachlosen nach wie vor unglücklich schlecht ist. Eine Großstadt wie Leipzig müßte die Obdachlosen anders unterbringen.

Wir müssen mit dem Belegen von Baracken aufhören. Denn sie schaffen neben den sonstigen Mängeln eine völlige Vernichtung des Familienlebens. Deshalb beantragt die Sozialdemokratie den Bau von neuen Einzelunterkommen für Obdachlose.

Heute leben in den Baracken 5 bis 6 Familien in einem Raum. Da die Behebung der Wohnungsnot in der nächsten Zeit

nicht zu erwarten ist, die menschenunwürdigen Verhältnisse aber unbedingt geändert werden müssen, ist der Weg, den die Sozialdemokratie vorschlägt, der einzig mögliche!

Dieser (KPD) gibt dem Kapitalismus an den Verhältnissen schuld, schließlich behauptet er, daß im Obdachlosenanstalt Epidemien ausgebrochen sind, obwohl der Rat in dieser Beziehung die in der SAJ aufgestellten Behauptungen schon berichtigt hat.

Dr. Köhler (S. B.) beginnt mit einem grundsätzlichen Bekenntnis für die „freie Wohnungswirtschaft“. Wir sind der Auffassung, daß die Stadt nur dann bauen darf, wenn eine Lücke in der privaten Wohnungswirtschaft entsteht. Das ist bei vorliegender Sache der Fall.

Bürgermeister Genosse Schulze stellt fest, daß in der SAJ die alarmierende Meldung von einer Diphtherieepidemie erschienen ist. Es wurde nur ein Kind unter Scharlachverdacht ins Krankenhaus eingeliefert. Später stellte sich Diphtherie heraus, die Mutter war der Bakillenträger. Von einer Epidemie kann also keine Rede sein. In der Abstimmung wird tagesordnungsgemäß beschlossen und der Antrag Krieg gegen wenige bürgerliche Stimmen angenommen.

## Vom Leipziger Stadthaushalt

Eine Vorlage des Rates berichtet über den Rechnungsabluß des Jahres 1928 und über den Haushalt des Jahres 1929 sowie über die Stellungnahme des Rates zu den Abänderungsbeschlüssen der Stadtverordneten. Außerdem berichtet die Vorlage über die Entwicklung der Finanzlage der Stadt im Jahre 1929. Den Bericht zu diesem Punkte der Tagesordnung erstattet Genosse Fleißner, der auf die große Belastung der Stadt infolge des wirtschaftlichen Niederganges und der damit verbundenen gesteigerten Fürsorgepflicht hinweist. Er berührt weiter den Kampf zwischen Rat und Rechten um die Erhöhung der Zuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer, der dieser Tage mit einem Siege

# Großmarkthalle und Regieabbau

Die neu errichtete und seit einiger Zeit in Betrieb befindliche Großmarkthalle mit ihren 13 Millionen Mark Baukosten und ihren weiten Räumen und vielerlei Einrichtungen erfordert selbstverständlich eine weit größere Summe an Verzinsungs- und Verwaltungskosten, als die bisherigen viel primitiveren Einrichtungen. Die Verwaltungskosten sind von 406.000 Mark im vorigen Jahre auf 1.941.000 Mark im Jahre 1930 gestiegen. Diese Mehrausgabe von rund eineinhalb Millionen muß irgendwie gedeckt werden. Die Großmarkthallenverwaltung hat daher die Gebühren und Mieten erhöht. Nicht soviel, als notwendig gewesen wäre, um die gesamten investierten Kapitalien zu verzinsen und zu amortisieren. Es bleibt trotz der Erhöhung noch ein Kostenbetrag von 477.000 Mark ungedeckt. Trotzdem weigern sich die Großmarkthändler, die neuen Gebührensätze zu zahlen. Sie wollen sie sogar noch unter die ihnen für die bis zum 31. März laufende Uebergangszeit bemessenen Sätze herabdrücken. Eine dahingehende Eingabe wird mit der Vorlage des Rates zugleich behandelt.

Genosse Rauch, der den Bericht der Ausschüsse erstattet, fügt diesem hinzu, das Verlangen der Großhändler sei unerfüllbar, zumal der in der Vorlage genannte ungedeckte Betrag von 477.000 Mark bei weitem noch nicht alle Leistungen der Stadt a. fonds perdu enthalte. So gewährt zum Beispiel die Vorlage des Rates den Großmarkthändlern eine Schonfrist von vier Jahren, in denen keine Amortisation verlangt wird. Die Stadt selber muß aber selbstverständlich die 13 Millionen Mark betragende Bauausgabe auch für diese ersten vier Jahre amortisieren. Bei einem Prozent Amortisation macht das 130.000 Mark pro Jahr. Dazu kommt, daß der geforderte Verzinsungssatz unter dem von der Stadt für diese Gelder zu leistenden Zinssatz steht. Hierdurch muß die Stadt weitere 90.000 Mark zuzuschießen. Die Verzinsung der von der Stadt während der „Schonfrist“ zu leistenden Tilgung von rund 1.800.000 Mark erfordert eine Summe von reichlich 170.000 Mark, die ebenfalls durch die Gebühren nicht gedeckt werden, also von der Stadt zuzuschließen sind. Und dieser Zuschuß ist ein dauernder, der sich bis zur völligen Amortisation der gesamten Bauausgabe alle Jahre erneut einstellt. Schon im Jahre 1930, dem ersten Jahre der „Schonfrist“, fallen hieraus der Stadt etwa 43.000 Mark ungedeckte Zinsleistung zu. Der im Haushaltsjahre 1930/31 für den Haushalt der Großmarkthalle von der Stadt zuzuschießende Betrag beläuft sich hiernach auf rund dreiviertel Million Mark. Das ist schon mehr, als sich mit gutem Gewissen rechtfertigen läßt.

Würden die Wünsche der Großhändler sowie die Agitationsanträge der Vereinigten Bürgerpartei anerkannt, erhöhte sich diese Summe um weitere 300.000 Mark. Das möge verantworten, wer da wolle.

Die Hinweise der Großhändler auf andere Städte mit angeblich niedrigeren Gebühren beruhen auf falschen Informationen. In den anderen Städten würden für Leistungen, die in den neuen Leipziger Gebühren mit eingerechnet sind, besondere Gebühren erhoben.

Börner (S. B.) erklärt, daß der Markthallenbau in ungünstigen Zeiten begonnen worden sei. Dadurch seien die Erzielungskosten zu hoch geworden. Er meint, daß man den Klagen

des Rates endete. Redner beantragt im Auftrage der Ausschüsse, die Bilanzen der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke sowie der Straßenbahn richtigzuprüfen und einer Reihe von Beschlußänderungen zuzustimmen. Er schließt seine Ausführungen mit dem Hinweis darauf, daß trotz all der Schwierigkeiten, die die Ausbilanzierung des Haushaltsplanes gemacht habe, doch gesagt werden könne: Leipzig steht finanziell besser da als die meisten anderen Städte. Daraus vermöge man zu erkennen, von welcher Bedeutung für das Wohl der Stadt eine vorsichtige Finanzpolitik ist.

## Sonderentschädigung für Stadtrat Peters

Dem Stadtrat Peters war zur Wiederherstellung seiner Gesundheit, die angeblich bei einer Vertretung eines Ratsmitgliedes besonders angegriffen wurde, vom Rat ein Sonderbetrag von 6000 Mark überwiesen worden. Die Stadtverordneten hatten die Bewilligung dieser Summe beantragt und Rückzahlung des Betrages gefordert. Der Rat bittet die Stadtverordneten unter Beilegung aller Rechtsfragen um nachträgliche Zustimmung zur Auszahlung der 1927 an Peters bewilligten Beträge. Die Ausschüsse beantragen, die Stadtverordneten mögen auf ihrem Beschluß stehenbleiben. Dieser Antrag wird vom Kollegium mit 37 gegen 35 Stimmen angenommen.

## Entschädigung für Einverleibungen

Der Rat unterbreitet den Stadtverordneten eine Vorlage, für die aus dem Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Leipzig ausgetretenen Gemeinden Schönau, Ithella und Abtaundorf als einmalige Abfindung dem Bezirksverband 300.000 M. zu gewähren. Von dieser Summe soll die Hälfte am Tage des Uebergangs der Gemeinden in das Stadtgebiet, der Rest später gezahlt werden. Hinsichtlich der Uebernahme von Beamten des Bezirksverbandes soll diesen eine Zuficherung gegeben werden, daß bei künftigen Einverleibungen darauf zurückgegriffen wird.

Der Verfassungs- und Finanzausschuß beantragt, eine Abfindungssumme von nur 200.000 Mark zu zahlen. Dem wird gegen die Stimmen der Nationalsozialisten zugestimmt.

der Großhändler glauben müsse, da diese ja unter Berufung auf „Ehre und Gewissen“ erfolglos. Börner stellt den Antrag, den Zuschuß um weitere 150.000 Mark zu erhöhen.

Oberbürgermeister Rothe spricht gegen den Antrag Börner. Um die von Herrn Börner aufgestellten Behauptungen gleich richtigzustellen, muß ich vor aller Öffentlichkeit feststellen, daß wir zuerst ein Projekt hatten, dessen Rentabilität sicher war.

Auf Verlangen der Großhändler wurde ein neues Projekt ausgearbeitet. Wir haben die Großhändler gefragt, ob sie mit den erhöhten Gebühren einverstanden sein würden. Sie haben mit einem runden „Ja“ geantwortet, waren sich also über alle Konsequenzen klar.

Wir verlangen von den Großhändlern jetzt nur das, was sie uns selbst zugemutet haben!

Börner (Aufw.) meint, daß die Großmarkthalle eine Luxusanlage statt eines Zweckbaues geworden sei und damit die höheren Mieten begründet würden. Er stellt den Antrag, den Markthallenzuschuß in einen gemischten Zuschuß umzuwandeln.

Stadtbaurat Ritter: Herr Wallner hat es sich mit seinen Argumenten sehr leicht gemacht. Er hat Dinge angeführt, die er wohl selbst nicht nachprüft hat.

Die Ausschüsse (KPD) und Schneller (KPD) unterstützen die Großhändler insofern, als sie für eine Senkung der Stadtbücherei eintreten.

In der Abstimmung wird dem Antrag Börner, den Zuschuß um 150.000 Mark zu erhöhen, mit 38:35 Stimmen zugestimmt. Die gesamte Vorlage wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten angenommen. Dem Antrag Wallner gibt das Kollegium einstimmig seine Zustimmung.

## Annunziationsbelange über Stadtlinteressen

Von der Bürgerblock-Fraktion war nachstehender Dringlichkeitsantrag eingebracht worden, den Börner begründet:

Die Stadtverordneten beschließen, den Rat zu ersuchen, beim Bezug von Brot für Fürsorgeempfänger und Arbeitslose die mittelständlichen Bäckereibetriebe der Stadt Leipzig zu berücksichtigen.

Börner (S. B.) beantragt, daß die städtische Bäckerei nicht nur Schwarzbrot backe, sondern zur Fabrikation von Weißbrot in großen Mengen übergegangen ist. Börner muß eingestehen, daß die Erzeugnisse der Stadtbäckerei wirklich gute sind und im Preise bedeutend niedriger, als sie von den privaten Bäckereien hergestellt werden können. Diese Tatsache sei aber für ihn nicht ausschlaggebend, er fordere weitestgehende Unterstützung der Bäckereimeister.

Auf sozialdemokratischen Vorschlag wird der Dringlichkeitsantrag dem Wohlfahrts- und Betriebsausschuß überwiesen.

## Gegen stadtseitigen Wohnungsbau

Die Aufwarter und die Vereinigte Bürgerfraktion haben nachstehenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

Die Stadtverordneten beschließen, den Rat zu ersuchen, im Hinblick auf die große Arbeitslosigkeit im Baugewerbe und das inzwischen herangekommene Frühjahr die Hälfte der Zuschüsse für stadtseitigen Wohnungsbau zurückzubehalten. Mietzinssteuererträge an genossenschaftliche und private Bauwerber zu verteilen.

Voraussetzung soll hierbei sein, daß die Bauvorhaben nachweislich finanziert sind und die Verteilung nach den Vorschlägen des gemischten Wohnungsausschusses erfolgt.

Schmidt (S. B.) betont erneut seine Feindschaft gegenüber dem kommunalen Wohnungsbau.

Genosse Kremer bezeichnet den Antrag als einen reinen Agitationsantrag, da der Rat bereits zu dieser Angelegenheit in erschöpfender Weise Stellung genommen. Die Begründung des Rates hat anscheinend der Rechten nicht gepakt. Diesmal versucht man, sein Ziel zu erreichen, indem man die Arbeitslosigkeit vorstößt.

Die sozialdemokratische Fraktion hat ständig die Vorteile des kommunalen Wohnungsbauwesens gebührend herausgestellt. Der Rat hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß die Mietzinssteuererträge, die von der Allgemeinheit aufgebracht werden, auch dem allgemeinen, also dem kommunalen Wohnungsbau zugute kommt.

Der Dringlichkeitsantrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

## Berichtungsstempel

Donnerstag, 20. März 1930.

Funktionäre der Metallindustrie, Volkshaus, 19,30 Uhr.  
Bund los. Freiberger, Ortsgruppe Leipzig-Süd, Goldenes Stern, 20 Uhr.

Freitag, 21. März 1930.

Schmiede, Volkshaus, 19,30 Uhr.  
Bauschmiedner, Volkshaus, 19,30 Uhr.



Finanzkapital gegen Kommunalwirtschaft.





# Möglichkeiten einer Theatergemeinschaft

Von Oswald Bauer und Walter Flemming

## Ehescheidungen und Wohnungsnot

Die zunehmende Zahl der Ehescheidungen, von der uns die Statistik alle Jahre berichtet, ist eine der Befreiungserscheinungen, die die kapitalistische Wirtschaftsordnung mit sich bringt.

Man mag über das Eheproblem noch so viel reden oder schreiben: die Tatsache ist nicht zu leugnen, daß auch die Ehe am Ende die Wurzeln ihres Wesens im Sozialen hat. Und mögen auch noch so sehr, aus der Schnelligkeit unserer Zeit, vorzeitig Ehen geschlossen werden und die Eheberatung nicht genügend vorhanden sein und benutzt werden: selbst die besten Ehen gehen oft zugrunde, wenn die sozialen Lebensverhältnisse ungünstig sind.

In diese Intimitäten des jungen Ehelebens kann die Statistik natürlich niemals hineinschauen. Würde sie es vermögen, dann würden wir erschrecken über die furchtbaren Folgen, die das beengte Zusammenhocken der jungen Ehepaare mit Eltern, Schwiegereltern oder das Begetreten auf den wenigen Quadratmetern sonstwie gemieteten Raumes mit sich bringt. Aber wenn auch die Statistik nicht in solche Tiefen sozialer Bedingtheit leuchtet, wir wissen es alle aus der Erfahrung des Lebens. Wir sehen es alle Tage, und brauchen nur aus diesem Erlebnis auf das große Leben draußen zu schließen.

Und 480 000 junge Ehepaare leben allein in deutschen Großstädten in solchen Wohnungsverhältnissen. 480 000 Junghepaare warten auf ein Heim. Und während sie in beengten Verhältnissen warten, zerfällt die Enge die Ehen oft von Tag zu Tag mehr, und die Wohnung wird oft erst zugewiesen, wenn es zu spät ist.

Aber ungefähr ebenso viele Einzelpersonen sind in den deutschen Großstädten selbständige Wohnungsinhaber, fast eine Viertel Million!

Das Ehescheidungsproblem unserer Zeit hat eine soziale Tiefe, die von verantwortlichen Menschen nicht gewürdigt wird. Die Lebensart, das Sozialdemokratie die Familie auflöse, ist wohl für immer verschwunden, aber man sollte doch sehen, wo denn der Keim des Verfalls nun steckt.

## Protest der Markthallenstand-Inhaber

Der Reichsverband der Markthallenstand-Inhaber Deutschlands e. V., Ortsgruppe Leipzig, hatte für Mittwoch eine Protestversammlung nach dem Lehrervereinshaus, Kramerstraße, einberufen, um gegen die beim Reichstag eingebrachte Novelle zur Gewerbeordnung zu protestieren.

Der Referent, Vorsitzender des Reichsverbandes, Berger, wies in eindringlichen Ausführungen auf die Gefährlichkeit der neu eingebrachten Gewerbeordnung, insbesondere des Artikels IV, Titel 4, hin, der in seinen Anordnungen die Markthallenstand-Inhaber außerordentlich in die Enge treibt. Nach der Fassung des Gesetzesentwurfes würden die Markthallen nach wie vor den Bestimmungen über den Wochenmarktverkehr unterworfen. Danach dürften in Zukunft Kolonialwaren, Konfekturen, alle Waren, die einen Fabrikationsgang durchmachen müssen, sowie Handelsartikel des täglichen Bedarfs und vieles andere in der Markthalle nicht mehr gehandelt werden. Lediglich aus Konkurrenzgründen wollten gewisse Kreise den Markthallenhandel beseitigen, um alle Rechte der Handels- und Gewerbetreibenden für sich in Anspruch zu nehmen. Diese Forderung sei aber unerhört und ungeschicklich.

In der Aussprache erklärte Stadtrat Genosse Krause, daß nach dem Wortlaut der Novelle den Markthallenstand-Inhabern das Wasser abgegraben und die Existenz vernichtet würde. Dies sei gleichzeitig ein beachtlicher Schlag gegen die großstädtischen Markthallen wie überhaupt gegen die städtische Regie. Man wolle bestimmte Kreise des Mittelstandes retten und schlage aber damit andere Teile des Mittelstandes tot. Diese Bestrebungen, das ambulante Gewerbe zu vernichten, gehen von denjenigen Kreisen aus, die sich als Mittelstandsretter aufspielen. Es sei ein Ding der Unmöglichkeit, eine großstädtische Markthalle einem kleinen Wochenmarkt gleichzustellen. In diesen Dingen mögen die Stand-Inhaber aus erkennen, daß nur durch den Anschluß an eine große politische Partei, wie die SPD, die ihre Interessen auch wirklich vertritt, Hilfe möglich sei.

Am Schluß der Versammlung wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der schärfster Protest gegen die von der Reichsregierung dem Reichstage vorgelegte Novelle zur Änderung der Gewerbeordnung zu Artikel IV, Titel 4, erhoben wird. Gleichzeitig fordern die Markthallenstand-Inhaber auf das Bestimmteste die Gleichstellung des Warenverkaufs in Markthallen mit dem Warenverkauf in den offenen Verkaufsstellen des stehenden Gewerbes.

## Preisend mit viel schönen Reden...

Im Hotel „Deutsches Haus“ kamen auf Einladung der Professur des Leipziger Amtsgerichts Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte und Pressevertreter zusammen, um sich über das Thema, Justiz und Presse zu unterhalten. Herr Dörfel, der Direktor des Instituts für Zeitungsstudien in Berlin, hielt einen Vortrag, in dem er das Verhältnis zwischen Justiz und Presse charakterisierte. Daß von einer Vertrauenskrise der Justiz nicht mehr gesprochen werde, ist für Herrn Dörfel ein Beweis, daß diese Vertrauenskrise beseitigt ist. Das Hauptverdienst für diese überaus gelungene Feststellung könne die Presse für sich buchen. Bei der Justiz habe sich überhaupt vieles gebessert. Durch die eingerichteten Pressestellen bei den Gerichten sei der Boden für eine gedeihliche Zusammenarbeit geschaffen. Früher sei es oft vorgekommen, daß Richter die Pressevertreter schimpflich behandelten, als den Angeklagten. Das sei heute nicht mehr der Fall. Nach einem Ueberblick über technische und publizistische Notwendigkeiten bei der Gerichtsberichterstattung und einer Vorlesung über die Begriffe objektive und subjektive Darstellung wurde die Selbstdisziplin der Presse hervorgehoben.

Der Vortragende war sichtlich bemüht, keiner Seite auf die Fingernägel zu treten. Die gleiche Vorsicht kam bei der Diskussion zum Ausdruck, so daß alles in schäufster Harmonie und mit dem höchsten Bewußtsein nach Hause ging, wieder ein gewichtiges Stück Kulturarbeit geleistet zu haben.

Auf die Gefahr hin, die Harmonie etwas zu trüben, seien einige Randbemerkungen eingeflochten. Dem Redner des Abends war der Fall des Leipziger Richters Miaslowski, dem die Presse (allerdings die sozialdemokratische) Luft ist, nicht bekannt. Die Fälle Beversdorf, Jorns und Jabubowits hätten ihm aber bekannt sein müssen. Ebenso mußte er von den sonderbaren Urteilen der Chemnitzer Richter gehört haben. Bekanntlich erklärte der eine die Liebe ohne staatlichen Stempel als schandwürdiges Verbrechen, während der andere das genaue Gegenteil feststellte. Auch der Urteilspruch des Berliner Richters, der die Frauen mit dem Maßstab der Kirchenwäter auf dem Konzil von Nizza (325) maß, hätte dem Vortragenden bekannt sein müssen. Daß Herr Dörfel trotzdem die Vertrauenskrise der Justiz als erledigt ansieht, dürfte mehr darin zu suchen sein, daß breite Massen der Bevölkerung die deutsche Justiz als einen hoffnungslosen Fall ansehen.

Das Repertoire eines Theaters braucht ohne Zweifel Höhepunkte und Glanzleistungen, nicht nur für das Publikum, sondern auch für die Künstler. Vom Niveau des Durchschnittsrepertoires hängt jedoch das finanzielle Rückgrat des Theaters ab. Es ist allgemein bekannt, daß die Aufführungen sich als äußerst kostspielig erweisen. Die moderne Oper sowohl als auch das Schauspiel stellen hohe Anforderungen an die Intentionen. Leider tut die Presse das ihre, um den Ehrgeiz der Regisseure anzustacheln. Es kann deshalb in diesem Zusammenhang auch ein Wort an die Presse nicht unterdrückt werden, die in der einen Spalte die Sparjackel schwingt, in der anderen aber mit beinahe tödlicher Wiederkehr nicht minderprozentige Forderungen ausstößt und Opern und Schauspiele in „altem Gewande“ ablehnt. Sicher ließe es sich ermöglichen, schwierige und kostspielige Ur- und Erstaufführungen, die zur Förderung der Gegenwartskunst nun einmal nicht zu entbehren sind, für mehrere Bühnen gemeinsam zu erwerben und herauszubringen. Diese kollektive Arbeit würde bestimmt keinen künstlerischen Verlust zur Folge haben, sie würde im Gegenteil eine hohe künstlerische Verlebendigung bieten. Das Theaterpublikum würde darauf brennen, berühmte Regieleistungen der anderen Theater kennenzulernen und das Interesse am Theater würde neue, bisher nicht gekannte Impulse empfangen, ganz zu schweigen davon, daß auch die schöpferische Kunst des Regisseurs über den Bezirk seiner Stadt hinaus wirken könnte.

Die Vorzüge einer solchen gemeinsamen Betätigung würden liegen einmal darin, daß bedeutende Stücke trotz der Not der Zeit in angemessener und würdiger Form aufgeführt und damit dem zeitgenössischen Kunstschaffen auch in der Wiedererweckung alter Stücke nach wie vor lebendige Perspektiven eröffnet werden könnten. Zum anderen in geldlichen Vorteilen, die sich durch die einmalige Erwerbung, durch die einmalige Ausstattung usw. erzielen ließen.

Über die gemeinschaftliche Betätigung im Hinblick auf Erstaufführungen hinaus dürfte auch die gegenseitige Beilegung des Aufnahmestoffes (Requisiten, Kostüme) Möglichkeiten bewahrt Theaterplanwirtschaft bieten. Manche Städte haben bereits begonnen, zur Verbilligung der Ausstattungsstellen sich zu einer „Ausstattungs-gemeinschaft“ zusammenzuschließen. Die Aufführung von Stücken historischen Genres verschlingen tiefe Summen für die Kostümausstattung. Jüngere Theaterorganisatoren haben besonders konstruierte Kostümtransportautos bauen lassen; die schnellen Austausch und pflegliche Behandlung garantieren. Durch Spielplan-Konferenzen, durch Spielplanverständigung könnte der Theater-

fundus, der für bestimmte Stücke oft jahrelang ungenützt bleibt, aus-gewertet und Kosten für Neuananschaffung erspart werden.

Eine weitere Etappe auf dem Gebiete einer Ersparnisse ver-sprechenden Theaterplanwirtschaft könnte das gemeinsame Engagement bestimmter Künstler durch mehrere Bühnen sein. Das Gageniveau ist heute derart überhöht, daß es selbst leistungsfähigen Bühnen immer schwerer fällt, geeignete Kräfte für „annehmbare Beträge“ zu bekommen. Es ist hier ge-dacht an solche Künstler, die bestimmte, selten beanspruchte oder hoch-qualifizierte Rollenrollen (Hochdramatische, Heldentenor, Heldent-bariton usw.) repräsentieren. Solche hochbezahlten Kräfte sind meist im Verbande einer Oper nicht so auszuwerten, daß sich eine „angemessene Verzinsung“ ihres leistbaren Materials und Könnens für sie selbst wie für die Oper ergibt. Die Künstler selbst leiden unter der Akzept, der sie zwangsweise unterworfen sind und abfol-gieren deshalb häufig Gastspiele an fremden Bühnen. Wenn nun zwar einer Verfestigung dieser erlesenen Kräfte nicht das Wort ge-redet werden kann, so kann es doch heute nicht verantwortet werden, daß die Opernbühnen die hohen Gagen für gering ausgewertete Solokräfte aufbringen, zu denen sie meist noch zur Befriedung des Spielplans teure Gastspielkräfte engagieren müssen. Durch geeignete organisatorische Maßnahmen (Spielplan-verbündung, Engagementskonvention) dürfte in dieser Hinsicht ohne Nachteil für die Künstler viel erreicht werden können. Ueber-haupt sollten die kommunalen und staatlichen Theater dem wachsenden Gagenwesen einen Einhalt gebieten. Die Konkurrenz der Theater untereinander treibt die Gagen unverhält-nismäßig hoch, was ihnen im Endergigende teuer zu stehen kommt; denn es scheint keine zwingende Notwendigkeit dafür vorzuliegen, daß eine Oper für einen Heldentenor z. B. etwa 30 000—40 000 M. zahlt, während eine andere gleichwertige Oper nur 20 000 bis 30 000 Mark Jahresgage bewilligen kann, schließlich ge-zwungen ist, ebenso hoch zu zahlen.

Zu guter Letzt dürfte auch die Frage der Erörterung wert sein, ob an den teuren Orchesterkörpern, nicht durch ihre Verminderung, sondern durch ihre größere Verwendung gespart werden könnte insofern, als Teile des Orchesters dann, wenn das Vorkonserter nicht benötigt wird, in der Provinz konzertieren. In der Stadt Burgen sind mehrere Winter hindurch gut besuchte Sinfoniekonzerte des Leipziger Sinfonieorchesters veranstaltet worden. Ein Zusam-men-schluß der Gemeinden im weiteren Reichsbild der Großstadt zu interkommunalen Kulturverbänden dürfte auch den Landbewohnern die Segnungen musikalischer Kultur bieten können.

# Was ist's mit Hellsehen und Telepathie?

Der Vortragsabend, den die Juristisch-Medizinische Gesellschaft vor einigen Tagen im Hörsaal der Psychiatrischen und Nervenklinik der Universität Leipzig veranstaltete, verdient höchsten Dank für den letzten Jahren die Okkultisten, aller Färbungen immer mehr vor sich reden machen und durch Hellseherprojekte die Heilkräfte und angebliche Deffenstlichkeit immer wieder dupiert wurde, war es nötig, daß einmal zusammenfassend vor einem wissenschaftlichen, sachmännlichen Forum über okkulte Fragenkomplexe referiert wurde. Das Thema hieß „Kriminaltelepathie“; Referenten waren Landgerichtsdirektor Dr. Hellwig, Potsdam, und Prof. Friedländer, Freiburg.

Friedländer betonte, daß, um sich in den „modernen“ Formen der Okkult auszukennen, das Studium der Kulturgeschichte, strenge Kritik und genaue Kenntnis der Literatur nötig sei. Unter den angeblichen Beispielen echten Hellsehens in der neueren Zeit wird immer Swedensborg und sein „Hellsehen“ des Brandes von Stockholm zitiert. Kant, der sich für diesen Fall interessierte und bei Swedensborg anfragte, hat wie eine Antwort auf seinen Brief bekommen; ähnlich geht es heute in vielen Fällen den gewissenhaften Forschern. Vor 25 Jahren machte ein Amerikaner Bishop viel von sich reden infolge seiner Fähigkeit, aus verschlossenen Briefumschlägen zu lesen; es dauerte lange, bis man auf seinen Trick kam (den erst kürzlich in Leipzig der Hellseher Fred Marion zum Erstaunen aller Laien wieder als echt zeigte). In der allerletzten Zeit tritt in Berlin der Hellseher Wäde wieder hervor. Friedländer hatte ihn auf acht Tage zu sich eingeladen, ohne ihm irgendwelche Bedingungen zu stellen; Wäde lehnte ab. Da erbot sich Friedländer, acht Tage nach Würzburg zu kommen, um mit Wäde nach dessen Bedingungen zu experimentieren; auch das wurde von Wäde abgelehnt, da er doch dem Professor „nicht zumuten könne, sich acht Tage in ein Nest wie Würzburg zu begeben“.

Man kann drei Gruppen von Leuten unterscheiden, die sich mit den okkulten Dingen befassen: Geltungslustige Psychopathen, die von sich reden machen wollen, Künstler (Tischner usw.), die eine kleine Gruppe ernstzunehmender Forscher (Tischner usw.). Diese letzte Gruppe gibt wenigstens die Möglichkeit von Telepathie und Hellsehen zu, ohne bisher exakte Beweise liefern zu können. Beweisend wären überhaupt nur gelungene Reihen-experimente. Eine solche Massenuntersuchung, die Fried-

länder mit sonst ausgezeichneten „hypnotischen Medien“ unter Verwendung einfacher geometrischer Figuren, Zahlen usw. an-stellte, gaben nicht den mindesten Beweis für die Existenz von Telepathie. Es ist also keineswegs bewiesen, daß es Telepathie oder Hellsehen gibt.

Die Ausführungen Hellwigs brachten dann außerordent-lich wichtiges Einzelmaterial. Man begreift, wenn man die Prä-zision kennt, mit der Hellwig jedem Gerücht nachgeht, die Wut, die in Okkultistenkreisen gegen ihn herrscht. Hellwig ging davon aus, daß es zwei Bedeutungen des Wortes „möglich“ gibt. Es kann sich einmal um einen bereits aus der allgemeinen Er-fahrung bekannten Tatbestand handeln, der im Einzelfall zu realisieren wäre; Beispiel: es ist möglich, über den Ozean zu fliegen; zum anderen können noch nicht erwiesene Tatsachen denk-möglich sein. In diesem zweiten Sinne meinen es die Forscher, wenn sie Telepathie und Hellsehen für „möglich“ er-klären, während die Okkultisten meist die erste Bedeutung unter-schieden.

Hellwig ging dann auf eine Reihe von Einzelfällen ein, die auch die Deffenstlichkeit stark bekräftigen haben, wie den In-fer-burger und den Bernburger Hellseherprojekte. So-wie eine Nachprüfung der auch durch die Presse lancierten Behauptungen über die angeblich wunderbaren medialen Fähig-keiten dieser Hellseher stattfinden konnte, hat sie immer ein negatives Resultat ergeben. An Beispielen über die zum Teil geistliche Arbeitsmethode der Hellseher und die manchmal gänzlich außerwissenschaftliche Beurteilung durch wissenschaftlich gebildete Laien, wie Professor Berwangen usw., schloß Hell-wig den zwingenden Schluß, daß bisher der erforderliche exakte Nachweis nicht erbracht sei, daß es Hellsehen und Telepathie gibt. Alle angeblichen Erfolge haben sich bei wirklicher Untersuchung als Scheinerfolge herausgestellt. Eine praktische Verwen-dung von Hellsehern im Kriminaldienst wäre ungemein gefähe-lich und gegenwärtig absolut unergiebig.

In der folgenden längeren Diskussion gab der Leiter der Leipziger Kriminalpolizei, Genosse Dr. Heiland, wertvolle Beispiele über das völlige Versagen der Leipziger Hellseher und Hellseherinnen. An sich wäre es sehr bequem, wenn man Verbrecher mit Hellsehern auffären könnte; der Staat würde viele Kriminalbeamte sparen; aber leider geht es nicht. B. L. . . n.

## Adolf Wogenitz gestorben

Wie wir kurz vor Redaktionsschluß mitgeteilt bekommen, ist in dieser Nacht der Rektor der Leipziger Arbeiterbewegung, Adolf Wogenitz, im 81. Lebensjahre dahingegangen. Ein Herzschlag hat seinem arbeitsreichen und für die Arbeiterbewegung opfervollen Leben ein friedliches Ende gemacht. Noch vor wenigen Tagen konnten wir den ewig frischen und immer noch unternehmungstüchtigen Alten in der Redaktion begrüßen, der er gern seinen Belohnung abstattete. Nun ist seinem Schaffen ein Ziel geleht.

## Am 2. April Oberbürgermeisterwahl

Am 15. April verläßt Oberbürgermeister Dr. Köthe sein Amt. Aber immer noch ist es des Schicksals Laune überlassen, wer sein Nachfolger wird. Nur eines scheint nunmehr einigermaßen fest-zustellen, nämlich, daß Dr. Köhler, für den alle die Zeit hindurch die Wertbetonung hinter den Kulissen mit besonderem Eifer gerührt wurde, nicht unter den Kennern sein wird. Ihm hat dennoch die längere Zeit bestandene Aussicht, Oberbürgermeister zu werden, einiges eingebracht. Das Ressort hat ihm zu seinem viele Zehntausende ausmachenden Direktorengelalt die Kleinigkeit von 20 000 Mark hinzugelegt. Das Ressort hat damit zweifellos be-absichtigt, die Spanne zwischen dem, was Köhler als Ressort-direktor erhält, und dem, was ihm im höchsten Maße als Ober-bürgermeister der Stadt Leipzig gezahlt werden könnte, um einiges zu erweitern. Ja, ja, dem gottselig Parteibuchfesten gibt's der Herr im Schlafe.

So muß denn also die Oberbürgermeisterwahl erfolgen, ohne

daß Herr Dr. Köhler im letzten Augenblick „einpringt“. Die Kan-didaten sind ausgeschloß. Die SPD haben darüber ja schon vor längerer Zeit die Ausschüsse durchschneffelt und in der Tat einen brauen „Gewährsmann“ gefunden, der für gutes Geld verrät, was ihm die Schweigepflicht für sich zu behalten gebot. Von den sieben Auserwählten, deren Namen wir unsern Lesern bereits mit-teilten, haben am Montag vier vor Stadtverordneten und Rats-mitgliedern ihre Auffassung über Kommunalaufgaben entwickelt. Heute folgt die zweite Serie, zwei Vorträge.

## Tödlicher Unfall

Gestern 17 Uhr wurde in der Dresdner Straße in der Nähe der Langen Straße beim Ueberschreiten der Jahrbahn der 57 Jahre alte Bauarbeiter Richard Krehlmar, Leipzig-Kleuditz, Grenzstraße 4 wohnhaft, von einem Personkraftwagen angefahren und schwer verletzt. Er wurde nach dem Krankenhaus St. Jakob gebracht, wo er kurz nach der Einlieferung an den Folgen seiner Verletzungen gestorben ist.

**Umdcar-Stunde.** Das Umdcar-Fahradwerk, das Eigenunter-nehmen der freien Gewerkschaften, veranstaltet am Freitag, dem 21. März, seine zweite Umdcar-Stunde im großen Festsaal des Volkshauses.

**Erwerbslose, Kriegsbeschädigte, Fürsorgeempfänger, Rentner.** Freitag, den 21., und Sonnabend, den 22. März, Verkauf von frischem Schweine- und Kalbfleisch (gute Qualität) Bachhofstraße 11/13, am Arbeitsamt.

# Statberaterung im Landtag

## Generalabrechnung mit Bürger-Weber - Bedingungen der SPD für den Regierungseintritt

Im Sächsischen Landtag begann am 10. März die Haushaltsplanberatung, mit der die Behandlung einiger Anträge und Anfragen verbunden worden ist. Die Tribünen sind nur mäßig besetzt.

Die Aussprache eröffnet

### Abg. Edel (Soz.)

Wir müssen dem Etat in dreifacher Beziehung unseren Kampf anlagen, erstes, weil er einen Abbau der sozialen und der künftigen Lasten bringt, zweitens weil er auf eine Schonung der leistungsfähigen Volksschichten hinausläuft und drittens, weil er im Geolge dieser Erscheinungen schwere Gefahren für die Volksgesundheit und für die Arbeiterklasse im besonderen in sich birgt. Wenn bei einem Etat von 400 Millionen Mark 11,4 Millionen Mark bei den Kapiteln der Sozial- und Kulturpolitik gespart werden sollen, ist damit das Urteil über diesen Etat bereits gesprochen. Auch wir sind für eine Balancierung des Etats, denn Verfahren wir anders müssen wir riskieren, daß erst recht die Pläne auf einen Abbau der Lasten für die soziale Fürsorge durchgehen.

Wir wünschen aber die Balancierung des Etats nicht nach den Methoden des Finanzministers, nicht in der Form der Droßelung der sozialen Ausgaben, sondern wir wünschen einen Leistungsaufbau, eine stärkere Belastung der tragfähigen Schichten.

Hebrigens geht aus dem Etat hervor, daß nicht alles in Betracht genommen wird. Trotz der Kürzung der verschiedenen Positionen macht der persönliche Aufwand 64 Prozent anstatt 61 Prozent aus. (Hört, hört! bei de Soz.) Es wird notwendig sein, neben den hohen Beamtenegehältern nachzuprüfen, was in der Nachweisung über den Nebenlohn der planmäßigen Beamten zu sagen ist. Dem Versuch, die Altersgrenze für Richter und Beamte heraufzusetzen, werden wir uns, weil sie eine falsche Sparmaßnahme ist, aufs entschiedenste entgegenstellen. Die Einschaltung eines Probejahres für Volks- und Berufsschullehrer zeigt die ganze reaktionäre Tendenz des Etats. Auf derselben Linie liegt auch das Bestreben, durch Erhöhung der Pflegegeldsätze bei den Heilanstalten Geld zu beschaffen. Nicht minder unsozial ist es, wenn Gelder dadurch beschafft werden sollen, daß ein genereller Zuschlag von 15 Prozent bei den Gerichtsfehlen und Verwahnungsgebühren eingeführt wird.

Daß der Finanzbedarf gegenüber der Vorjahreszeit ein größerer geworden ist, ist nur Selbstverständlichkeit. Nur kommt es darauf an, wie die Lasten verteilt werden.

Hier liegt bei uns in Deutschland noch alles im argen. Im Jahre 1913 verzeichnet die Reichsstatistik an indirekten Steuern 40 Prozent bei dem gesamten Bedarf, im Jahre 1929 dagegen 68 Prozent. (Hört, hört! bei de Soz.) Demgegenüber steht die Tatsache, daß in England die indirekte Massenbelastung nur 40 Prozent beträgt. Wenn dem aber so ist, dann ist es ganz selbstverständlich, daß wir uns als Sozialdemokraten für ein größeres Notopfer des Reiches einzusetzen haben. Es kann gar keine Rede davon sein, daß die sogenannte Wirtschaft nicht in der Lage wäre, zu ihrem Teile mehr als bisher zu den öffentlichen Lasten beizutragen.

Daher hatten wir uns aus Anlaß des Sturzes der Regierung zu fragen, unter welchen Voraussetzungen die Mitübernahme der Verantwortung für die Bildung der Regierung für uns in Betracht kommen könne. Wir haben nie einen Zweifel gelassen, daß wir bei den sachlichen Voraussetzungen bereit sein würden, uns aktiv an der Regierung zu beteiligen. Die Grundlage für ein fruchtbares Arbeiten im Interesse der Allgemeinheit und der Arbeiterklasse muß insbesondere die Aenderung der Einnahmeseite des Etats sein. Ohne vermehrte Einnahmen sind wir nicht in der Lage, die sozialen Bedürfnisse zu befriedigen, die unbedingt befriedigt werden müssen.

Daher ist eine der wesentlichsten Bedingungen für den Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung die Umgestaltung der Grund- und Gewerbesteuer nach sozialen Maßstäben. Die niedrigsten Erträge und kleineren Hausbesitzer müssen stärker gespart werden, als es jetzt der Fall ist, während der große Hausbesitz stärker belastet werden muß.

Zu prüfen ist auch die ungeheure Notlage der Gemeinden, über die sich der Minister mit einigen Worten hinweggesetzt

hat, indem er eine Mißmachrechnung aufmachte, daß tatsächlich durch angebliche Mehrzuweisungen des Reiches eine Besserstellung der sächsischen Gemeinden eintreten würde. Hier kann nur geholfen werden durch eine Steigerung der Leistung bei den zahlungsfähigen Kreisen. In derselben Richtung bewegt sich unsere Auffassung bei der Stundungsverordnung. Weil angeblich mehr Mietzinssteuermittel eingegangen sind, infolgedessen für den Wohnungsbau trotz der Stundungsverordnung dieselben Summen wie früher zur Verfügung stehen, hat Herr Weber die 7 1/2 Millionen Mark außerordentlichen Zuschuß für den Wohnungsbau ganz einfach gestrichen.

Für den Fall eines Regierungseintritts müßten wir auch verlangen, die höheren Beamtenegehälter sowohl zu prüfen als auch die Ministergehälter herabzusetzen. Auch die Direktorenegehälter in der AG Sächsische Werke müssen nachgeprüft werden, und ebenso die Frage, ob man den ganzen oberen Beamtentab noch braucht, wie er gegenwärtig besteht.

Es müssen auf der einen Seite die Einnahmen vergrößert werden, auf der anderen Seite erstreben wir unbedingt eine Hilfsaktion für die breiten Massen, für die Erwerbslosen.

Deswegen ist für uns eine Bedingung für den Eintritt in die Regierung die Bereithaltung der erforderlichen Mittel in den außer-

## Aufstieg der Schaffenden

### Eltern- und Jugend-Abend

am Sonntag, dem 23. März 1930, abends 7 Uhr, im Saale des Städtischen Kaufhauses, Kupfergasse

### Ruf an die Jugend

Holzbläsertrio - Vorspruch - Ansprache. Redner: Ludwig Diederich, Berlin

Film: Frohe Fahrt nach Ottendorf

Revue: Aufstieg der Schaffenden

Otto Zimmermann und der Tanzring

Eintritt 30 Pf. (einschl. Garderobe), Schulentlassene frei

Zentralverband der Angestellten

Jugendgruppe Leipzig



ordentlichen Etat, die wir jetzt völlig vermissen. Die Streichung der Mittel für den Straßenbau können wir auch nicht mitmachen. Wir würden für den Fall einer Regierungsbeteiligung auch die Einstellung der notwendigen Summen für den Laipersperrenbau im Gottscheubau und im Mühlgraben beantragen haben. Wir fordern Bereitstellung größerer Mittel (5 Millionen Mark) zum Ausbau der sozialen Fürsorge. Ebenso wichtig sind unsere Forderungen zum Wohnungsbau. Wir treten weiter ein für einen Finanzausgleich, der den Staat und in gewissem Umfange auch die leistungsfähigeren Gemeinden stärker belastet. Wir haben keine Ursache, Illusionen zu erwecken über die Möglichkeit unseres Kampfes, aber für das, was wir für richtig halten, kämpfen wir, ganz gleich, ob wir uns innerlich oder äußerlich der Regierung bewegen.

Die Antwort der Deutschen Volkspartei hat uns nicht überfallen. In dieser Antwort zeigt sich der Respekt vor unserer Partei, daß wir uns um eine Veränderung unseres politischen Kuriers nicht in die Regierung drängen.

Wir erklären auch jetzt, daß wir jederzeit bereit sind, im Interesse der breiten Massen die Verantwortung für die Regierung zu übernehmen, aber nicht bedingungslos (Scheitern ist nicht), sondern nur dann, wenn es uns möglich ist, den Kurs erfolgreich vorwärtszutragen, den wir im Interesse der breiten Massen sehen.

Nicht die Kommunisten sind es, die durch einzelne sinnlose Demonstrationen plaudern, ihre verirrten Ziele verwirklichen zu

können, nicht die Nationalsozialisten sind es, denen bei der Aufgeklärtheit der sächsischen Arbeiterschaft eine Zukunft blüht, einzig und allein die geschulte sozialdemokratische Arbeiterklasse ist es, die einen Kurswechsel in Sachsen herbeiführen kann.

Dr. Böhler (Volkspartei) beschäftigte sich zunächst mit der Regierungskrise. Was er zur Regierungskrise sagte, war enttäuschend. Mit Genugtuung stellte er die Verabschiedung des Youngplans fest, dann beschäftigte er sich mit der Arbeitslosigkeit, wobei er verlangte, daß in der Stilllegungsfrage durch die Regierung mehr als bisher getan werde. Die Ausbalancierung des Etats begrüßt Herr Böhler, doch war immerhin sein Hinweis, daß ein unfertiger Etat vorlege, bezeichnend genug. Die Einsparungen beim Volkshochschulwesen stimmten ihn bedenklich. Auch hinsichtlich der Einsparungen auf Kosten der Bezirksverbände und Gemeinden sagte Herr Böhler dem wirtschaftsparteilichen Finanzminister allerhand „Liebenswürdigkeiten“. Ein Beweis, wie man die Fähigkeiten dieses Herrn auch bei der Volkspartei einschätzt. In der Eingabe des Sächsischen Gemeindetages zum Finanzministerium nach viel zu gut weg. Die Vorlage mit dem Altersgrenzengesetz will die Volkspartei aber mitmachen, auch ist sie mit der Gehührens-erhöhung einverstanden. Der Entwurf des Landesfinanzausgleichs werde von den Gemeinden mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Zum Schluß forderte er die Regierung auf, sich dafür einzusetzen, daß die Reichsreform in absehbarer Zeit getrieben wird.

Finanzminister Weber erwiderte gereizt: Die Ausführungen des Abg. Böhler ließen nicht erkennen, ob er die Balancierung des Etats begrüße oder verurteile. Im übrigen war seine Verteidigung besonders in seiner Einstellung zu den Gemeinden aber derart reaktionär und ungeschickt, daß auch Herr Böhler wiederholt Widerspruch erheben mußte. Als der Minister erklärte, daß sich der Ausfall durch die famose Stundungsordnung in ganz geringen Grenzen halte, wurde ihm von der Linken zugerufen: Bloß 10 Millionen!

Ministerpräsident Dr. Bürger erinnerte daran, daß er den Antrag zur Vorlegung eines ausbalancierten Etats gegeben habe, und zwar mit Rücksicht auf die schwere Finanzkrise in Reich und Ländern. Es sollte ein Notetat sein, wobei der Grundgedanke gewesen sei, daß es auch ein Jahr einmal so gehen müsse.

Dann hielt Herr Renner seine einstündige Rede - gegen die Sozialdemokratie. Er fürchtete, daß es noch immer zur Großen Koalition kommen könne, und tätsche dabei den Schwinkel auf, daß die SPD bereits unter das laubdunkle Joch der Volkspartei getreten sei.

Herr Kunath (Wirtschaftspartei) war selbstverständlich von dem vorgelegten Etat in vollem Umfange befreit. Der Sprecher der Deutschnationalen, Herr Siebert aus Chemnitz, fand, daß Herr Böhler mit seinen Bemerkungen über den Youngplan die Gegner desselben von neuem geweckt habe, und erwiderte in dem Etat wenigstens den Versuch, zu einer gewissen Ordnung der Finanzen zu kommen. Sehr verwundert ist er über die Kritik des Herrn Böhler an dem Etat, weil er es doch gerade gewesen sei, der beim Sturz der Bürger-Regierung es als ein besonderes Verdienst dieses Kabinetts hingestellt habe, einen ausbalancierten Etat aufzustellen. Mit einer Rede des Landbündlers Schladebach schloß die Sitzung 10 Uhr.

### Mietenunterstützungen eines Bürgerlichen

Bei der Güterkassé Wilkau sind mindestens 45 000 Mark - vielleicht auch eine noch höhere Summe - unterschlagen worden. Die Verwaltung der Kasse hatte der bürgerliche Gemeindevorstande Beyrich, Fraktionsvorsitzender der Wirtschaftlichen Vereinigung, dieser Mann, dessen Fälschungen bis ins Jahr 1924 zurückreichen, wurde noch bei der letzten Gemeindevwahl als „christlicher Mann“ präsentiert, der mit der „roten Mißwirtschaft“ aufräumen sollte. Nach dem Wunsche der Bürgerlichen sollte er sogar Bürgermeisterstellvertreter werden. Beyrich hat sich nach der Aufdeckung seiner Verfehlungen erschossen.

Bauhen. Mit einem gestohlenen Kraftrad in den Tod gerast. Zwei junge Bauischen erdrückten eine Garage und antworteten ein Motorrad auf einer Spritztour. In Großpöchlitz kaufte das Rad mit den zwei Abenteuerlustigen an den Kircheneingang. Der 16 Jahre alte Schlosserlehrling Kültner wurde mit solcher Gewalt vom Sozialist geschleudert, daß er die Haustür des Ratschlers durchschlug und einige Meter in den Hausflur flog, wo er schwerverletzt liegen blieb. Der 17 Jahre alte Motorradfahrer, Schlosserlehrling Kudek, erlitt neben anderen schweren Verletzungen einen Rießerbruch. Trotzdem flog Kudek noch. Später wurde er festgenommen und ins Krankenhaus gebracht, wo Kültner seinen Verletzungen erlegen ist.

### Ämtliche Bekanntmachungen

In der Zeit vom Freitag bis Montag, den 17. d. M., ist aus den Laacerräumen der Güterabfertigung Leipzig-Magdeburger-Türminger Bahnhof ein Koffer entwendet worden mit wertvollen Hellen. Der Koffer ist mausegrau, trägt abgewölbten Deckel, ist 1 m hoch, 75 cm breit, 1,25 m lang, 78 kg schwer. Inhalt: Felle im Werte von 5700 RM. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft leitet für Herbeischaffung der Ware eine Belohnung aus bis zu 500 RM, unter Ausschluß des Rechtsweans.

Reichsbahnverkehrsamt Leipzig II.

**Tauha Notstandsarbeiten.** 1. Meliorationsarbeiten in der Vorhenniederung, 2. Abkühlung und Planierung der Thellauer Straße sollen in Tauha vergeben werden. Kostenanschläge können - solange Vorrat reicht - im Rathaus, Zimmer 14, gegen 50 Pfennig Gebühr entnommen werden. Rückgabe und Öffnung der Angebote am 4. April 1930, vormittags 11 Uhr. Jede Entscheidung bleibt vorbehalten. Stadtrat Tauha.

**Die Verbandsberufsschule Großschm.** hält am Freitag, dem 21. März 1930, 15 Uhr, im Schulsaal der Neuen Schule eine Entlassungsfeier für die abgehenden Schüler und Schülerinnen ab. Hierzu werden die schulischen Körperschaften, die Körperlichkeiten der Verbandsgemeinden, die Erziehungsbehörden unterer Schüler und Schülerinnen und alle Freunde der Schule ergebens eingeladen. Großschm., den 20. März 1930. Die Leitung der Verbandsberufsschule. Bartlich

**Räumungs- Ausverkauf** wegen Geschäftsverlegung. Damenmäntel für Frühjahrs- u. Winter. Seid. Wollmäntel, Kleider, Herren- u. Wollmäntel, Analise, Smokingsanzüge, Sportkleidung, und Hosen. Die Preise sind sehr niedrig gestellt, um möglichst das Warenlager ganz zu räumen. Leopold Brecher, Richard Wagner-Str. Nr. 12, 3. Stod. Fahrkabl. Verkaufszeit von 1/9 bis 7 Uhr.

Seit 50 Jahren

kennet jede Hausfrau diese Packung mit der „Marke Schwan“ und die großen Vorzüge von Dr. Thompson's Seifenpulver.

Schwanpulver ist das anerkannt gute, dabei sparsame u. billige Waschmittel, ist der Hausfrau zuverlässigster Helfer bei allen Reinigungsarbeiten in Küche und Haus.

**Dr. Thompson's Seifenpulver**

Marke Schwan

**Inserate**

Sie die fiktive Nummer bestimmt, erbiten bis spät 9 Uhr vormittags am Erhebungsamt

**Nestler, Eisenbahnstraße 99**  
an der Ellebothenstraße

**Tapeten** — Spottbillig  
**Linoleum** — Spottbillig  
**Wachstuche** — Spottbillig

## Selbsthilfe • Leipzig

Wir bieten an:

Aprikosen, fet., extra choise 1/4 Pfd. 40	Harzer Käse, pa. . . . . 3 Stück 10
Ringkpfel, fet., extra choise 1/4 Pfd. 25	Camembert . . Portions-Schachtel 30
Pflaumen, fet., kalif. Santa Clara, 1/4 Pfd. 20 und 17	Tilsiter, ohne Rinde 1/4 Pfd. 45
Mischobst, pa., ohne Feigen 20	Schweizer Käse, ohne Rinde, 1/4 Pfd. 50
Datteln, fet., zum Rohessen 1/4 Pfd. 35	Emmenthaier Schweizer Käse, echt, hochfein . . . . . 1/4 Pfd. 50
Sultania-Rosinen 1/4 hell . . . Pfd. 74	Edamer, vollfett, 40% . . . 1/4 Pfd. 35
Sultania-Rosinen pa. hell . . . Pfd. 58	Allgauer Kummelkäse . . . 1/4 Pfd. 35
Korinthen Gastenfrucht . . . Pfd. 66	Olivöl, fet., franz., extra 1/4 Pfd. 35
Vierfrucht-Marmelade . . . . . ca. 2-Pfd.-Elmer 95	Erdnußöl, das beste . . . 1/4 Pfd. 19
Aprikosen, Himbeer mit Apfel 2-Pfd.-Elmer 1.10	Speiseöl, 1a., reinschmök. 1/4 Pfd. 15
Ananas . . . . . große Dose 1.20	Kondensmilch . . . . . Dose 50 27
Apfelmus, 1a., tafelfert. Dose 80 u. 46	Oelsardinen . . . . . Dose 1.00 50 30

Speck, pa. deutsche Ware . . . . . 1/4 Pfd. 37

Bienenhonig, gar. rein . . . . . Glas 1.80 1.60 1.45

Wacholder-Saft . . . . . Glas 75

Echte Katarrh-Bonbons . . . . . 1/4 Pfd. 35

Malzzucker, bayrischer . . . . . 1/4 Pfd. 25

Butter, pa. Geschmack . . . . . Stück 1.08 1.00 90

Limburger Stangenkäse, 1a . . . . . 1/4 Pfd. 15

**Sonder-Angebot:**

3 Pfd. spanische Apfelsinen . . . . . nur 65

3 Pfd. spanische Blutapfelsinen . . . . . nur 88

und alle übrigen Lebensmittel und Haushaltartikel billigst mit

**6% Rückvergütung 6%**

in den bekannten Verkaufsstellen, oder, wo nicht vorrätig, durch  
Zentrallager Leipzig N 22, Wilhelmstraße 54, Fernspr. 52567.

Neu eröffnet: **Zentrum, Querstr. 2**



# Billige Lebensmittel

<b>Senfgurken</b> süß/sauer . . . 2-Pfd.-Dose	<b>55</b>
<b>Pflaumen</b> mit Kristall-Zucker, gr. Früchte . . . 2-Pfd.-Dose	<b>50</b>
<b>Karotten</b> 4-Pfd.-Dose	<b>58</b>
	2-Pfd.-Dose <b>32</b>
<b>Ananas</b> in Scheib., 2-Pfd.-Dose, engl. Gew.	<b>95</b>
<b>Brechspargel</b> . . . 2-Pfd.-Dose	<b>1<sup>88</sup></b>
<b>Stangen-Spargel</b> oder <b>Spargelköpfe</b> . . . Dose	<b>1<sup>45</sup></b>
<b>Spinat</b> Unser großer Schlag! . . . 3-Pfd.-Dose	<b>58</b>
<b>Erdbeer- mit Apfel-Marmelade</b> . . . 2-Pfd.-Eimer nur	<b>95</b>
<b>Erdbeer-Konfitüre</b> 2-Pfd.-Eimer nur	<b>1<sup>45</sup></b>
3 große Dosen <b>Oelsardinen</b> . . . nur	<b>1<sup>08</sup></b>
<b>10 Stck. gr. frische Eier</b>	<b>85</b>

<b>Echter Emmentaler Schweizerkäse</b> gestempelt, seltene Gelegenheit . . . Pfd.	<b>45</b>	<b>Schwarzfleisch</b> . . . Pfd. nur	<b>1<sup>35</sup></b>	<b>Zerelat- oder Salamiwurst</b> I. Sorte . . . Pfd. nur	<b>1<sup>85</sup></b>	<b>Schinkenspeck oder Schweinskamm</b> geräuchert . . . Pfd. nur	<b>1<sup>85</sup></b>
---	-----------	--------------------------------------	-----------------------	--	-----------------------	--	-----------------------

**Außerdem großer Konserven-Verkauf**

<b>Spargel</b>	<b>Erbsen</b>	<b>Diverse Gemüse</b>
Stangen-Spargel . . . 2-Pfd.-Dose <b>2.78</b>	Gemüse-Erbsen . . . 2-Pfd.-Dose <b>55</b>	Grün- od. Braunkohl 2-Pfd.-Dose <b>68</b>
do. stark . . . 2-Pfd.-Dose <b>2.85</b>	Junge Erbsen . . . 2-Pfd.-Dose <b>72</b>	Weißkohl . . . 2-Pfd.-Dose <b>45</b>
do. sehr stark . . . 2-Pfd.-Dose <b>2.90</b>	do. mittelfein . . . 2-Pfd.-Dose <b>1.10</b>	Wirsingkohl . . . 2-Pfd.-Dose <b>53</b>
do. extrastark . . . 2-Pfd.-Dose <b>2.95</b>	do. fein . . . 2-Pfd.-Dose <b>1.45</b>	Jg. kleine Karotten 2-Pfd.-Dose <b>85</b>
do. Riesen . . . 2-Pfd.-Dose <b>2.98</b>	Kaiser-Schoten allerl. belg. 2-Pfd.-D. <b>1.85</b>	Junge Schnittbohnen 2-Pfd.-Dose <b>65</b>

<b>Kalif. Stangen-Spargel</b> geschält . . . 2-Pfund-Dose	<b>2<sup>85</sup></b>	<b>Braunschweiger Kaiser-Schoten</b> 2-Pfd.-Dose	<b>1<sup>65</sup></b>	<b>Gemüse-Erbsen</b> . . . 3-Pfund-Dose	<b>95</b>
---	-----------------------	--	-----------------------	---	-----------

**Frucht-Konserven!**

Apfelschnitzweiß . . . 2-Pfd.-Dose	<b>58</b>	Stachelbeeren . . . 2-Pfd.-Dose	<b>1.15</b>	<b>Leipziger Allerlei</b>	<b>85</b>
Heidelbeeren . . . 2-Pfd.-Dose	<b>95</b>	Ananas-Konfitüre . . . 2-Pfd.-Eimer	<b>1.55</b>	Gem. Gemüse mit Spargel 2-Pfd.-Ds.	<b>85</b>
Preißelbeeren . . . 2-Pfd.-Dose	<b>95</b>	Ananas . . . große Dose	<b>75</b>	Leipziger Allerlei . . . 2-Pfd.-Dose	<b>95</b>
Birnen weiß, halbe Frucht	<b>98</b>	Sellerie in Scheiben . . . 2-Pfd.-Dose	<b>95</b>	Leipziger Allerlei mit reichlich Spargel . . . 2-Pfd.-Dose	<b>1<sup>05</sup></b>
				Leipziger Allerlei mittel, 2-Pfd.-D.	<b>1.20</b>

<b>Kaliforn. Pfirsiche</b> 2-Pfd.-D.	<b>1.75</b>	<b>Pflaumen</b> . . . 3-Pfd.-Dose	<b>95</b>	<b>Speise-Pilze</b> 2-Pfd.-Dose	<b>65</b>
<b>Span. Aprikosen</b> 2-Pfd.-Dose	<b>1.65</b>	<b>Kalif. Frucht-Salat</b> 2-Pfd.-D.	<b>2.10</b>		

**Frisches Schweinefleisch** I. Klasse und trotzdem billig

Bauch . . . Pfd.	<b>1.05</b>	Kamm . . . Pfd.	<b>1.28</b>
Keule . . . Pfd.	<b>1.15</b>	Koteletts . . . Pfd.	<b>1.38</b>

Mengenabgabe vorbehalten!



Zustellung von Lebensmitteln von 5 Mark an

<b>Gänse</b> gefroren, getözt . . . Pfd.	<b>84</b>
<b>Fette Suppenhühner</b> schöne Ware . . . Pfd.	<b>1<sup>15</sup></b>
<b>Fetter Speck</b> . . . Pfd.	<b>1.15</b>
<b>Gekochter Schinken</b> . . . Pfd.	<b>50</b>
<b>Frischfleisch Rouladen</b> sehr zart . . . Pfd.	<b>1<sup>35</sup></b>
<b>Rotwein</b> . . . Liter	<b>75</b>
<b>Weinbrand-Verschnitt</b> 38% . . . Pfd.	<b>2.95</b>
<b>Jam.-Rum-Verschnitt</b> 38% . . . Pfd.	<b>3.15</b>
<b>Molkerei-Butter</b> . . . Pfd.	<b>78</b>
<b>Vollmilch- od. Vollm.-NoB-Schokolade</b> Tafel A 100 g	<b>25</b>
<b>Block-Schokolade</b> . . . Pfd.	<b>88</b>
<b>Kaffee</b> gebrannt Pfd. 2.40 2.20	<b>1<sup>95</sup></b>
<b>Weizen-Auszugmehl</b> 5-Pfund-Original-Boutel	<b>1<sup>00</sup></b>
<b>Junge Schnittbohnen</b> fadenfr. Zucht v. Hinrichs Ries. 2-Pfd.-Dose	<b>75</b>
<b>Berliner Allerlei</b> von getr. Erbsen mit Spargel. 2-Pfd.-Dose	<b>48</b>

Beachten Sie unser morgiges Angebot: Geburtstags-Verkauf!

## Allgemeines Arbeiter-Bildungs-Institut (Kunststelle)

**Alberthalle.** Sonntag, 23. März, vorm 11 Uhr: 7. (lehtes) **Sinfonie-Konzert.** Leitung: Hermann Scherchen. Ausführende: Das Leipziger Sinfonie-Orchester. Vortragsfolge: 1. Hindemith; Ouvertüre zur Oper Neues vom Tage. 2. Mahler: Wieder eines fahrenden Gefellen. 3. Verdi: Ouvertüre zur Oper Die italienische Weiber. 4. Beethoven: Sinfonie Nr. 3 (Eroica). Solist: José Alvarez (Berliner Staatsoper). Anrechtler 80 Wfa., Nichtanrechtler 120 Wfa. Jugendliche und Gewerksleute (nur gegen Ausweis) an der Kasse 40 Wfa.

**Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Ortsverein Leipzig** Tel. 19844, Geschäftsstelle: Leipzig, Gellertstraße 7/9

**Abteilung IV.** Sonntag, 23. März, ab 8 Uhr im Adler, öffentliches **Konzert und Ball.** Mitwirkende: Reichsbannerkapelle Leipzig; Kamerad Behrman, Tenorborn. Gäfte auch von auswärts herzlich willkommen. Eintritt 50 Wfa.

**Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Gau Leipzig** Tel. 19844 Geschäftsstelle: Leipzig, Gellertstraße 7/9.

**Zwönkau.** Sonnabend, 22. März, 20 Uhr, im Adler, öffentliches **Konzert und Ball.** Mitwirkende: Reichsbannerkapelle Leipzig; Kamerad Behrman, Tenorborn. Gäfte auch von auswärts herzlich willkommen. Eintritt 50 Wfa.

**STURMVOGEL** Flugverband der Werktätigen E. V. Gau Leipzig, Geschäftsstelle Gellertstr. 7/9, Aufgang D, III., Telefon 19844

**Ortsverein Leipzig.** Rundflüge Start Flughafen Leipzig-Motau bei Flugwetter nächsten Sonnabend ab 14 Uhr, Sonntag ab 10 Uhr. Flugheine u. Anteilheine in den Vorverkaufsstellen. **Ehemalige Flugzeugführer, Flugzeugkonstruktoren, Fischer, Schloier, Monteure und sonstige Handwerker** finden im Sturmvogel jederzeit Aufnahme und wenn erwünscht ehrenamtliche Betätigung. **Unsere Segelfluggruppen** suchen noch jugendliche, tätige Mitglieder **Zweiter öffentl. Vortragsabend** am 21. März, 20 Uhr, im Fellen-teller, 20 Winder, Berlin behandelt das Thema „Können Berufstätige als Sportflieger ausgebildet werden?“

**Bücherfreunde** decken ihren Bedarf an Partei-, wissenschaftlicher und Unterhaltungsliteratur entweder in der Zentrale oder in den Filialen der **Leipziger Buchdruckerei** 4 Abt. Buchhandlung, Teuchner Straße 102/1

**Hotel Rheingold-Festsäle**  
Eisenbahnstraße 191b — Besitzer: Paul Knöbel — Linien 2, 3, 4, 17 u. 23 — Telefon 60198  
Morgen der **Freitags-Ball** | Nächsten Sonntag ab 3 Uhr nachmittags Kaffee-Freihkonzert mit künstlerischen Darbietungen und Tanz — Ab 6 Uhr Ball  
Bundeskogelbahn Mittwochs und Sonnabends frei

**Bauernschänke?**  
Nikolaistraße 10  
bei Onkel Emil  
Stimmung / Gaudi / Humor

**Lindcar-Stunde**  
am Freitag, 21. März, im großen Festsaal des Volkshauses  
Erstklassiges Filmprogramm  
Musik durch modernen Großlautsprecher — Dazu **Große Verlosung**  
Gute Bücher der Büchergilde, Sparkarten der Arbeiterbank und ein **Lindcar-Fahrrad** — Beginn 20 Uhr  
Eintritt inkl. Los: **50 Pfg.**

**Battenberg**  
Motorradrennen zwischen wilden Bestien  
Vorverkauf: Meßamt, Althoff, Tageskasse ab 11-1 Uhr und ab 4-6 Uhr.  
Anfang abends 8 Uhr  
Telefon 13770  
**Grüne Schänke** Jeden Freitag Ball  
**Stadt Lützen** Freitag und Sonntag Ball

**Palmen-Garten**  
(Berühmtes Palmenhaus)  
Heute abend ab 8 Uhr im großen Festsaal **Vornehmer Gesellschafts-Ball**  
Tanzen frei — Abonnenten frei  
Morgen freier Tag

**K**

<b>Frisches Schweinefleisch</b>	<b>Frisches Rindfleisch</b>
Kotelett, kurz gehackt, mager gehalten . . . Pfd. <b>1.60</b>	Suppenfleisch . . . Pfd. <b>1.20</b>
Schnitzel . . . Pfd. <b>2.00</b>	Hohe Rippe . . . Pfd. <b>1.30</b>
Leber . . . Pfd. <b>2.00</b>	Bratenfleisch mit Knochen Pfd. <b>1.40</b>
Keule, Schulter . . . Pfd. <b>1.30</b>	Bratenfleisch ohne Knochen Pfd. <b>1.60</b>
Bauch, ohne Beilage . . . Pfd. <b>1.10</b>	Roastbeef mit Knochen . Pfd. <b>1.50</b>
Schwein-Gehacktes . . . Pfd. <b>1.60</b>	Roastbeef ohne Knochen Pfd. <b>1.70</b>
	Rouladen . . . Pfd. <b>1.60</b>
	Leber . . . Pfd. <b>1.80</b>
	<b>Weisfett</b> . . . Pfd. <b>1.20</b>
	<b>Griebenfett</b> . . Pfd. <b>1.20</b>
	<b>Zalg in Paketen</b> . . . 1/2-Pfund-Paket <b>0.25</b>

**Speck** . . . Pfd. **1.00**  
**Schmer und Fettes** . Pfd. **0.90**

**Konsumverein**  
Leipzig-Blagwitz und Umg., e. G. m. b. H.  
Abgabe nur an Mitglieder

**UT** **Hainstraße 19**  
Ab heute:  
**Die Woche des Lachens**  
mit dem lustigsten Film des Jahres!  
**Erstaufführung!**  
Täglich bis Sonnabend 4 Vorstellungen



**PAT & PATACHON**  
8 Akte zum Totlachen

**ALS MODEKÖNIGE**  
Einlaß 2.30, Beginn 3.00, 5.00, 6.30, 8.30  
**Jugendliche haben Zutritt**  
Kinder bis 3 Uhr halbe Preise

Sächsische Angelegenheiten

Auflösungsantrag und Ministerpräsidentenwahl

Dresden, 20. März (eigener Drahtbericht).

Der Aelterntag des Landtages hat heute beschlossen, am Dienstag, dem 25. März, den Auflösungsantrag der Kommunisten und die Wahl des Ministerpräsidenten auf die Tagesordnung des Landtages zu setzen.

Im übrigen hat Herr Blüher mit großer Kunst ausgerechnet, daß Herr Schick doch eine Mehrheit bekommen könnte, wenn wenigstens einer der beiden NSD-Beute für ihn stimmte und sich die Demokraten der Stimme enthielten.

Weber bezieht seine Prügel

Dresden, 19. März.

Herr Weber, Sächsischer Finanzminister aus der Wirtschaftspartei, hat sich bekanntlich sehr viel zugute getan auf den balancierten Etat, wobei er noch die Kühnheit hatte zu behaupten, daß im Etat die notwendigen Anforderungen an die sozialen Aufgaben des Staates Berücksichtigung gefunden hätten.

einem Koalitionsbruder auseinanderzieht. Was von der wirtschaftsparteilichen Fraktion und von Herrn Weber im besonderen mit verbissener Wit aufgenommen wurde.

Hartmannsdorfer Unruhen vor Gericht

Am 10. März, dem zweiten Verhandlungstag im Hartmannsdorfer Prozeß, beantragte zunächst die Verteidigung, die angeklagte Kommunistin Frau Knoth aus der Untersuchungshaft zu entlassen, da kein Mordverdacht vorliege.

Ladung von zwei weiteren Entlastungszeugen. Die dann im weiteren Verlauf vernommenen Zeugen sagten teils gegen, teils für die Angeklagten aus.

Auffeinerregender Tod eines Dresdner Journalisten

Der bekannte Dresdner Gerichtsberichterstatler Paul Reichling ist ganz plötzlich im Alter von 51 Jahren gestorben.

präsidiums zur Zeit vollkommener Ruhe. Die durch den Hieb herbeigeführte Verletzung scheint zur Komplikation eines schon vorhandenen Leidens und damit indirekt zum Tode geführt haben.

Zur gleichen Stunde, in der dieser an allen Unruhen völlig unbeteiligte bürgerliche Journalist mit dem Tode rang, rechtfertigte der Dresdner Polizeipräsident Kühn vor den Dresdner Pressevertretern das Verhalten der Polizei während der letzten Vorkommnisse.

Jittau. In der Badewanne erschossen. Im hiesigen Stadtbad hat sich der 71 Jahre alte Rentner Siebener aus Görlitz erschossen.

Das große Ereignis

Held's Serien-Tage advertisement with prices in circles: 25, 45, 95, 1.95, 2.95, 3.95

Die große Auslese aus 30 000 Gegenständen des täglichen Bedarfs wirkt faszinierend, zeigt jedem Käufer die überragende Leistung unseres Hauses. - Was sagt die Kundschaft: Helds sind nicht zu übertreffen!

Table listing various clothing items and their prices, such as 'Wachstuchreste 25', 'Hosenträger 45', 'Hemdenpassen 95', etc.

Advertisement for 'Die Kleider' (The Clothes) featuring the 'Held' logo and a list of clothing items with prices like 'Herrenhose 1.95', 'Diwanddecke 1.95', etc.

## Mägde

Sie sind die ersten, die am frühen Morgen  
Aus ihren Träumen in den Alltag schreiten.  
Und sind die letzten, die am späten Abend  
Mit müden Armen sich ihr Bett bereiten.

Die braunen Kühe kennen ihre Schritte,  
Als ob sie wüßten, daß der erste Gruß,  
Den sie dem jungen Tag entgegenbringen,  
An jedem Morgen ihnen gelten muß.

Dann kommen tausend andre Dinge  
Den braunen Händen noch entgegen;  
Doch eh' die Hände sie bewingen,  
Liegt schon der Abend auf den Wegen.

Sie sind die letzten, die am späten Abend  
Mit müden Händen sich ihr Bett bereiten,  
Und sind die ersten, die am frühen Morgen  
Aus ihren Träumen in den Alltag schreiten.

J. S. E. Büttner.

## Ehezeugnisse

Von Grete Herdegen.

Der Gedanke, von dem Heiratskandidaten vor der Ehe  
Iogenannte Ehezeugnisse zu verlangen, ist keineswegs neu  
und beschränkt sich auch nicht allein auf Deutschland. Auch in an-  
deren Ländern ist eine rege Propaganda für diese Ehezeugnisse im  
Gange, aber auch in ihnen beschränkt sich das Verlangen auf frei-  
willige Ausstellung dieses Attestes. Eine gesetzliche Vorschrift  
über seine Ausfertigung besteht noch nicht. Wohl gemerkt, es  
handelt sich dabei zunächst um ein ärztliches Attest, das einwilligen  
noch an Ansuchen eines oder beider Verlobten von der Ehe-  
beratungsstelle ausgestellt wird. Noch besteht kein gesetzlicher  
Zwang in dieser Hinsicht, doch ist nicht abzusehen, ob seine Ein-  
führung nicht eines Tages Tatsache wird. Dieses ärztliche Attest  
stellt allerdings in bezug auf Beurteilung und Erkennung von  
Krankheiten bei dem Verlobten so außergewöhnlich hohe und viel-  
seitige Ansprüche an ärztliches Können, Wissen und den Gebrauch  
aller modernen, diagnostischen Hilfsmittel, daß schon aus diesem  
Grunde und besonders dem letzten, mangels Fehlens geeigneter  
Untersuchungsstellen die gesetzliche Einführung der Ehezeugnisse  
unmöglich ist. Aber schließlich können bei weiterer Propagierung  
dieses an sich für vernünftigen Gedankens die erforderlichen  
Mittel vielleicht doch noch eines Tages zur Verfügung gestellt werden.  
Jedenfalls hat das preussische Wohlfahrtsministerium in  
einem Erlaß schon vor wenigen Jahren Grundzüge über die Ein-  
richtung der Eheberatungsstellen geschaffen, die sehr gut  
geeignet erscheinen, die gesetzlichen Grundlagen zu bilden.

Es wird darin einwilligen noch empfohlen, bei den Ehe-  
kandidaten durch Untersuchung und Befragung nach dem Zustand  
verschiedener Körperteile und Organe sowie nach dem Vorhanden-  
sein folgender Krankheiten zu suchen: Zustand des Gehirns, Rücken-  
mark und peripherischem Nervensystem; Geisteszustand; Epile-  
psie; Balaowische Krankheit. Bei den Atmungsorganen und den  
Organen des Kreislaufs; Verdauungsorgane und Geschlechts-  
organe; Stoffwechsellörungen; Diabetes; Gicht; Krankheiten des  
Blutes; Krankheiten der Haut; Krankheiten der Knochen und Ge-  
lenke; Ohrenleiden; Gebrauch von Alkohol, Morphium, Kokaïn  
und anderen Narkotika sowie von Schlafmitteln; Berufskrank-  
heiten. Außerdem wird empfohlen für jeden, der sich um ein Ehe-  
zeugnis bemüht, eine Stippvisitation anzulegen, in der krankhafte  
Erbanlagen des betreffenden Kandidaten und seiner Familie ver-  
merkt sind. Auf Grund der Untersuchung und der ermittelten  
Daten wird das Ehezeugnis ausgestellt, das weniger den Unter-  
suchungsbefund als das Gesamtergebnis enthält.

Eigenartig und interessant sind die Ansichten und weltanschau-  
lichen Meinungen, die aus den verschiedenen politischen und reli-  
giösen Lagern zu der Forderung nach dem Ehezeugnis geführt haben.  
Neben den völkischen Rassenpropheten, die auf diese Weise die  
Heraufzucht ihrer angeblich einzig wahren Edelrasse und die  
Ausfaltung aller Fremdstämmigen erwarten, sehen die näch-  
stern Realisten, die den Schutz vor Geschlechtskrank-  
heiten in der Ehe für beide Partner und die Kinder anstreben.  
Der Sozialhygieniker begnügt sich, festzustellen, daß ein solches  
Ehezeugnis zumindest in der Lage ist, das soziale Bewußsein zu  
schärfen und die Frage nach Gesundheit nicht nur aus rein per-  
sonlichen, sondern auch aus anderen Gesichtspunkten betrachten  
zu lassen. Selbstverständlich steht die rein eugenetische Betrachtung

weise, die von dem Standpunkt der Schaffung und Erhaltung einer  
gesunden Nachkommenschaft ausgeht, nicht an letzter Stelle. Wenn  
man auch nicht ohne weiteres den Standpunkt der Kirche ein-  
zunehmen braucht, für die eine Ehe nur dann Zweck hat, wenn sie  
Kinder zeugt, also der Fortpflanzung dient, so muß doch dem Ge-  
danken und dem Wunsche der Ehepartner Rechnung getragen werden,  
die in der Ehe mit Nachkommenschaft rechnen. Daß ihnen  
keine Enttäuschung bereitet wird, ist mit Aufgabe des Ehezeugnisses.  
So werden sich jedenfalls die Ehezeugnisse noch auf Ver-  
hütung von Schäden, besonders der Nachkommenschaft, für die  
Ehepartner und deren Nachkommenschaft beschränken müssen.  
Heraufzucht der Rasse und ähnliche Zuchttheorien dürften  
noch in der Ferne liegen.

## Aus dem Kreise unserer Leserinnen

Begehrter des Sozialismus auch im Krankenhaus.

Bürgerliche Vereine und irgendwelche Seiten versuchen nur  
zu oft, in Krankenanstalten mit Traktäthen, Chorälen und sonstigen  
Anstrengungen ihre Bestrebungen zu fördern. So wie es von die-  
ser Seite geschieht, für ihre Ideen Propaganda zu machen, ist es  
ein ebenso gutes Recht und ernsteste Pflicht unserer Genossinnen  
und Genossen, an jenen Orten und in jenen Kreisen für die Ideen  
des Sozialismus zu wirken.

Wenn Aufklärung immer mit Ruhe, Takt und Geschick geschieht,  
kann es auch den unfernen Ideen noch Fernstehenden nicht verfehlen.  
Mit etwas Kennerblick und Geschicklichkeit wird bald herausgefun-  
den werden, wo und bei welcher Gelegenheit aufklärend gewirkt  
werden kann.

Wer durch schwere und anhaltende Krankheit gezwungen ist,  
monatelang im Krankenhaus zuzubringen, wird als ausgeklärter  
Mensch vor allen Dingen versuchen, sich geistig nicht unterliegen  
zu lassen. Er wird dann auch einen festen und starken Willen zu  
seiner körperlichen Genesung zeigen. Glücklicherweise die Kranken oder  
Genesenden, denen es vergönnt ist, an den erwartungsvollen Be-  
suchteten Angehörige oder liebe Freunde begrüßen zu dürfen, die  
gute Literatur mitbringen. So bekam ich an einem solchen Besuchs-  
tage ein prächtiges Werk von Magnus Hirschfeld, eine Fundgrube,  
um aufklärend unter Frauen und Mädchen wirken zu können. Eine  
Fülle von Unterhaltungsstoff gab uns allein der „Paragraf 218“  
und die folgenden wichtigen Abschnitte: Frauenwerberarbeit, Be-  
weiserbewegung usw. Bald war unter den Patientinnen leb-  
haftes Interesse entstanden, berührten diese Fragen doch ihr In-  
nerstes aufs Tiefste. Wir lasen in einer Art von Arbeitsgemeinschaft,  
Fragen wurden gestellt und beantwortet. Sobald am Vormittag  
große Wüste vorüber war, Kräfte und Professorenschein verlassen  
und die Schwestern ihre Arbeit im Zimmer und an Patienten er-  
ledigt hatten, begannen unsere Lesestunden. Und wir hatten eine  
aufmerksame Hörerschaft, um das uns mancher Professor im Hör-  
saal hätte beneiden können. Bei unserer Arbeit übertrugte uns  
auch einmal der Stationsarzt. Er nahm Einblick in das Buch und  
erklärte seinen Inhalt als für uns viel zu schwer. Wie aus einem  
Munde erscholl es da aus allen Betten: „Nicht zu schwer, Herr  
Doktor, keine Abschnitte dabei, die uns nicht reiche Belehrungen  
geben!“

Außerordentliche Freude wurde uns eines Tages zuteil, als  
eine liebe Genossin aus Wien ein großes Paket aufklärender Schrif-  
ten sandte. Darunter die kleinen, wertvollen Groschenbüchlein.  
Die geeignetsten lasen wir wieder in Arbeitsgemeinschaft zusam-  
men. Auf diese Weise konnte bestes Verständnis und reichste Auf-  
klärung gegeben werden.

Nachdem es sich in den anliegenden Zimmern von unseren  
Leistung und unserem Bücherreichtum herum. Unsere Groschen-  
büchlein waren bald vergriffen und auch an andere Zimmer ver-  
geben. Gern gab man die Büchlein ab. Stets wurden sie freudig  
und mit großem Dank zurückgebracht.

Mit der Zeitschrift „Die Genossin“ ging es ebenso. Auch da  
wertvolles Material, um aufklärend wirken zu können. Wir schnel-  
ten die Stunden herbei, wo unsere Parteizeitung gebracht und  
unsere Vorlesungen über „Tagesereignisse“ beginnen konnten.

Ein großes Stück Aufklärung kann durch sehr wichtige Klein-  
arbeit gegeben, kann mit hinausgenommen und im Alltagsleben  
verwendet werden. Gelegenheit bietet sich überall reichlich genug.  
Der geistige Austausch hilft Leidenden leichter über Schmerzen und  
Sorgen hinweg.

Diese Art aufklärender Arbeit ist aber nur möglich, wo nicht  
überfrankte im Zimmer sind und wo verständnisvolle Schwestern  
sich in das Seelenleben des Kranken einzufühlen vermögen. Unter  
diesen Voraussetzungen aber sollten unsere Genossinnen und Ge-  
nossen, wo immer nur möglich, für die Ideen des Sozialismus  
wirken.

Loni Frenzel.

## Aus der Frauenbewegung

Zehn Jahre Schwedische Frauenorganisation. Der 10. Jahres-  
tag der Gründung der sozialdemokratischen Frauenorganisation  
in Schweden wurde am 15. Februar gefeiert. In einem Inter-  
view, das die Vorsitzende, Genossin Signe Behmann, einem  
Mitarbeiter des „Sozial-Demokraten“ (Stockholm) gewährte, ver-  
wies sie auf das ständige Wachstum dieser Organisation. Es  
gibt jetzt 230 Frauenklubs, die auf 21 Provinzorganisationen  
verteilt sind. Die Zahl der Mitglieder dieser Organisation allein,  
die bei weitem nicht alle weiblichen Mitglieder der Sozialdemo-  
kratischen Partei umfaßt, beträgt jetzt 6500. Bei den Feiern,  
die in Stockholm und anderen Orten stattfanden, wurde auch des  
Umstandes gedacht, daß es 25 Jahre her ist, seit unter der  
Leitung von Anna Sterky das Blatt der weiblichen sozial-  
demokratischen Frauen, „Morgensbris“ („Morgenbrise“), ge-  
gründet wurde. Vor 25 Jahren wurde diese Zeitschrift begonnen  
mit einem Artikel der Verkünderin der weiblichen Persönlich-  
keit, Ellen Key. Heute konnte Gustav Möller, der Sekretär  
der Schwedischen Sozialdemokratischen Partei, in einer mit Doku-  
menten sorgfältig belegten Ausstellung zeigen, wie die Reihen  
der Sozialdemokratischen Partei und besonders  
ihrer Wählerzahl mehr als die irgendeiner andern Partei  
Schwedens von den Frauen der Arbeiterklasse aufge-  
füllt werden, und daß diese Frauen auch in einem Maße  
an der Bewegung teilnehmen, das unter den Frauen anderer  
Klassen einfach unbekannt ist.

Britische Frauenkonferenz. Die Frauen der britischen Ar-  
beiterpartei berufen ihre diesjährige Frauenkonferenz für den  
3., 4. und 5. Juni nach London ein. Für den letzten Tag ist auch  
eine große Demonstrationssammlung in der Albert-Hall, dem  
größten Saal Europas, der 10000 Personen faßt, in Aussicht  
genommen. Unter den Fragen, mit denen sich die Konferenz be-  
schäftigen wird, finden wir: „Gleichen Lohn für gleiche  
Arbeit“, ferner: „Der erste Schritt zu einem Haus-  
gehilfengesetz“. Die Konferenz und die anschließende De-  
monstrationssammlung werden der Auftakt zum „Frauen-  
monat“ sein, der besonderen Werbefeldzüge für die Partei,  
gleich dem „Frauentag“ in anderen Ländern. Auch die Frage  
der weiblichen Parlamentskandidatinnen, ins-  
besondere die Kandidatur von Arbeiterinnen, wird die Konfe-  
renz beschäftigen.

Internationales Frauenkomitee. Das schwedische Mitglied,  
Genossin Nellie Thüring, ist aus dem Internationalen  
Frauenkomitee der Sozialistischen Arbeiter-Internationale aus-  
getreten. In ihrer Stelle wurde von den schwedischen Genossinnen  
Genossin Sigrid Gillner Ringen (Korrböpping) ent-  
sandt. Die andere schwedische Vertreterin im Internationalen  
Frauenkomitee, Genossin Signe Behmann (Stockholm) behält ihr  
Mandat.

Holländische Frauenjahreskonferenz. Der Bund der Frauen-  
klubs, das ist die Organisation der holländischen Sozialdemo-  
kratischen Frauen, wird seine diesjährige Jahreskonferenz am 5. und  
6. April in Zwolle abhalten. Außer den organisatorischen Fragen  
steht auf der Tagesordnung das Thema: Berufsarbeit und  
Berufsausbildung der jungen Mädchen.

Die belgischen Genossinnen verankerten im April eine  
Berberwoche für ihre Zeitung „La Voix de la Femme“ („Die  
Frauenstimme“), als deren Krönung am letzten Tage der  
„Frauentag“ stattfindet mit der Parole: „Damit die Frauen  
lesen...“

Im Warenhaus. Da ist ein Stand hart umdrängt. Kein  
Plätzchen frei für einen neu Hinzukommenden. Was wird ver-  
kauft? Man sollte es nicht für möglich halten: Tand und Jeraat,  
billige und billigster Schmuck. Fast durchweg sind es Frauen,  
die sich um den Schmuck drängen. Von 20 Pfennig an, Ketten und  
Perlen. So groß ist der Andrang, daß die Ware wie reichend ab-  
geht. Einige Tage lang sah ich mir stets im Vorbeigehen diesen  
Stand an. Die neue Ware wurde in riesigen Körben herbei-  
geschafft. Billige Freude kommt aus diesem Tand, und doch ist  
die Sache volkswirtschaftlich nicht unbedeutend. Da mögen täglich  
tausend Mark draufgehen für glitzenden, kindlichen Schmuck. Und  
jede kauft nur im Vorbeigehen. Eigentlich wollte sie Strümpfe  
oder Wäsche. Aber der Schmuck lockte. Und er kostete nur  
50 Pfennig.

## Eine Frau allein

Von Agnes Smedien.

47)

Copyright by Wuhoclag Frankfurt Societätsdruckerei G. m. b. H.,  
Frankfurt a. M.

Nachdem Beatrice ein Jahr bei mir war, bot sich mir die Mög-  
lichkeit, an der Universität von Kalifornien zu studieren, leider nur  
für eine kurze kostbare Zeit — drei Sommermonate. Ernest schrieb,  
daß er uns dort treffen werde.

Als der Sommer gekommen war, betrat Beatrice und ich  
zum erstenmal durch die großen eisernen Tore den Campus der  
Universität. Es war mir dabei ganz seltsam zumute, als ob ich  
träumte und sich das alles in einem Märchen vollzog, daß ich jetzt  
wirklich nach so vielen Jahren der Entbehrung und der Qual  
Studentin an einer Universität war.

Als ich die Karte in Händen hielt, die mir die Berechtigung,  
hier zu studieren, bescheinigte, wurde mir plötzlich ganz schwarz, —  
es war mir, als müßte ich weinen. Beatrice, die nur als Gast-  
hörerin zugelassen wurde, warf mir einen verständnisvollen und  
ablenkenden Blick zu.

Durch die Menge junger Männer und Frauen schritten wir  
dem Fichtenwald zu, um uns das Freilicht-Theater anzusehen, das  
still und verlassen dalag. Nur die Bäume sauzten leise, wie von  
heimlicher Unruhe erfüllt. Die Einsamkeit des Ortes aber ließ  
mein Herz nur noch heftiger und aufgeregter klopfen und den  
Gedanken an George nur um so quälender empfinden... Vielleicht  
wäre es doch möglich sein, im nächsten Jahr genug Geld zu ver-  
dienen, um ihn kommen zu lassen. Die quälende Unruhe in mir  
konnte ich jedoch nicht mit Beatrice teilen, denn wenn ihr ständiges  
Schweigen auch Gefühle überdecken mochte, so konnte ich deren  
Natur nicht erraten. In den folgenden Wochen arbeiteten wir  
beide mit solcher Anspannung, daß wir uns kaum sahen. Die Zeit  
schien mir auf den Fersen zu sein, aber stets wurden neue Ener-  
gien in mir frei und trieben mich vor- und aufwärts. Ernest kam  
und zog in unsere gemeinsame Wohnung. Von der eindruckenden  
Atmosphäre der Schule befreit, von der schweren Arbeit erlöst, die  
mich niedergedrückt hatte, kam ich mir fast wie neugeboren vor.

Aber wenn auch diese neue Umgebung leichter und sympa-  
thischer war, so blieben Konflikte doch nicht aus. Vor allem  
schwebte ständig wie ein Raubvogel die Furcht über mir, schwanger  
zu werden. Auch in der Universität ergaben sich Konflikte, Zu-  
sammenstöße mit Studenten, deren Geist und Anschauungen meine  
stärkste Ablehnung wachriefen. So behauptete einer der Studenten  
in einer Diskussionsstunde über Anthropologie, daß die Inferiori-  
tät der Neger wissenschaftlich beweisbar sei. Neger seien von Natur

aus inferiore Menschen, um das zu wissen, brauche man sie nur  
anzusehen.

Hinter ihm leuchtete das Gesicht eines schmalen dunklen Man-  
nes aus Indien; ein Negermädchen sah nicht weit von mir, und im  
hinteren Teil des Raumes befand sich ein amerikanischer Indianer.  
Voller Empörung sprang ich auf und forderte von dem Studenten  
den Beweis seiner Behauptung. Der Professor, der solche Streitig-  
keiten, die die Diskussion belebten, amüsiert und interessant fand,  
hörte zu, ohne zu unterbrechen.

„Würden Sie etwa einen Neger heiraten?“ fragte der Student.  
„Ich heirate immer noch lieber einen Neger als einige Weiße,  
die ich kenne,“ war meine späte Antwort.

Meine Arbeit an der Universität hatte so herrlich begonnen...  
als mich wieder jeden Morgen Uebelkeit und Schwindel packten.  
Der Schatten dunkler Flügel verdunkelte öfter und öfter mein  
Bewußtsein. Es schien mir so im tiefsten ungerecht zu sein, daß die  
Frau allein diese Last zu tragen hat, während die Männer heiter  
und froh von solchen Kängeln unberührt in den Tag hineinleben  
können.

Die Verzweiflung ließ mich nach einem Ausweg, nach einer  
Möglichkeit suchen, niemals wieder ein Opfer solcher Qualen und  
Mangels zu werden. Vielleicht könnte man so operiert werden, daß  
man niemals wieder ein Kind bekommt. Ernest war dagegen...  
Das wirkte sich auf den Verstand aus, meinte er. Mir schien das  
noch besser zu sein als dieser dauernde Kampf und diese stete Furcht.  
Kein Arzt wollte helfen — es sei gegen das Gesetz, sagten sie. Ich  
nahm ab, alle Arbeit wurde mir zur Last. Wieder begann ich,  
Ernest böse und quälende Worte zu sagen — als ob er, den diese  
Tage so bleich und elend hatten werden lassen, dafür mehr ver-  
antwortlich gewesen wäre als ich.

Endlich erfuhr ich die Adresse eines Arztes, der sich mit  
solchen geheimen Operationen abgab. Trotz der Sorgen, die sich  
Ernest um mich machte, suchten wir ihn auf. Seine Ordinations-  
räume befanden sich in einer vornehmen, breiten Straße San  
Franciscos, wo — wie ich jetzt weiß — viele Männer dieser Art  
ihren Geschäften nachgehen und dabei ein Vermögen verdienen. In  
einem Empfangsraum, der mit vielen Frauen — achtbaren  
Frauen, jüngeren und älteren, verheirateten und unverheira-  
teten — voll besetzt war, warteten wir zwei Stunden lang, und  
währenddessen betrachtete ich die Wartenden. Es fiel mir auf, daß  
nur gut angezogene Frauen sich dort befanden — natürlich nur  
Frauen mit Geld können sich eine solche Operation leisten. Un-  
gefähr alle fünfzehn Minuten wurde eine hereingerufen, während  
sich dauernd die Tür zum Wartezimmer öffnete und hinter den  
Neuankommenden schloß. Voller Unruhe rückte ich immer dichter an  
Ernest heran und umklammerte seine Hand.

Schließlich kam ich an die Reihe. Wir wurden in ein Zimmer  
hineingeführt, in dem sich ein Operationstisch und eine Unmasse  
dunkler Flaschen mit Medikamenten befand. Ein fader, Uebel-  
keit erregender Geruch lagerte über allem. Der Arzt war ein  
kleiner Mann mit einem schwarzen Bart. Die Schwester stand  
breit und schwer neben ihm.

„Bitte fünfzig Dollar, und die Sache ist in zehn Minuten er-  
ledigt,“ sagte der Arzt mit dem gewinnenden Lächeln eines viel-  
beschäftigten Vertäufers.

Gott, wie mich die Heimlichkeit und Scham, die alles durch-  
drangen, krank machten, — dieses auf weichen Sohlen herum-  
schleichen, diese dauernd wiederholte Bitte, ich solle mich ruhig  
verhalten.

„Aber wollen Sie mir nicht Chloroform oder irgend etwas  
geben?“

„Nein, das ist nicht notwendig.“

Ernest wurde aus dem Zimmer geführt und ich auf den Opera-  
tionstisch gelegt. „Ich kann Schmerzen nicht ertragen... Bitte  
geben Sie mir etwas.“

Die Schwester brachte in einer Schale eine dunkle Flüssigkeit.  
Die machte mich todtank. Ein entsetzlicher Schmerz sprang in mir  
auf, ein dumpfer, tödlicher, pressender Schmerz, als ob man mit  
alles Leben aus dem Körper heraustreiben wollte, ein lauter Schrei  
entquoll meinem Munde. Im gleichen Augenblick presste die  
Schwester mit einer ihrer Hände über den Mund und drückte mich  
mit ihren starken Armen gegen den Tisch.

„Halten Sie doch den Mund!“ schrie sie mich an, „oder wollen  
Sie uns vielleicht die Polizei auf den Hals hehen!“

Der Schmerz riß meinen Körper wie in Stücke, ich glaubte,  
mein Ende sei gekommen, denn der Doktor hörte nicht auf, in mir  
zu wühlen und zu tragen. Ich begann zu röcheln, und während die  
Schwester ihre Hand zurückzog, ergoß sich die ganze Medizin, die  
ich geschluckt hatte, auf den Boden. Der Arzt fluchte.

„Können Sie sich denn nicht zusammennemen!“ schreute er  
mich brutal an. „Wissen Sie nicht, daß das alles genau den gleichen  
Weg herauskommen muß, wie es hineingekommen ist!“

Seine Worte warfen mich in einen Abgrund von Schmutz und  
Gemeinheit. Ich presste meine Hände in Scham und tödlichen  
Schmerz zusammen und versuchte mit aller Kraft, mein Stöhnen  
zu unterdrücken. Ein Gefühl des Schwindels kroch durch mein  
Hirn... die tödlichen Schmerzen brannten weiter und weiter...  
das Zerren wollte nicht aufhören... das gesegnete Dunkel kam  
näher und näher... Die Arme fielen und hingen schlaff... dies...  
vielleicht das Ende... bevor ich noch verstanden hatte... Licht.  
Und wieder Dunkelheit.

(Fortsetzung folgt.)

## Erziehungsbankrott

### Ein Vater „verteidigt“ seinen Sohn

z. Auf der Anklagebank sitzt ein kaum 18-jähriger junger Mensch. Auf seiner letzten Arbeitsstelle hat er einen verschlossenen Schrank aufgerissen und ein paar Schuhe an sich genommen. Verbrechen nach § 242 und 243.

Nach der Schulentlassung sollte der Junge das Fleischerhandwerk lernen. Das entsprach mehr dem Wunsch des Vaters, denn der Lehrling hielt es nicht lange aus. Bei Vätern und Fleischern ist oft der alte Jungesbrauch noch üblich, daß der Lehrling im Haushalt des Meisters wohnen muß, um dort das Mädchen für alles zu spielen. Nach Verlassen der Lehrstelle arbeitet er ein halbes Jahr in einem Steinbruch und ebensolange als Kohlenarbeiter. Arbeitslos geworden und ohne Anrecht auf Erwerbslosenunterstützung, findet er Beschäftigung bei einem Viehhändler. Die Arbeit erfordert festes Schuhwerk, der Junge hat aber nur ein paar abgeriffene Halbschuhe. Er nimmt, da er ohne Geldmittel ist, die festen Schuhe eines Kollegen und begeht dadurch ein Verbrechen, das mit Zuchthaus geahndet wird.

Der Angeklagte ist in vollem Umfange geständig und erleichtert Richter und Staatsanwalt die Arbeit. Als Verteidiger hat der Vater des Jungen neben ihm Platz genommen. Seine Verteidigungsrede ist ein typisches Beispiel dafür, wie manche Eltern die Erziehung ihrer Kinder auffassen. Sie lei daher sinngemäß wiedergegeben. Ich kann mit dem Jungen nichts erzielen. Ich habe ihn sehr streng erzogen und wollte einen guten Menschen aus ihm machen. Weil er nicht auslernte und alles Geld, was er in die Finger bekam, verlor, habe ich ihn in die Kohlengrube gesteckt. Hier mußte ich das verdiente Geld immer selbst abholen, weil der Tuntschuh sonst nicht einmal Kostgeld bezahlt hätte. Ich wünschte, daß der Lump eine längere Gefängnisstrafe bekäme und wenn er die abgeessen hat, unter Polizeiaufsicht bei einem Bauern arbeiten müßte. Ich nehme den Bagabunden nicht mehr in mein Haus auf.

Der Richter muß den „Verteidiger“ um Mäßigung in seinen Ausdrücken ersuchen. Der Junge sieht seinen Erzeuger mit einem Blick an, in dem instinktiver Haß gegen seinen Peiniger lauert. Der Staatsanwalt kann sich den Worten des „Verteidigers“ anschließen. Der junge Mensch wird zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Da kein Schaden entstanden ist, werden mildernde Umstände gegeben und die Unteruchungshaft angerechnet. Das Urteil selbst weit hinter dem Antrag des „Verteidigers“ zurück.

Der Vater, dieses „Musterbeispiel“ eines Erziehers wird es sicher bedauern, daß die alte Zucht und Sittlichkeit nicht mehr da ist, daß die Prügelstrafe abgeschafft und die Korrektionsanstalten verschwunden sind. Sein einziger Hoffnungsanker ist die Arbeit auf dem Lande unter Polizeiaufsicht. Bei solchen Erziehungsmethoden braucht man sich über die erzielten Resultate nicht zu wundern.

Montagabend, Sonnabend, den 22. März, spricht Johannesgasse 4 Herr Krimpe über das Thema: „Masse und Führer.“ Aussprache frei! Gäste willkommen!

## Spil, Sport, Körperpflege

### Schwimmen ist gesund

Das Schwimmen gilt als eine der gesündesten Leibesübungen, und doch ist Schwimmen kein allgemein verbreiteter Sport. Es fehlt an Hallen, und der Preis für das Schwimmbad ist meistens zu hoch.

Da liegen uns Zahlen über die Badeverhältnisse in deutschen Städten im Jahre 1928 vor, und aus ihnen ist auch zu ersehen, wieviel Schwimmer im Durchschnitt auf 1 Quadratmeter Wasserfläche kamen. Das sind in deutschen Städten 948. Im Mittel wurde also im Jahre 1 Quadratmeter Wasserfläche in Anstalten von 948 Schwimmern benutzt. Eine Zahl, die zeigt, daß das Schwimmen in den Anstalten noch nicht genügend gepflegt wird.

Es ist nur ein bestimmter Kreis, der für das Schwimmbad in Betracht kommt. Für große Massen existieren Schwimmbäder nicht. Das kommt einmal von der geringen Zahl der Schwimmbäder. Nicht nur, daß viele Orte überhaupt noch kein Schwimmbad kennen; in den Städten, die Schwimmbäder haben, kommt das Schwimmbad nach den Erfahrungen praktisch nur für die Bevölkerung in Betracht, die im Umkreise von 1 bis 1½ Kilometer um die Badeanstalt wohnt. So existiert ein Schwimmbad für weite Teile der Bevölkerung nicht.

Aber dann ist das Schwimmbad auch zu teuer. Der Preis für ein Schwimmbad beträgt z. B. in Breslau, Dresden, Göttingen, Hannover, Koblenz und Köln 60 Pfennig, und in vielen Städten hat der Schwimmer immer noch seine 50 Pfennig zu zahlen, so in Aachen, Bochum, Bremen, Dulsburg, Chemnitz, Dortmund, Halle, Heidelberg, Krefeld, Leipzig, Mannheim, Plauen, Zwickau und anderen Städten. Warum sollte der Preis von 30 Pfennig, den Hamburg verlangt, nicht auch anderwärts möglich sein? Kommt auch Hildesheim damit aus. Und Wabern verlangt gar nur 25 Pfennig, 40, 50 und gar 60 Pfennig sind Preise, die das Schwimmen in dieser Zeit großer sozialer Nöte nicht populär zu machen imstande sind.

Nur rund 10 Prozent der deutschen Bevölkerung sind heute des Schwimmens kundig. Eine äußerst niedrige Zahl. Aber wenn auch nur diese 10 Prozent der Bevölkerung regelmäßig schwimmen würden; die Badeanstalten wären regelmäßig überfüllt. Aber wo ist das der Fall?

Und 20 Städte über 50 000 Einwohner hatten nach dem Städtejahrbuch 1926 überhaupt noch kein Hallenbassin. Und in den Städten unter 10 000 Einwohnern haben nur 2 Städte Hallenbäder. Und in den großen Städten müssen ermüdete Menschen nach der Arbeit oft eine halbe bis eine Stunde gehen und fahren, um von ihrer Wohnung zum Schwimmbade zu gelangen. So hat das Schwimmen noch nicht die Bedeutung erlangt, die es haben müßte.

### Der Lauf durch den Wald

Der Waldlauf ist auf keinen Fall mit einem Langstreckenlauf auf der Altbahn zu vergleichen. Bahnlaufen erfordert gute Vorbereitung, vor allem aber Willenkraft und Energie. Die meisten Sportler, zumal die Anfänger, verlassen oft auf der Bahn, weil durch das Kunde-um-Kunde-Laufen sie moralisch nicht in der Lage sind, durchzuhalten; denn je größer der Abstand von der Spitzengruppe wird, um so weniger Reiz übt der Lauf auf sie aus. Wenn dann zuletzt gar noch das Uebermüden losgeht, dann ist es ganz „alle“. Lustlos und stumpfsinnig mühen sich da viele ab, und geben zuletzt doch noch auf. Da kann natürlich nicht von Lust und Freude die Rede sein.

Ganz anders ist es dagegen bei einem Lauf durch den Wald, vorausgesetzt, daß man den Wettkampfdanken ausschaltet und falschen Ehrgeiz zu Hause läßt. Niemals wird da Anlauf und Stumpfheit auskommen, auch wenn der bessere Läufer, seinem Drange folgend, nach und nach von der Bildfläche verschwindet. Der Wald bietet so viel Ablenkung, daß ein solcher Lauf immer ein Erlebnis ist. Die Abwechslung, einmal frisches grünes Laub, einmal dunkler Nadelwald da im Sturm einen Sandhügel hinunter, dort eine Anhöhe auf allen Vieren hinaufzusteigen, im Tale hurtig einen Sprung über ein Waldbächlein und nun gar noch ein Hindernis überwinden, das macht Laune. Der Gesang der Waldvögel, der weiche, dumpfdröhnende Boden, der mit Nadeln und Moos bedeckt, wie ein Teppich anmutet, und zuletzt die würzige, reine Waldluft, bringen den Höhepunkt des Genusses. Der Waldlauf hat die angenehme Eigenschaft, keine Langeweile aufkommen zu lassen, sondern ist für jeden eine Erholung und Kräftigung des Körpers und der Nerven.

Darum sei allen Genossen und Genossinnen zugerufen: Her aus zum Waldlauf! Für die Sportler, die immer nur kurze Strecken laufen oder nur Stoßen und Springen, ist es ein besonders gutes Training. Ganz besonders aber gilt dieser Ruf den Hand- und Fußballspielern, Turnern und Schwimmern. Nicht nur die Leichtathleten sollen künftig Waldläufe allein veranstalten, sondern alle Sparten vereint müssen zur Stelle sein.

Die Gruppen und Bezirke sind jetzt im Begriff, die Vorarbeiten zu erledigen; es wird da allen weitestgehend Rechnung getragen. Macht einen Versuch, ihr werdet es bestimmt nicht bereuen.

### Eingelaufene Schriften.

Emil Ludwig, Michelangelo. Ernst-Kornadt-Verlag, Berlin W. 50.  
Dr. Stommel, Der Idealismus neuer Menschen. Selbstverlag Düsseldorf, Kosenstraße 6.  
Joh. London, Das Kondrat. Erstes und zweites Buch. Drittes Buch. Bücher- und Güterberg.

## Freie Turnerschaft Großsch. G. V.

Am Sonnabend, dem 20. März 1930, 20 Uhr, im Turnersheim  
**Außerordentliche Hauptversammlung.**  
Tagesordnung: 1. Sachungs-Berichtungen, betrifft § 16 der Satzung. 2. Bericht von der Buchkontrolle. 3. Bericht vom Bezirksrat. 4. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

## Gewerkschaftliche Anzeigen

Ortsausschuß des V. D. G. V. Leipzig  
Volkshaus, Zeiger Straße 32, Fernruf 340 21

### Deutscher Bauwerksbund, Bauwerkschaft Leipzig

#### Gruppenversammlung:

Gräfer Sonnabend, den 22. März, 19 Uhr, im Volkshaus.  
Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.  
Zahlreichen Besuch erwartet. Die Leitung.

## MORGEN ERÖFFNUNG

meines neuen

### Spezial-Möbelhauses

in Leipzig A 26, Hallische Straße 272

(Straßenbahn 10 und 29, Haltestelle Loshinstraße)

Ausstellung in vier Geschossen / Besichtigung ohne Kaufzwang / Eröffnungspreise

Möbelhaus Paul Roschitzki Tel. 51818

### Stellenangebote

Tüchtige Masch.-Zurichter werden sofort eingestellt  
Rauchwar.-Zuricht. Lipsia G. m. b. H.  
Leipzig W 33, Gemeindeamtstraße 7/9

### Reformbetten

von 19.- Mark an  
Drellauflagen Patent-Matratzen  
von 24.- Mk. an von 13.50 Mk. an  
Rot-Unterbetten Chaiselongues  
von 8.- Mk. an von 45.- Mk. an  
Eventuell Teilzahlung  
Enke, Thomasstraße 11.

### Monats-Garderoben

v. erst. Schneid. nearb. Anzüge, Paletots  
Krawatten und Smoking  
kauft man loostbill.  
im Etagenmodell  
Menasse Bindefeld  
Hainstraße 15, I.

### Vorleih-Inn Hut

Sonnab. v. 127 geöff.  
Ein- u. Verkauf-Gesch.

### Auf Kredit Sojas Chaiselong. Scherbel

Markt 2 (Rathausseite)

### Kinderbetten

von 18.- an  
Enorme Auswahl  
Teilzahl. gekantet.  
Thomasstraße 11.

### Garderobe

Maßarbeit \*  
neu, neuwertig, alt, sehr bill. Wert.  
Frack, Gahrock u. Smoking-Anzüge  
zu bill. vertehen  
Salomon Friedmann  
Hansstädter Steinweg 13, I.  
Ein- u. Berl.-Bekd.

# SO BILDIG

können Sie heute wieder  
in unserer Lebensmittel-  
Abteilung einkaufen,  
deshalb zu

# LEBENSMITTEL

Weizenmehl . . . . .	Pfund 19
Kaiserauszugmehl . . . . .	Pfund 21
Viktoria-Erbsen . . . . .	Pfund 21
Sauerkraut . . . . .	3 Pfund 25
Karollen gewürfelt . . . . .	2-Pfund-Dose 32
Kunsthonig . . . . .	Pfund 32
Sultaninen . . . . .	Pfund 38
Zitronen . . . . .	10 Stück 38
Frankfurter Würste . . . . .	Paar 40
Apfelsinen . . . . .	10 Stück 42
Schweine-Kleinfleisch in Gelee . . . . .	1 Pfund 48
Fischfilet bratfertig . . . . .	Pfund 48
Gekochter Schinken . . . . .	¼ Pfund 50
Kokosjell . . . . .	1-Pfund-Tafel 50
Karollen gewürfelt . . . . .	4-Pfund-Dose 50
Kakao-Pulver garantiert rein . . . . .	Pfund 62
Amerikanisches Schmalz . . . . .	Pfund 65
Ostsee-Heringe i. verschied. Saucen 1-Pfd.-Dose . . . . .	65
Dürkheimer Rotwein . . . . .	1 Liter 75
Molkereibutter . . . . .	½ Pfund 78
Gefrier-Mastgänse . . . . .	Pfund 84
Dänischer Schweizerkäse ¼ fett . . . . .	Pfund 95
Voll-Heringe nur milchner . . . . .	10 Stück 95
Suppenhühner . . . . .	Pfund 1.15 95
Diamantmehl . . . . .	5-Pfund-Beutel 1.45
Salamiwurst . . . . .	1 Pfund 1.58

Fettes zum Ausbraten . . . . .	Pfund 90
Schweinebauch mager . . . . .	Pfund 1.05
Schweinskeule . . . . .	Pfund 1.25
Schweinskamm . . . . .	Pfund 1.38
Rindsgulasch . . . . .	Pfund 1.05

# ALTHOFF

### Pawluschkas Laufbahn

Von Lydia Seifullina.

Ach, was für ein Frost! Wie klein du dich auch machst — dringt er doch bis in die Knochen. Was du dir da angezogen hast, ist schon ganz schlecht: Mutters Jacke ist schon voller Löcher. Der magere Hals liegt ganz frei und ist von der Kälte schon blaurot geworden; die Füße kriechen aus den Schuhtretern. Nicht erfroren sind nur die großen, vor Schmerz stumpf gewordenen Augen, die hilflos auf das weiße Bahnhofsgebäude blicken. Eine Menge Menschen läuft da hin und her, aber keiner ist zu sehen, mit dem man andäunten könnte. In der lärmenden, geschäftig hin und her eilenden Menge bleibt die kleine Gestalt ganz einsam.

„Ist er angekommen oder noch nicht?“  
Sibirien ist ja groß. Er war in Tscheljabinsk ausgeflogen, in Omsk herumgehend. Aber es ging wie gut aus. Am ärgsten war es, daß nirgends Platz war, und Pawluschka war schüchtern. In Tscheljabinsk, neben dem Volksaufklärungsamt hatten ihn die Augen verprügelt, ihm das Wenige, das er sich erspart hatte, weggenommen. So ging er wieder zur Bahn.

Er fuhr im Waggon, er fuhr auf der Plattform, fuhr auch im Abort (die Luft ist ja schwer, aber doch — warm), er fuhr auch in einer Kiste unter dem Waggon. In Omsk bekam er eine neue Tracht Brägel. Ja, aber da hatte er die einigermäßen verdient — er hatte einer Frau aus dem Gepäck Kuchen gestohlen. Und dabei schien sie so freundlich zu sein, immer hatte sie an ihn Fragen gestellt, während er sich um sie herumtrieb.

„Wohin fährst du? Wo bist du geboren?“  
Und mittelbig tat sie: „Du“, sagte sie, „geh zum Volksaufklärungsamt, zur Kinderfürsorge. Sie sind dort verpflichtet... Wie kann man denn?“ ... Zerlumpt, hungrig...  
„Kein Platz“, jammerte Pawluschka.

Sie begann zu essen. Sie wandte sich um, und Pawluschka schnappte einen Kuchen aus dem Korbe.

Sie bemerkte es. Ach, wie sie zu schreien begann. Na, und so gab es Brägel. Also — mußte er weiterfahren.

„War er jetzt angekommen? Immer noch nicht?“  
Pawluschka steht auf dem Bahnsteig. Man stößt ihn — er drückt sich zur Seite. Läuft eine Weile, bleibt dann wieder stehen. Ach, er möchte essen! Gestern hat er gegessen. Man hat ihm Almosen gegeben. Zu fehlen fürchtet er sich; man prügelt schrecklich, und die Knochen tun einem ohnedies schon weh genug.

Der Frost peinigt. Die Augen sind nicht erfroren, sie weinen. Die Kälte treibt die Tränen heraus, auch Schüttelfrost setzt ein. Man muß in die Stadt.

„Wen könnte man nach dem Wege fragen?“  
Der da scheint nicht böse zu sein. Hat auch ein gestiftetes Zeug am Leib.

„Onkelchen, wie komme ich in die Stadt?“  
„Was willst du in der Stadt? Was hast du dort verloren? Solche, wie dich, gibt es auch so genug.“

Von oben herab blicken den sich klein machenden Jungen lachende Augen an. Ein bißchen ermuntert, beginnt Pawluschka in gewohnter Weise zu lägen:

„Einen Bruder habe ich da. Er ist Geschäftsdienner hier.“  
„Du lägst, Bütschlein! Wo ist er Geschäftsdienner?“  
„Na, in diesem... na, wie heißt's... in der Tscheka“, sagt er das nächste ihm auf die Zunge kommende leichte Wort.

Der Onkel mit den Fäden am Leibe lacht:  
„Schau, wie bumm du dir das ausgebackt hast! Lauf nur zu, du Lump... Irgendwo wirst du schon hingeraten. In die Tscheka oder sonstwohin... Geh hinter den Bahnhof...“

Er wies dem Jungen den Weg. Lachte dazu, aber in den Augen stand Mitleid.

„Ach, du Tscheka! ... Berreden wirst du Spählein... Lauf nur... Du hast...“  
Er nahm aus der Tasche ein Stück Brot und steckte es Pawluschka in die Hand. In der Faust hielt er das gefrorene Brot. Im Lauf blick er gierig ab. Also hier hatte er ein mitleidiges Herz getroffen.

Es dunkelt. Von der Stadt ist nichts, Schlechtes zu sagen. Viel Menschen.

„Onkelchen, gib für Brot!“  
„Lantchen, verhilf zu einem Stück Brot!“  
„Genosse, wo ist hier die Kinderfürsorge?“

Für Brot wurde nichts gegeben. Zu viele betteln. Die Kinderfürsorge war schon geschlossen. Er ging zur Hintertür. Ein Bauer in einem Schapfel sagte:

„Komm morgen! Du siehst ja, daß schon Nacht ist. Treib dich nicht im Hof herum. Wirf noch was mitgeben lassen...“  
Wieder auf der Straße. Ein Automobil tutet... Summen, Värm, Säusen... Deutlich klappern Pferdehufe über die gefrorene Straße. Viel Menschen. Belle Straßen.

„Onkelchen, gib für Brot.“  
„Lantchen...“  
„Genosse...“  
Sie geben nichts.

Zupiel Jungen sind auf der Straße. Sie handeln.  
„Zigaretten bester Qualität!“  
„Ach, wenn er handeln könnte! Auf dem Markt könnte er Krautsuppe essen. Die Füße tragen ihn nicht mehr. Die Hauptsache ist, daß er schon milde ist. Essen will er gar nicht mehr.“

Sieh mal, die Hände sind wie weiße Adler. Man muß zum Bahnhof. Dort übernachtet. Aber die Füße tragen schlecht. Doch der Bahnhof ist nahe. Man könnte einen Augenblick rasten. Wie ein dunkler Knäuel lauerte er sich vor einem Jaun.

Er wollte schlafen.  
Sonderbar! Vater und Mutter sind da... Die sind doch gestorben...  
Schlaf ist süß.

Der dunkle Knäuel ist an den Jaun angefroren. Die Augen haben sich geschlossen; sie fragen nicht mehr.  
Pawluschkas Laufbahn war beendet.  
(Aus dem Russischen von Joseph Kalmer und Boris Krotkoff.)

### Von Zehner bis Reinhardt

Privatwirtschaftliche Stabilisierung der Theaterreaktion.

Von Leo Friedman.

Durch die Presse gehen Nachrichten über Verhandlungen der Berliner Staatsbühnen mit den Theatern Max Reinhardts. Die Verhandlungen tragen äußerlich eine unübertreffliche Harmlosigkeit zur Schau. Es geht scheinbar nur um einen geschäftlichen Abkommensvertrag, der dem Staatstheater endlich einen festen Besucherstamm vermitteln soll. Daneben ist ein begrenzter Personalaustausch geplant. Reinhardt soll als Regisseur beim Staatstheater und bei der staatlichen Oper „Verwendung finden“. Und was ist schließlich dagegen zu sagen, daß der Staat sich für seine Theater die Mitarbeit eines begabten und erfolgreichen Regisseurs sichert?

So weit, so gut. Dem Gutgläubigen könnte es zwar auffallen, daß der Reinhardt-Vertrag gerade kurz nach Zehners Demission abgeschlossen werden soll; aber dieses Bedenken kann dadurch entkräftet werden, daß derjenige Zustand der künstlerischen Direktionslosigkeit ohnehin nicht von Dauer sein wird, daß man Uebergangsmäßigkeiten schaffen muß, daß schließlich Zehner selbst immer bestrebt war, die Besucherfrage irgendeiner festen Lösung näherzubringen.

Die grundsätzliche Bedeutung der Angelegenheit wird erst durch einen Artikel des Theaterpolitikers der „Völkischen Zeitung“ auf-

gedeckt. Dieser Herr war als erster Berliner Kritiker von Zehners Abgang unterrichtet; er hatte ihm den ersten Nekrolog geschrieben; er hatte als erster die „Aera Zehner“ mit fliegenden Fahnen zu Grabe getragen. Derselbe Herr knüpft an die schwebenden Verhandlungen mit Reinhardt ein scheinbar privates Projekt: er meint, daß man nach dem Nachfolger Zehners eigentlich nicht lange zu suchen brauche, der wohne nicht weit, es wäre Max Reinhardt in der Schumannstraße.

Vom „Staatspolitischen“ Gesichtspunkt aus ein einleuchtender Vorschlag. Reinhardt ist ein renommierter Theaterleiter; will man in Berlin „reines“ ästhetisches Theater sehen und ein normales Ensemble — dann geht man halt zu Reinhardt. Ueberall Lärm, Experiment, Anzuehenheit und Unsicherheit — nur bei Reinhardt das gemüthliche, ungehörte Amüsement für den „Feinschmecker“. Und der vielfach geplagte preussische Staat — er braucht nach seiner Sorgen Zeit gemüthliche, „intime“, eben solche ungehörten Feiertagen, wie sie nur Max Reinhardt vollendet gestalten kann.

Wie schade, daß wir die Sorgen einer hohen Regierung nicht rechtlos zu den unseren machen können! Was aber bedeutet Max Reinhardt für uns, für die Sozialisten, die auch das Theater aus den gesellschaftlichen Kämpfen der Zeit nicht ausgeschaltet haben wollen? Reinhardt war die Reaktion auf den Naturalismus, auf den Versuch der übersteigerten Wirklichkeitsdarstellung. Er wollte nicht mehr zeigen, wie es ist, sondern wie es sich im Kopfe eines Menschen spiegelt, der das Bestehende romantisch verklären will. Reinhardt wollte aus einem Stück nicht die historische Klarheit, sondern den Klang des Wortes; er holte nicht die Realität des Milieus, sondern die Mythe einer kombinierten Stimmung, einer kontruierten Atmosphäre. Reinhardt schuf den Typus des selbstgefälligen, entwurzelten Schauspielers, der sich an seiner Stimme und an seiner Mimik berauschte.

Reinhardts Theater bedeutete die Ueberwindung des bürgerlichen Kunstindividualismus. Was er schuf, war historisch bedingt, war die theatralische Repräsentation der bürgerlichen Spätromantik, die aus der Misere des kapitalistischen Alltags entweder in den Wahnsinn oder in die Mythe und schöne Geistes floh. Der dies alles überwand und auf eine höhere Stufe der Theaterkunst führte, war Leopold Zehner. Es ist notwendig, diesen Tatbestand heute noch einmal unambiguös herauszustellen. Denn erst jetzt wird klar, wozu die Reise über die Leiche Zehners hinweggehen sollte.

Genau, Zehner ist an seiner Aufgabe gescheitert. Wir haben die Gründe dafür damals an dieser Stelle gewürdigt. Zehner war aber nicht nur der Exponent einer künstlerischen Richtung; er hatte auch die organisatorische Form gebaut, in der diese Richtung sich auswirken sollte. Er übernahm nach der Revolution die Reste des Feudaltheaters und schuf daraus ein Staatstheater, d. h. ein Institut, das nur der Oberhoheit des republikanischen Staates untersteht und den privaten und kommunalpolitischen Interessen jeglicher Art entzogen werden sollte.

Wir haben bei der Gelegenheit von Zehners Rücktritt bereits ausgeführt, daß dieses Ideal eines überklassenmäßigen „republikanischen Theaters“ eine Utopie und noch nicht einmal eine sehr schöne ist. Gerade an dem Versuch ihrer Verwirklichung ist Zehner ja kaputtgegangen. Raum aber hat man den Mann zu entfernen gewußt, der mit hartnäckiger Leidenschaft die Idee eines republikanischen Theaters vertreten hatte, beginnt man auch schon, an der organisatorischen Form des staatlichen Theaters zu rütteln. Max Reinhardt, der neue „Kaiser-Konstantin“, tritt nicht nur künstlerisch einer rücksichtslosigen Linie, die adäquate Form seiner Kunst mühte ihren organisatorischen Ausdruck natürlich in einem streng privatkapitalistischen aufgebauten Betrieb finden. In dem von den demokratischen Ueberrepublikanern Reinhardt nominiert wird, ist auch der Tatsache Ausdruck gegeben, daß man sich dem privatkapitalistischen Prinzip nähert. Der Staat erstreckt eine finanzielle Sanierung seiner Theater, und es ist nur folgerichtig, daß dies auf privatkapitalistischem Wege, auf dem Wege des Abnehmens der Privilegien und der Ausschaltung der breiten Massen geschieht. Max Reinhardt gewährt werden oder nicht, das Signal zur Reaktion auf der ganzen Linie ist gegeben.

Was haben wir dagegen zu sehen? Vor einigen Tagen haben die Spitzenorganisationen der freigewerkschaftlichen Arbeiter, Angestellten und Beamten einen Aufruf gegen die Privatisierung der gemeinnützigen Theater erlassen. Aber die Formen der Privatisierung sind nicht einfach und plump, sondern vielfältig und raffiniert. Mit Recht haben die Gewerkschaften die Privatisierungsintendenzen in der Theaterwirtschaft als einen Teil des Angriffs gegen die „öffentliche Hand“ gekennzeichnet. Es kommt aber auch auf die Abwehr der verschleierte Privatisierung an, die sich in ein ideologisches Mantelchen hüllt.

### Leipziger Filmschau

Acht Jahre nach seinem Entstehen erst darf Charlie Chaplins Film „Der Pilger“ uns entzünden. So lange hat es gedauert, bis der Widerstand der diesem Film feindlichen Kirchenkreise gebrochen war. Man glaubte das Ansehen des Priesterstandes zu gefährden, weil Chaplin aus dem Gefängnis in die Kleider eines Priesters schlüpfte und darin die frommen Schächeln an der Nase herumführte. Die gläubige Gemeinde zwingt ihn, ein frommer Domela zu sein. Heiteres gibt es da, wie er bei der Predigt über David und Goliath in einen Boxkampf mit sich selbst gerät. Schönes, wie sein Wunschtraum sichtbar wird, eine schöne Frau zu retten. Einbildungen, die zergehen wie der Wahn, daß für einen armen Kerl die Freiheit im Nachbarlande wartet. — Ein anderer, auch älterer Chaplin-Film zeigt zwei Chaplins, einen Smokeyhörnchen und einen Landstreicher. Beide Filme enthalten wieder viele kleine und große Wahrheiten, angedeutet und ausgeführt, hinter der heiteren Maske hervorgehellt, und darum ergreifend. (Albertshalle.)

Varietés drei Vinden. Für die tiefgehende Beliebtheit der Tierdressur spricht, daß „Mephista, der rechnende und denkende Hund“, vielleicht mit den härtesten Beifall des Abends einheimt. Es gibt eben viel Tierliebhaber, die auf Konto des Denkens sehen, was Dressur ist. Immerhin ist das ein erstaunliches Stück. Aber das vergnüglichste und artistisch schönste in diesem Programm sind zweifellos die vier Bronetts, skandinavische Clowns, die mit Musik und Hanswursterei zu einem unwiderstehlichen Angriff auf die Vahmsinulatur vorgehen. Ganz hervorragend sind die Williams Bona, deren Springerkunst augenscheinlich vom Publikum leider nicht recht verstanden wird. Die Reifensjongleure Clifford und Gray, zum erstenmal in Deutschland, rechtfertigen den Ruf, der ihnen vorausgeht. Wally Winter, eine frühere Kabarettistin, erzieht durch Drahtigkeit und Vantomimik, was ihr an Stimmkraft abgeht. Man muß über sie lachen. Lobend zu erwähnen sind die Brozoplastiken von Briz und Gortner, die Nogaros mit ihrem in fast ehelicher Präzision zusammenkloppenden Musik-Akt, die Barbos mit Rad- und Motorrad-Rennen an der Seilbahn, eine Attacke auf empfindliche Gänsehautbesitzer. Ein südamerikanisches Tänzerpaar bringt das übliche.

Die Netterschen Männerchöre (Möden und Kleinschöcher) bringen am Sonnabend, dem 22. März, 20 Uhr, im Lunapark „Die eiserne Welt“ von Knöchel, die kleine Festkantate von Mozart (beides Erstaufführungen) und die Kapellodie von Brahms. Solisten: Gölzer-Helbing (Mezzosopran); Kurt Lindenhahn (Tenor); Paul Lohse (Bariton) und Walter Schmidt (Sprecher); Orchester: Hallisches Sinfonieorchester.

### „Tag des Buches“

Goethe und der Profit

Von bürgerlicher Seite wird auch in diesem Jahre wieder ein „Tag des Buches“ in Szene gesetzt. Goethes Todestag muß dazu herhalten, um einer Veranstaltung den großen literarischen Hintergrund zu geben, der ihr in Wirklichkeit nur in sehr bedingtem Grade zukommt. Oder glaubt jemand im Ernst, daß in dieser kapitalistischen Gegenwart die Verfolgung geistig-kultureller Ziele ohne materielle Neben- oder richtiger Hauptabsichten noch irgendwie denkbar erscheint? Von der bürgerlichen Welt darf man wohl ohne Uebertreibung sagen: Im Anfang war der Profit. Das ist zwar ein allgemein anerkanntes Tatsache, nur darf man es nicht offen zugeben. Darum bekommt die Sache gleich ein weit vornehmeres Gesicht, wenn man sich hinter Almeister Goethe verbergen kann. Es ist übrigens außerordentlich interessant, daß der Bürger von heute in seiner geistigen Sphäre über den Dichter des „Faust“ nicht hinauskommt. Ueber Goethe hinaus beginnt nach bürgerlicher Anschauung offenbar die geistige Leere, das Nichts. Vielleicht haben die, die so denken, von ihrem Standpunkt aus nicht ganz unrecht. Ist im „Faust“ nicht alles enthalten — und in welcher großartiger Form! —, was des Bürgers Herz erregt? Ist individualistischem Denken jemals ein herrlicheres Denkmal gesetzt worden als hier? Man möge nicht mißverstehen. Es fällt uns natürlich im Traum nicht ein, die dichterische und menschliche Größe eines Goethe irgendwie herabzusetzen zu wollen. Das wäre lächerlich und borniert. Aber nichtsdestoweniger wollen wir uns darüber klar sein, daß im „Werther“ und in „Wilhelm Meister“, in den „Wahlverwandtschaften“ und in „Hermann und Dorothea“ eine Weltanschauung zum Ausdruck kommt, zu der die Proletarier von heute nur noch in recht abgeschwächtem Maße innere Beziehung haben.

Wie jede revolutionäre Gesellschaftsklasse sind auch die modernen Proletarier Träger einer eigenen, freilich noch im Werden begriffenen Weltanschauung. So muß natürlich auch langsam, aber organisch eine eigene proletarische Dichtung und Literatur emporsicheln und sich je länger je mehr in bewußtem Gegensatz zu bürgerlicher Kunst und Dichtung stellen. Es liegt auf der Hand, daß hier nicht irgendwelche erhabenen, in jenseitigen Regionen schwebenden Kunstziele aufgestellt und gepriesen werden, daß von ewigen Menschheitsideen ebensowenig die Rede sein kann, wie von einer geistigen Gemeinamkeit zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten. Die proletarische Dichtung ist bewußte Klassen-dichtung und will als solche mit ihren Mitteln den politisch-wirtschaftlichen Kampftampf nach Kräften fördern, ausweiten und ergänzen. Sie leistet also — nach der positiven Seite gesehen — sozialistisch-erzieherische Arbeit. Sie philosophiert nicht wie die Naturalisten von ebendemüßer die sozialen Probleme, der proletarische Dichter nimmt teil an dem großen historischen Versuch, die Welt zu verändern.

Von solchen Gesichtspunkten aus hat der „Bücherkreis“ seine Produktion ganz auf sozialistische Erziehungsarbeit eingeleitet. Hier wird nicht mehr dem „guten“ Buch geschuldet, nur weil es eben „gut“ ist, das heißt, weil es in der literarischen Form vielleicht eine Leistung bedeutet. „Gut“ ist in diesem Sinne zweifellos Goethe, „gut“ ist Gerhart Hauptmann, „gut“ ist Balzac, Tolstoi, Dostojewski. Aber weil von den genannten Autoren dichterische Meisterwerke geschaffen wurden, soll man sie darum dem Proletarier von heute als empfehlenswerte und lebensnotwendige Lektüre vorsetzen? Empfindlich man denn dem Proletarier — um von einer anderen geistigen Sphäre zu sprechen — etwa einen Rante oder Treibische als Lehrer sozialistischer Gesellschaftsbetrachtung? Was hier als unannehmbar erscheint, müßte also auch für das Gebiet der Literatur Geltung haben. Damit stehen wir vor der Frage: sollen wir den „Tag des Buches“ kopfstoßen? Nein, keineswegs. Auch wir wollen uns an ihm beteiligen; aber wir wollen uns nur insofern daran beteiligen, als wir hier ausschließlich Propaganda machen für proletarische sozialistische Dichtung und Literatur.

### Vergeht den inneren Menschen nicht!

Das ist ein Imperativ, der sich diesmal am „Tag des Buches“ besonders an die Jugend richtet. Man kann in Zweifel sein, ob in dieser Frage Generationenunterschiede von nennenswerter Bedeutung sind. Das schwer schaffende oder von schweren Nerven heimgesuchte Proletariat sieht in allen Altersklassen vor sich als größtes Kulturhemmnis die Plage. Die tägliche Plage um das leibliche Brot. Sie frisst die besten Kräfte des Menschen; sie jermüdet den weniger Widerstandsfähigen; die Arbeitslosigkeit deprimiert die seelische Beweglichkeit. Kultur setzt Ruhe voraus, Muße und Aufnahmefähigkeit des Hirns und Herzens. Diese Voraussetzungen aber können nur im politischen und wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiterklasse geschaffen werden. Darum steht an dem Tore, das den Weg zur Kultur öffnet, mit Klammernschiff das Wort: Stärkt die Partei, duldet keine Schwächung der freien Gewerkschaften! Denn jede Zerbröckelung dieser tragenden Fundamente erschüttert die Wucht des gemeinsamen Klassenkampfes, mindert den materiellen und ideellen Ertrag. Aber es wäre nun wieder sehr falsch, anzunehmen, daß die geistige und seelische Plage des inneren Menschen ein Luxus sei, den man sich erst nach voller sozialer Befreiung der Arbeiterklasse gönnen dürfte. Nein. In aller Plage, in aller Pflichterfüllung bleibt doch ein Rest von Bewegungsmöglichkeit, bleiben zwei Stunden, bleibt eine Ueberflut an Kraft und Energie bei vielen — und besonders bei der Jugend.

Die Sozialdemokratie ist die Kulturträgerin der Masse; sie will und muß wollen ein Volk mit nebellosem Hirn und weitem Blick mit taubereiter Seele. Eines der wesentlichsten Mittel zur Aufhellung unseres geistigen Horizonts aber ist das Buch. Die seelischen Gründe und Hintergründe im Menschen unzugänglich; sie ausnahmsweise für zukunftsträchtige Saat zu machen, diese Saat selber zu streuen — was wäre geeigneter als ein Buch, das du in jeder freien Stunde vom Brette nehmen kannst? Es ist doch so bequem. Und du brauchst nur eins: ein wenig Sammlung, ein wenig Andacht. Du brauchst den — guten Willen! Und du brauchst das gute Buch — freilich. Aber gute Bücher liegen heute sozusagen auf der Straße, nachdem große Teile der Arbeiterschaft sich zu Gewerkschaften zusammengeschlossen, um mit ihrem Zaubermittel Organisation die Produktion Klassenmächtiger und literarisch einwandfreier Literatur selbst in die Hand zu nehmen. So können die Buchdrucker, die ja berufsmäßig die nächsten dazu waren, die Büchergilde Gutenberg. Sie hat es in etwa fünf Jahren auf nahezu 70 000 Mitglieder gebracht; diese Mitglieder entnahmen im Jahre 1929 nicht weniger als 336 000 Bände! Jeder kann hier Mitglied werden, zahl monatlich eine Mark und darf sich dafür aus den mehr als 100 Büchern jährlich vier auswählen. In jedem Jahre erscheinen mindestens 20 neue Werte, so daß hier eine reichhaltige Auswahl in Romanen, Belle- und populärwissenschaftlichen Werken besteht. Niemand also darf sagen, daß er den Weg zum guten Buch nicht finden könne. Wer ihn aber gefunden hat, wird Neuland in ungeahntem Ausmaß entdecken. Denn das gute Buch ist kein Surrogat des Lebens; es ist ein Stück des Lebens selbst. Und die Jugend, die Bewegung, Freude, Bunttheit, Humor und Abenteuer sucht, wird mit Erstaunen und Glücksgefühl die Menge und Tiefe der Anregungen in sich aufnehmen, die in guten Büchern unaufdringlich verborgen sind. Pflegt und kräftigt den Körper, es ist recht, aber, junge Genossen: Vergeht auch den inneren Menschen nicht! Ernst Peczang.